

The background of the image is a close-up of a rainbow flag, showing horizontal stripes of red, orange, yellow, and blue. Overlaid on the flag is a large, stylized white letter 'U' on an orange background. To the left of the 'U' is a red rose with white outlines. The text 'BESCHLUSSBUCH DER LDK 1.26' is written in bold red letters with a white outline, centered over the image.

BESCHLUSSBUCH DER LDK 1.26

Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung	3
Anträge.....	6
LAP_1/26 Unser Landesarbeitsprogramm 2026-2028.....	7
Arbeitsbereich A: Arbeit und Soziales.....	22
A1_1/26 Gesund, bezahlbar, solidarisch: Kiezkantinen in jedem Bezirk	22
A2_1/26 Gerechte Politik für alle Menschen in Berlin – raus aus der untererfassten Metropole	25
A3_1/26 Einsamkeit ist eine soziale Frage – niemand soll allein bleiben müssen!.....	28
A4_1/26 Mehr Median wagen – Wohlstand an der Realität der Mehrheit messen	33
A5_1/26 Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen – Kooperation mit den Tafeln stärken.....	34
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	36
B1_1/26 Feministische Erinnerungspolitik stärken: FINTA-Geschichte sichtbar machen, Forschung fördern, Bildung verändern	36
B2_1/26 Büchersteuer abschaffen – Wissen darf kein Privileg sein	38
B3_1/26 „Vater Staat ist nicht dein Daddy“ – Weg mit der Verbeamtung von Lehrkräften	39
B4_1/26 Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre war gestern – heute brauchen sie den Mindestlohn!.....	43
B5_1/26 Für mehr Lifestyle-Bildungszeit: Zeit, dass alle zu ihrem Recht kommen!.....	45
Antragsbereich D: Digitales und Innenpolitik	48
D1_1/26 Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln	48
D2_1/26 Raus aus der Abhängigkeit. Rein in die Zukunft. Für USA- Unabhängige Verwaltungen	51
D3_1/26 Kein Pass, keine Rechte? Niemand ist illegal - Auch ohne Staat!.....	53
D4_1/26 Reform des MedCanG und KCanGs	55
D5_1/26 I want to be a strong (digitally) independent society!Fehler! Textmarke nicht definiert.	
Antragsbereich E: Europa und Internationales	58

E1_1/26 Nicht der Orange folgen - Eine neue transatlantische Realität.....	58
E2_1/26 États-Unis – als Antwort Europa	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Arbeitsbereich O: Organisation und Parteireform.....	63
O1_1/26 Wir bleiben laut für unser Berlin – Unser Jugendwahlprogramm 2026	63
O2_1/26 Ergebnisse der Strukturreform I: Gremien auf Landesebene	67
O3_1/26 Ergebnisse der Strukturreform II: Mentale Gesundheit.....	72
O4_1/26 Ergebnisse der Strukturreform III: Awareness-Konzept der Jusos Berlin	74
O5_1/26 Ämtertrennung zwischen Senat und Abgeordnetenhaus – Jetzt aber wirklich!	78
O6_1/26 Weil wir es eh besser können! Keine KI-Grafiken mehr bei uns.	79
O7_1/26 Was passiert mit unseren Anträgen, liebe Fraktion?	81
O8_1/26 Keine Ausbeutung auf unsere Kosten – die Jusos Berlin werden vegan	82
Antragsbereich U: Umwelt-, Klima- und Naturschutz	85
U1_1/26 Klima gehört in den Lehrplan. Klimabildung jetzt!.....	85
U2_1/26 Irgendwo ist immer CH4: Zeit für ein internationales Methan-Abkommen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
U3_1/26 Gar nicht so mausig: Bekämpfung der Ausbreitung der invasiven Mäusegerste in Berlin	87
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität	89
V1_1/26 Mobilitätspolitik aktiv sozialdemokratisch gestalten Fehler! Textmarke nicht definiert.	
V2_1/26 Mobilität neu ordnen, weg vom Autoverkehr, hin zu Öffentlicher Mobilität.....	89
V3_1/26 Geschäfte auch auf Reisen kostenlos verrichten - kostenlose Toiletten an Bahnhöfen	91
V4_1/26 Mobilität für alle – auch bei Eisglätte	92

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen, Männern und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechtskategorien dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Damit die Geschlechtsidentitäten nicht aus den Vornamen abgeleitet werden, vermerken die Redner*innen ihre Pronomen auf der Wortmeldekarte. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der

Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei männliche oder diverse Personen oder Personen ohne Geschlechtseintrag geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei männliche oder diverse Personen oder Personen ohne Geschlechtseintrag geöffnet werden, worüber nur noch die FINTA-Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der*dem oder den Antragsteller*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (09.02.2026) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 14. März 2026, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 14.03.2026, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die*der Antragsteller*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (01.03.2026, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der*dem Antragsteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Änderungsanträge können von der*dem Antragssteller*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum Änderungsantrag von dem*der Antragssteller*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann – wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.
16. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongress zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

Anträge

Antragsteller*innen: Erweiterter Juso-Landesvorstand Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

LAP_1/26 Unser Landesarbeitsprogramm 2026-2028

SELBSTVERSTÄNDNIS

Wir Jusos Berlin sind ein sozialistischer, feministischer, internationalistischer, antifaschistischer und antirassistischer Richtungsverband. Wir sind Teil der Sozialdemokratie und Teil der gesellschaftlichen Linken. Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen - ohne jede Form von Unterdrückung und Menschenfeindlichkeit. Diese Gesellschaft wünschen wir uns auch für unsere Stadt Berlin. Als Landesverband steht Berlin im Zentrum unseres politischen Handelns. Wir kämpfen für ein Berlin und eine Welt, in der jede*r selbstbestimmt und frei von Ängsten und Unterdrückung leben kann.

In der Tradition der Arbeiter*innenbewegung stehen wir gegen jede Form von Ausbeutung. Während wenige Menschen von dem Profit, der aus der Arbeit anderer entsteht, oder von vererbtem Vermögen leben, wird die Mehrheit der Menschen ausgebeutet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Immer mehr Menschen leben in Armut. Diese Ungleichheit ist durch das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, den Kapitalismus, bedingt und wird durch ihn bewahrt. Im Kapitalismus kann es keine Gesellschaft frei von Ausbeutung, keine Welt der Freien und Gleichen geben. Daher wollen wir den Systemwandel: Der Kapitalismus muss überwunden und alle Lebensbereiche demokratisiert werden. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Unsere Vision des Wirtschaftens ist ein sozialistisches Wirtschaften, in dem die Produktion in der Hand der Gesellschaft ist und der erwirtschaftete Mehrwert auch der Gesellschaft und nicht Einzelnen zugutekommt.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass durch die Befreiung vom Kapitalismus noch keine Befreiung aller Unterdrückten erfolgt. Rassismus, das Patriarchat und weitere Unterdrückungssysteme bestehen eigenständig und verstärken sich gegenseitig, ebenso wie sie den Kapitalismus verstärken und durch ihn verstärkt werden.

Wir Jusos sind ein feministischer Verband. Unser politischer Kampf gilt einer feministischen Gesellschaft, in der alle Geschlechter gleichberechtigt leben können. Daher gilt es, das Patriarchat in allen Lebensbereichen zu zerschlagen. Wir kämpfen für die körperliche und reproduktive Selbstbestimmung von FINTAs (Frauen, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen) und für eine materielle Gleichstellung aller Geschlechter. Unser Feminismus ist divers und intersektional. Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Geschlechter ein und sind uns dabei bewusst, dass die unterschiedlichen Diskriminierungsformen, wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, trans* Feindlichkeit und Klassismus zusammenwirken. Wir stehen für die Überwindung patriarchaler und heteronormativer Strukturen ein - im eigenen Verband und darüber hinaus. An der Seite der queeren Community in unserer Stadt engagieren wir uns gegen Queer- und trans* Feindlichkeit.

Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit Sozialist*innen weltweit. Die Herausforderungen unserer Zeit, wie globale Ausbeutungsstrukturen, Klimawandel und Kriege können nur grenzüberschreitend und solidarisch gelöst werden. Menschen, die nach Berlin kommen, heißen wir willkommen und stellen uns gegen diejenigen, die sie ausgrenzen wollen.

Wir Jusos sind seit unserer Gründung überzeugte Antifaschist*innen. Wir stellen uns gegen jede Art von Menschenfeindlichkeit und Faschismus. Wo auch immer wir mit neofaschistischen Bewegungen, Parteien oder Ideologien konfrontiert sind, stellen wir uns dieser entgegen, zum Beispiel durch unsere Bildungsarbeit, auf Demos oder sozialen Plattformen. Die steigenden Umfragewerte der AfD, die wachsende Akzeptanz von rechtem Gedankengut werden wir nicht unwidersprochen stehen lassen. Für uns ist klar: Niemand muss mit Nazis laufen - kein Fußbreit!

Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus. Das bedeutet für uns, dass wir auf strukturellen Rassismus in Staat und Gesellschaft hinweisen und ihn bekämpfen. Das bedeutet auch, dass wir als mehrheitlich weiß geprägter Verband anerkennen müssen, dass auch wir und unsere Strukturen als Teil der Gesellschaft von rassistischen Mustern geprägt sind und uns folglich ändern müssen. Für uns gilt wie für die Gesellschaft insgesamt: Weiße Menschen müssen Privilegien abgeben und rassistische Strukturen nicht nur kritisiert, sondern überwunden werden.

Ebenso stellen wir uns gegen jede Form von Antisemitismus. Jüdinnen*Juden müssen in Berlin und weltweit sicher leben können. Der erstarkende Antisemitismus in breiten Teilen der Gesellschaft erfüllt uns mit großer Sorge - umso entschiedener stellen wir uns jedem Antisemitismus entgegen. Besonders in unserem eigenen Verband müssen sich Jüdinnen*Juden sicher und wohl fühlen - Antisemitismus in unseren eigenen Reihen dulden wir nicht und sind aufmerksam, insbesondere antisemitische Verschwörungsmythen und codierten Antisemitismus zu erkennen und zu unterbinden

Ebenso vielfältig wie die Unterdrückungssysteme müssen unsere Gegenstrategien sein. Fest steht, dass wir uns als sozialistische, feministische, internationalistische, antifaschistische und antirassistische Jugendorganisation niemals mit dem Status quo zufrieden geben dürfen und langfristig an unserer Utopie für den Verband, unsere Stadt und die ganze Welt arbeiten müssen.

VERORTUNG DER JUSOS BERLIN

Wir verstehen uns als eigenständiger und kritischer Verband innerhalb der SPD und als treibende Kraft innerhalb der Parteilinken. Unser Verhältnis zur SPD ist eines der kritischen Solidarität. Wir arbeiten in der SPD für den demokratischen Sozialismus. Konkret bedeutet das für uns ein Einstehen für sozialistische Positionen im Regierungshandeln, im Parlament und im Wahlkampf. Wir üben aber auch öffentlich Kritik und schaffen Öffentlichkeit für unsere Forderungen, wenn die SPD vom linken Pfad abgekommen ist. Dabei scheuen wir uns auch nicht davor, selbst für Ämter und Mandate anzutreten und Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig verstehen wir auch jene Juso-Mitglieder, die nicht Mitglied der SPD sind, als gleichberechtigten und vollwertigen Teil unseres Verbandes. Eine implizite Voraussetzung hierfür ist, dass wir unsere linken Positionen in den Ämtern und Mandaten stärken und inhaltlich klar profilieren.

Mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie verstehen wir uns als Teil der gesellschaftlichen Linken. Unter dem Begriff Doppelstrategie verstehen wir die Zusammenarbeit sowohl mit der SPD als auch mit unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Einerseits wollen wir in der SPD agieren und durch die Besetzung wichtiger Positionen, die inhaltliche Mitgestaltung und aktive Einbringung in Debatten innerhalb der Partei möglichst viel Rückhalt für unsere Positionen erzielen. Andererseits sehen wir es als wichtig an, in gesellschaftlichen Bewegungen, wie zum Beispiel antifaschistischen, migrantisch und postmigrantischen Gruppen, Umweltbewegungen oder bei Netzaktivist*innen und Gewerkschaftsjugenden präsent zu sein und für gemeinsame inhaltliche Positionen in unserer

Mutterpartei zu werben. Wir setzen uns für eine lebendige, enge und langfristige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein.

WIR HABEN HALTUNG!

Unsere Arbeit stützt sich auf ein breites Fundament an Grundwerten. Als Jusos Berlin sind wir sozialistisch, feministisch, internationalistisch, antifaschistisch und antirassistisch. Diese Grundwerte und die dahinter liegenden Theorien sind längst nicht mehr allen Mitgliedern bekannt. Gleichzeitig hilft ein theoretisches Fundament, diese mit Leben zu füllen, an Diskussionen im und außerhalb des Verbands teilhaben zu können und einen politischen Kompass zu entwickeln. Darum wollen wir regelmäßige Grundwerte-Workshops, z.B. im Rahmen von Kongressen und mehrtägigen Veranstaltungen, anbieten, die auf verschiedene Wissenshintergründe eingehen und so auch niedrigschwellig sind. Wir wollen Mitglieder befähigen, diese Grundwerte verstehen und zukünftig selbst vermitteln zu können und Funktionär*innen befähigen, diese Grundwerte vermitteln zu können.

WIR VERTEILEN UM!

Ein soziales Berlin

Wir kämpfen für ein soziales Berlin. Das heißt für uns, bestehende Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten abzubauen und allen Berliner*innen ein Leben der Freien und Gleichen zu ermöglichen. Dafür ist es für uns zentral, insbesondere diejenigen zu unterstützen, die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden: fast jedes vierte Kind in Berlin ist von Armut betroffen und die Winter- und heißen Sommermonate zeigen, wie lebensgefährlich die Lage für obdachlose Menschen in unserer Stadt ist. Gleichzeitig werden auch in unserer Stadt reiche Menschen immer reicher. Dieser Entwicklung stellen wir uns entgegen und machen klar: Unser Berlin ist sozial!

Gute Arbeit und Gewerkschaften

Die Jusos Berlin verstehen sich als Teil der Arbeiter*innenbewegung und setzen sich für starke, kämpferische Gewerkschaften ein. Wir wollen den Dialog zwischen Jungsozialist*innen und Gewerkschaftsjugend intensivieren und wollen einen gemeinsamen Kongress sowie gemeinsame Veranstaltungen initiieren, auf denen wir uns über aktuelle arbeitspolitische Herausforderungen austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln. Dabei geht es uns um mehr als symbolische Gesten. Wir wollen echte Vernetzungen schaffen zwischen den Jusos, Betriebsräten, Auszubildendenvertretungen und aktiven Gewerkschafter*innen in den Berliner Bezirken. Nur durch enge Zusammenarbeit können wir die Interessen von Arbeitnehmer*innen wirkungsvoll vertreten und der zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen etwas entgegensetzen.

Die Jusos Berlin stehen fest an der Seite streikender Kolleg*innen. wir unterstützen Arbeitskämpfe aktiv durch Präsenz auf Streikposten, öffentliche Solidaritätsbekundungen und politischen Druck auf Arbeitgeber*innen.

Mieten und Wohnen

In Berlin ist das Thema Mieten und Wohnen die akuteste soziale Frage unserer Zeit und betrifft auch besonders junge Menschen. In Berlin leben ca. 80% der Personen zur Miete. Während die Suche nach bezahlbarem Wohnraum für die Mehrheit der Berliner*innen unmöglich erscheint, machen Unternehmen und Eigentümer*innen umfassende Gewinne durch steigende Mieten. Wir Jusos wollen unter anderem die Umgehung der Mietpreisbremse durch möbliertes Wohnen beenden und mehr sozialen und bezahlbaren Wohnraum durch Sozialbindung, Genoss*innenschaften und landeseigene

Wohnungsunternehmen. Langfristig wollen wir Wohnungen dem kapitalistischen Mietmarkt entziehen.

Klima

Die Klimakrise ist, obwohl ihre Auswirkungen in den vergangenen Jahren auch immer präsenter in Deutschland und Berlin geworden ist, deutlich weniger Thema in Politik und Öffentlichkeit. Wir fordern weiterhin eine sozialistische Perspektive auf den Klimaschutz und Maßnahmen, die sozial-gerecht ausgestaltet sind. Daher bekräftigen wir unsere Forderung nach einem sozial gerechten Klimageld, um insbesondere geringe und mittlere Einkommen von Belastungen durch die CO2-Bepreisung zu entlasten. Auch aus internationalistischer Sicht wollen wir die Ungerechtigkeiten der Klimakrise bekämpfen: denn die Umweltverschmutzung großer Industrienationen des globalen Nordens trifft insbesondere Länder des sogenannten globalen Südens hart.

Mobilitätswende

Mobilität ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Marode Infrastruktur, ein unzuverlässiger und überlasteter ÖPNV sowie eine autozentrierte Stadtplanung zeigen: Die Mobilitätspolitik in Berlin braucht einen grundlegenden Kurswechsel.

Wir wollen eine sozial gerechte Mobilitätswende, die den Umweltverbund – ÖPNV, Fuß- und Radverkehr – konsequent priorisiert. Unser Ziel sind weitgehend autofreie Innenstädte und lebenswerte öffentliche Räume.

Der ÖPNV muss kostenlos und verlässlich sein und flächendeckend ausgebaut werden. Insbesondere die Außenbezirke müssen deutlich besser angebunden werden.

Barrierefreiheit ist für uns kein Zusatz, sondern verbindlicher Standard. Der öffentliche Verkehr und alle zugehörigen Einrichtungen werden vollständig barrierefrei gestaltet. Menschen mit Behinderungen werden verbindlich in Planung und Umsetzung einbezogen.

Mobilität darf nicht vom Wohnort, Einkommen oder von individuellen Voraussetzungen abhängen, sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe.

Eine Stadt für junge Menschen

Unsere Lebensräume brauchen ausreichend Orte für Begegnungen, frei zugängliche Plätze für Aufenthalt draußen, auch an heißen oder regnerischen Tagen, aber auch soziale Infrastruktur, wie Jugendclubs oder Begegnungsstätten für deren Erhalt wir uns einsetzen. Gerechte Flächenverteilung ist vor allem auch sozial: Menschen mit geringeren Vermögen leben häufiger an Verkehrsachsen mit hoher Emissionsbelastung und wenig Stadtgrün auch junge Menschen werden zunehmend aus ihren Begegnungsräumen verdrängt, dem stellen wir uns entgegen. Mit der Ausrichtung des öffentlichen Raums zur lebenswerten Stadt können wir insbesondere auch den Bedürfnissen von FINTAs, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen gerechter werden. In den nächsten zwei Jahren werden wir uns damit beschäftigen, wie unsere Kieze wieder zu echten Lebensorten werden. Dafür werden wir uns mit Initiativen wie der "15-Minuten Stadt" auseinandersetzen und alternative Modelle der Innenstadts- und Geschäftsstraßenentwicklung diskutieren. Darauf aufbauend erarbeiten wir ein Konzept für eine zukunftsorientierte, sozialistische Stadtentwicklung Berlins.

Kultur

Für uns ist es wichtig, dass Berlin, als einer der wichtigsten Kulturstandorte Deutschlands, erschwinglich für alle bleibt, damit kulturelle Teilhabe nicht nur Sache derjenigen bleibt, die es sich leisten können. Für gesellschaftliche Teilhabe und interkulturellen Austausch sind die etlichen Kulturtagungsstätten Berlins unabdinglich. Um diese zu unterstützen und zu erhalten, wollen wir in einen stärkeren Austausch mit Akteur*innen im Kultursektor haben und für den Erhalt dieser kämpfen. Gleichzeitig

fordern wir weiter Projekte wie zum Beispiel die Jugendkulturkarte und kostenfreie Museen umzusetzen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung schreitet weiter voran und mit ihr die Macht großer Tech-Unternehmen. Wir werden daher weiter daran arbeiten, Digitalisierung sozialistisch zu denken und so einzusetzen, dass sie allen dient. Hier wollen wir uns vor allem mit den Themengebieten digitale Souveränität und auch Entbürokratisierung beschäftigen.

Bildungsgerechtigkeit

Bildung ist für uns ein zentraler Schlüssel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Aktuell sind wir aber auch in Berlin noch weit von einer gerechten Bildung entfernt. Gymnasien, Akademisierungsdruck, teure Nachhilfe und allgemein kein gerechter Zugang zu Ressourcen sind hier einige Gründe. Wir kämpfen für die Gemeinschaftsschule für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Berliner Kinder eine bestmögliche und kostenfreie Bildung bekommen und an jeder weiterführenden Schule jeden Abschluss machen können. Dieser Grundsatz muss für alle Menschen gelten, insbesondere für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hürden abgebaut und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden. Dies gilt beispielsweise für die Einführung des Schulfachs "Deutsche Gebärdensprache (DGS)" sowie eine Erweiterung der Lehrkräftebildung um die Fächer Deutsch als Fremdsprache (DaF) und Deutsch als Zweitsprache (DaZ).

Antirassismus

Als gerade neu beschlossener Grundwert müssen wir unseren antirassistischen Idealen gerecht werden. Wir brauchen eine ernsthafte, kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen in der Berliner Stadtgesellschaft, aber auch in unserem Verband. Workshops und Tagungen zum Thema Antirassismus sollen sich stetig durch den Verband ziehen. Veranstaltungen, die andere Themen behandeln, sollen und müssen intersektionaler antirassistisch auch auf diese Themen blicken. Außerdem wollen wir den Austausch zu antirassistischen und migrantisch-selbstverwaltenden Organisationen suchen, um auch diese antirassistische Perspektiven von Expert*innen und Betroffenen in unsere Arbeit und Positionen einfließen zu lassen.

Barrierefreiheit

Wir setzen uns klar für Barrierefreiheit in allen Bereichen ein. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne Behinderungen zur echten inklusiven Gesellschaft gehören, indem wir die Barrieren strukturell und gezielt wirksam abbauen. Ohne die Barrierefreiheit entsteht keine echte inklusive Gesellschaft. Die Barrierefreiheit ist kein "Nice-to-have", sondern ein Menschenrecht nach der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).

Wir setzen uns gegenüber der SPD für die Entwicklung eines Leitfadens für barrierefreie Sitzungen für Menschen mit Behinderung ein. Insbesondere soll dieser Leitfaden auch für Sitzungen auf Kreisebene umsetzbar sein.

Wir setzen uns für die gesetzlichen Änderungen ein, dass die Leichte Sprache als eigenständige Sprache, die barrierefreien Videos in Leichter Sprache anerkannt und die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als Daten für KI-Unternehmen geschützt und kontrolliert werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass andere Gebärdensprachen in der Anerkennungsliste (durch nationale Anerkennung der anderen Länder) aufgenommen werden, um die barrierefreie Teilhabe beispielsweise in der Bewältigung von Krisen oder Kriegsfolgen zu gewährleisten.

WIR SIND ANTIFA!

Kampf gegen Rechts

Antifa bleibt Handarbeit! Deswegen werden wir auch weiter auf antifaschistischen Demos Präsenz zeigen. Unsere Arbeit soll dabei zweigleisig, sowohl auf der Straße selbst als auch bei der Planung und Organisation von antifaschistischen Protesten stattfinden. Hierfür wollen wir uns weiter mit unseren antifaschistischen Bündnispartner*innen austauschen und vernetzen, um eine starke gesellschaftliche Front gegen den aufkeimenden Faschismus zu bilden. Dabei wollen wir vor allem den Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem antifaschistischen Bündnis "widersetzen" weiter ausbauen, als auch innerparteilich die SPD an ihre Pflicht zu erinnern, Teil eben jener Front sein zu müssen.

ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz)

Für uns ist klar: Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit! Stattdessen steht für uns im Rahmen von Kriminalitätsbekämpfung immer Prävention und die Schaffung würdiger Lebensumstände im Vordergrund. Ausweitungen von Polizeibefugnissen, wie durch die Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) Ende 2025 beschlossen, lehnen wir ab. Wir möchten keinen Überwachungsstaat, der Menschen mehr Angst macht als sie schützt. Daher werden wir uns für eine Rücknahme der jüngsten ASOG-Reform einsetzen und weiteren Verschärfungen entschieden entgegenzutreten. Stattdessen werden wir uns für alternative Konzepte wie Community Policing stark machen und für eine angemessene Kommunikation der Sicherheitsbehörden gegenüber allen Berliner*innen eintreten. Dies gilt insbesondere für marginalisierte Menschen, wie Geflüchtete, FINTA oder Menschen mit Behinderungen.

WIR SIND BERLIN!

Ob bei Mobilität, medizinischer Versorgung oder dem Kampf gegen Rechts: Uns ist bewusst, dass die Außenbezirke in verschiedenerlei Hinsicht vor besondere Herausforderungen gestellt sind. Gleichzeitig wird Berlin gerade in den Außenbezirken wachsen. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, insbesondere die Infrastruktur in den Außenbezirken zu verbessern. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass sich auch besondere Herausforderungen für unsere politische Arbeit in den Außenbezirken ergeben. In Absprache und auf Wunsch der jeweiligen Kreise unterstützen wir daher diese Bezirke als Landesverband besonders bei ihrer Arbeit - z.B. durch Verteilaktionen im Rahmen von Kampagnen oder bei Demonstrationen. Auch versuchen wir, Landesveranstaltungen soweit möglich auch in Außenbezirken stattfinden zu lassen. Bei der Veranstaltungsplanung berücksichtigen wir grds. auch die notwendige Zeit für die Anreise aus den Außenbezirken.

Ost-Berlin

Die Jusos Berlin nehmen die fortbestehenden Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin ernst. Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Folgen von Deindustrialisierung, Treuhand-Politik und struktureller Benachteiligung in den östlichen Bezirken spürbar. Dies betrifft Löhne, Vermögen oder die Repräsentation in Führungspositionen. Mit unserem Ostkongress im vergangenen Jahr und der Ostvernetzung seit 2024 haben wir Schritte unternommen, um ostdeutsche, besonders intersektionale Perspektiven auf Ostdeutschland sichtbarer zu machen und Diskriminierungserfahrungen einen Raum zu geben. Die teilweise geringe Beteiligung zeigt uns jedoch, dass wir unsere Ansprache und Formate überdenken müssen. Wir wollen keine symbolischen Veranstaltungen, sondern echte Auseinandersetzung. Gleichzeitig haben wir durch diese Formate in der Vergangenheit auch viele Neumitglieder und junge FINTAs angesprochen und wollen uns deswegen weiterhin an einer möglichst diversen und niedrigschwelligen Themensetzung in diesen Veranstaltungen orientieren. Deshalb

werden wir ostdeutsche Themen systematisch in unsere reguläre politische Arbeit integrieren, gezielt Genoss*innen aus den östlichen Bezirken in Gremien einbinden und uns für eine Politik einsetzen, die Ost-West-Ungleichheiten benennt und aktiv überwindet.

Intersektionale Neumitgliederkampagne

Angesichts eines andauernden Mitgliederschwundes müssen wir verstärkt und auf vielfältigen, kreativen Wegen an unserer Mitgliedergewinnung arbeiten. Unsere Kampagnen sollen neben Schüler*innen und Auszubildende vor allem auf marginalisierte Gruppen wie insb. FINTA und BIPOC, aber auch Menschen mit Behinderung, ausgerichtet sein, um unsere Verbandsstrukturen langfristig diverser zu gestalten. Wir bieten Neumitgliedern eine Möglichkeit, sich aktiv einzusetzen, über Debattenräumen hin zu Aktionen, in denen sie ihr politisches Engagement ausleben können. Es bieten sich Verteilungen vor Schulen, Ausbildungszentren, Oberstufenzentren und ähnlichen Orten an. Dabei sind die Erfahrungen und Netzwerke unserer Mitglieder zu berücksichtigen. Hierbei sollen die Kreise bei der Mitgliedergewinnung entsprechend ihrer Wünsche und ihres Bedarfs vom Landesvorstand, zum Beispiel im Rahmen der "Lavo-Tour" unterstützt werden.

Queere Arbeit

Für uns ist klar: gerade in Zeiten einer erstarkenden AfD und immer häufigeren Angriffen auf queere Menschen - z.B. bei Prides - stehen wir fest an der Seite der queeren Community. Wir setzen uns dabei auch innerhalb der SPD insbesondere für den Erhalt wichtiger queerer Errungenschaften - wie z.B. das Selbstbestimmungsgesetz - ein. Die Unterstützung von Prides - gerade am Stadtrand und im Umland - sind für uns wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Auch unsere eigenen Strukturen werden wir möglichst queerfreundlich gestalten. Daher ist es uns wichtig, queeren Menschen in unserem Verband Raum zu geben und unsere Mitglieder im Umgang mit unterschiedlichen queeren Identitäten und Lebensrealitäten zu sensibilisieren. Daher veranstalten wir bei großen Veranstaltungen Queervernetzungen und gleichzeitige "How to be an Ally"-Seminare. Sollte dies von queeren Mitgliedern gewünscht sein, werden wir auch eine regelmäßige, institutionalisierte Queervernetzung anbieten. Bei unseren Veranstaltungen bieten wir "All Gender" und "FINTA" Toiletten an.

Menschen mit Behinderung in der Politik

In den Jusos, in der SPD und auf Kreisebene sind Menschen mit Behinderung in der Politik noch viel zu wenig sichtbar und repräsentiert. Der Grund dafür liegt nicht im mangelnden Interesse, sondern in den vielfältigen Barrieren, die ihnen die Teilhabe erschweren oder unmöglich machen. Wir nehmen diese Realität ernst und wollen sie aktiv verändern. Deshalb bauen wir Barrieren schrittweise ab – von der barrierefreien Gestaltung unserer Veranstaltungsorte bis hin zur barrierefreien Webseite und digitalen Kommunikation. Gleichzeitig richten wir intern ein freiwilliges Buddy-System ein, das Menschen mit Behinderung konkrete Unterstützung bei der politischen Partizipation bietet. Die Buddys helfen dabei zu klären, welche individuellen Bedarfe bestehen und wie barrierefreie Teilhabe praktisch umgesetzt werden kann – sei es durch Gebärdensprachdolmetscher*innen, Schriftdolmetscher*innen oder Dolmetscher*innen für Leichte Sprache. Inklusion darf kein leeres Versprechen bleiben: Wir wollen eine Organisation sein, in der alle Menschen unabhängig von ihren körperlichen oder kognitiven Voraussetzungen gleichberechtigt mitgestalten können. Nur so werden wir der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht und stärken die Demokratie von innen heraus.

WIR DREHEN BERLIN AUF LINKS

291 Im Wahlkampf 2026 werden wir inhaltliche Schwerpunkte setzen, die junge Menschen in unserer Stadt
292 bewegen. Das sind vor allem die Wohnungs- und Mietenpolitik, aber auch der Kampf für gute
293 Bedingungen in Schule, Studium, Ausbildung und Arbeit.

294 **WIR SIND INTERNATIONAL**

295 Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES
296 (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit Sozialist*innen weltweit. Daher engagieren wir
297 uns auch auf internationaler Ebene, organisieren Delegationsreisen, internationalen Austausch und
298 arbeiten in unseren Dachorganisationen aktiv mit.

299 **WIR SIND IM AUSTAUSCH!**

300 **Raus aus dem Sitzungssaal**

301 Wir suchen den direkten Austausch vor Ort: mit Interessensvertretungen, Vereinen, Initiativen und
302 Betroffenenorganisationen. Durch Besuche in Jugendfreizeitstätten und anderen Institutionen wie
303 bspw. Beratungsstellen nehmen wir Anliegen ernst und bringen sie in unsere politische Arbeit ein. So
304 können wir neuen Perspektiven in unsere politische Arbeit einfließen lassen und uns mit der
305 Stadtgesellschaft vernetzen.

306 **Austausch mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern**

307 Wir fördern den Austausch mit Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Engagierten. Über Treffen
308 und Newsletter machen wir politische Prozesse verständlich und schaffen Raum für Diskussion und
309 Beteiligung. Durch einen Newsletter an SPD-Funktionär*innen machen wir auf unsere aktuellen
310 Themen, Diskussionen und Entwicklungen aufmerksam. Ziel ist es, unsere Forderungen und Anliegen
311 als Jusos aktiv an Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Funktionär*innen heranzutragen.

312 **Ganzjährige Kampagne in den Bezirken**

313 Unser Anspruch ist es, die Sorgen, Wünsche und Forderungen der Menschen auch abseits des
314 Wahlkampfes zu hören und ernst zu nehmen. Deshalb wollen wir durch eine geplante Kampagne als
315 Wähler*innen-Umfrage die Sichtbarkeit der Jusos erhöhen. Dabei soll der Fokus besonders auf den
316 Bezirken liegen, welche eine geringe Wahlbeteiligung oder eine hohe Zustimmung für
317 demokratiefeindliche Parteien aufweisen.

318 **Gewerkschaften und Bündnisarbeit**

319 Gewerkschaftliche Arbeit sowie der damit verbundene Arbeitskampf sind weiterhin wichtige
320 Bestandteile unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir weiterhin im Austausch mit den Gewerkschaften
321 und ihren Jugendorganisationen bleiben und gemeinsam für Kernanliegen der Beschäftigten kämpfen.
322 Das machen wir auch indem wir bei den Streiks unterstützen, für bessere Arbeitsbedingungen
323 mitkämpfen und den regelmäßigen persönlichen sowie digitalen Austausch mit den Vertreter*innen
324 suchen.

325 Wir erkennen an, dass Jugendauszubildenden Vertretungen (JAV) ein wichtiger Einstieg in politische
326 und gewerkschaftliche Arbeit für junge Menschen sind. Deshalb nehmen wir uns vor mit den JAVs
327 Berliner Unternehmen den Kontakt zur Zusammenarbeit zu suchen und ihre Arbeit politisch zu
328 unterstützen.

329 **WIR SIND UNTERWEGS!**

330 **Gedenkstättenfahrten und -arbeit**

Gedenkarbeit ist ein essenzieller Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen besonders bislang unsichtbar gemachte Geschichten, wie z.B. die Schwarzer, migrantisierter, queerer oder jüdischer Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Sinti*zze und Rom*nja gedenken.

Wir werden weiterhin gemeinsame Besuche von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in und um Berlin organisieren. Dabei wollen wir so weit möglich, mit den Zeitzeug*innen ins Gespräch kommen, um deren Erfahrungen und Wissen aufzunehmen und weiterzugeben. Wir werden auch in den nächsten zwei Jahren wieder zu Gedenkveranstaltungen, wie z. B. zu Hanau, Rostock-Lichtenhagen, Halle, der Reichspogromnacht und der Befreiung von Auschwitz aufrufen und die Organisation einer jährlichen Gedenkveranstaltung zu Utøya fortführen.

Stadttouren

Raus aus dem Sitzungssaal und rein in die Stadt! Für die Stadttouren bieten sich zahlreiche Formate an, beispielsweise eine von Kreisverbänden organisierte Tour durch verschiedene Bezirke, thematische Stadtführungen zu Themen wie Queerpolitik, Barrierefreiheit und vielem mehr. Auch die Vernetzung mit Bündnispartner*innen und Berliner Initiativen ist uns bei der Organisation der Stadttouren wichtig.

Delegationsreisen

Um den internationalen Austausch aktiv zu fördern, streben wir Delegationsreisen zu Schwesterorganisationen im Ausland an. Ziel ist es, neue Perspektiven auf politische, gesellschaftliche und organisatorische Fragen zu gewinnen. Auch fördern wir aktiv den Austausch zu Organisationen, die einen Besuch in Berlin planen. Dazu halten wir engen Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zum Juso-Bundesbüro und zu IUSY, um interessierte Organisationen möglichst gut zu betreuen und langfristige Kontakte aufzubauen.

WIR SIND PRÄSENT!

CSD-Fahrten, Demos und Demotrainings

Als Jusos Berlin möchten wir weiterhin auf Demonstrationen und der Straße vertreten sein. Dabei sind wir laut gegen Nazis, gegen Queerfeindlichkeit, für eine solidarische Gesellschaft. Um unseren Mitgliedern das nötige Vorwissen zu vermitteln werden wir Demotrainings anbieten und uns gemeinsam für Demonstrationen verabreden. Dabei fahren wir auch beispielsweise auf CSDs in Brandenburg und unterstützen insbesondere kleinere Communities in ihrem Kampf.

Themenreihen und Awareness-Monate

Uns ist es wichtig, zentrale Themenmonate, wie den Black History Month, den Queer History Month, Disability History Month und Weitere Themenmonate mit inhaltlichen Veranstaltungen, Social Media-Arbeit und Vernetzungen zu begleiten. Darüber hinaus wollen wir auch andere Monate thematisch gestalten und hierdurch zum Beispiel auf aktuelle politische Themen zu reagieren oder unterbeleuchtete Themen gezielt in den Fokus zu rücken.

Kommunikation

Wir setzen auf eine dezentrale, koordinierte Social-Media-Strategie (Multiplikator*innen-/Creator*innen-Netzwerk), um Reichweite breit aufzubauen: Mitglieder und Kreise werden mit Templates, Briefings und regelmäßigen Schulungen befähigt, unsere Inhalte über eigene Profile zu verbreiten. Wir sind nicht nur sendend, sondern sichtbar im Austausch, um Reichweite außerhalb der Bubble aufzubauen. Zusätzlich schaffen wir verlässliche Strukturen (z.B. eine Social-Media-Taskforce/ein Support-Team), die Konstanz, Synergien und Kommunikation sicherstellen, damit unsere Inhalte zugänglich und zuverlässig wirken.

Begleitend zu unserem Arbeitsprogramm sind Merchandise-Artikel gute Wege, um unsere Botschaften nach außen zu vermitteln. Hiermit setzen wir auch auf die Neumitglieder*innenanwerbung. Wir werden unsere Inhalte im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf in Sticker-Designs und Plakate übersetzen.

Die verzahnte Webseite der Jusos Berlin (ein integriertes digitales Konzept, bei dem verschiedene Online-Kanäle nahtlos ineinandergreifen) ist eine wichtige Grundlage für unsere barrierefreie Zugänglichkeit und Kommunikation. Die Inhalte und die Struktur unseres Verbands sollen auf dem aktuellen Stand bleiben und zeitgemäß sein. Gleichzeitig wollen wir die Struktur der Webseite so ausbauen, dass sie eine zentrale Anlaufstelle zur Information über die Arbeit des Landesverbands, aber auch der Kreise und Arbeitskreise darstellt. Unser Ziel ist es, dass die Webseite eine gute Grundlage für die barrierefreien Angebote in Deutscher Gebärdensprache (DGS), in Leichter Sprache und Einfacher Sprache legt und den SQUAT-Standard berücksichtigt.

In unserem Newsletter, der alle zwei Monate verschickt werden sollte, sollen aktuelle Informationen und Statements zu wichtigen Themen zusammengefasst werden. Auch die nächsten Veranstaltungen der Kreise oder die Treffen und Aktionen der verschiedenen Arbeitskreise können hier nach Wunsch aufgelistet werden. Das Ziel ist es, regelmäßig alle wichtigen Informationen und Veranstaltungen auf einen Blick zu haben.

WIR BILDEN UNS!

Soft Skills und Rhetorik-Trainings

Unser emanzipatorisches Bildungsverständnis spiegelt sich nicht nur in der Vermittlung von politisch-inhaltlichem und theoretischem Wissen. Es zeigt sich vielmehr auch darin, dass wir unsere Mitglieder befähigen, sich auf verschiedenen Wegen in gesellschaftliche Debatten und die Organisation von Gemeinschaften einzubringen. Dafür wollen wir neben regelmäßigen Rhetorik-Trainings auch Workshops zur Sitzungsleitung, zur Gestaltung von Workshops und zum Organizing anbieten. Ein Teil dieses Angebots fokussiert sich explizit auf das Empowerment von FINTAs.

Intersektionale Viertelstunde

Auch unser Verband reproduziert unterschiedliche Diskriminierungsformen. Deswegen wollen wir zu Beginn von Veranstaltungen eine Intersektionale Viertelstunde stattfinden lassen, die sich mit verschiedenen Diskriminierungsformen intersektional auseinandersetzt. In dieser sollen Themen wie Sexismus und Antifeminismus, Antisemitismus, Rassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit und weitere Diskriminierungsformen in unterschiedlichen Zusammenlegungen betrachtet werden.

Neumitgliederveranstaltungen

Wir machen Neumitgliedergewinnung zur dauerhaften Aufgabe – mit regelmäßigen, niedrigschwelligen Aktionen vor Schulen, OSZ/Ausbildungsstätten, Betrieben und im öffentlichen Raum, auch jenseits von Wahlkampf. Die Kreise unterstützen wir dabei praktisch mit Handreichungen, gezielter LaVo-Unterstützung vor Ort und besserer digitaler Orientierung sowie Formaten zur Ansprache bisher unterrepräsentierter Gruppen. Damit aus Eintritt Beteiligung wird, setzen wir auf Kreisebene berlinweit ein Buddy- und Welcome-System um, und bieten als Landesverband wiederkehrende Neumitgliederformate wie Brunches, Spieleabende oder Orientierungs-Sessions an.

Lesungen und Gespräche

Gemeinsame Lese- und Diskussionskreise sind involviertere Alternativen zum übrigen inhaltlichen Sitzungsprogramm und deshalb eine wertvolle Idee für unseren Bildungsanspruch. Wichtig ist, dass

dieses Angebot selbst nicht akademisch gestaltet wird. Diese Veranstaltungen sollen niedrigschwellig und zugänglich für jeden Wissensstand sein sowie intersektionalen Perspektiven und marginalisierten Stimmen einen Raum geben. Dieses Angebot fördert den Gedankenanstoß und die Diskussion gemeinsam mit marginalisierten Gruppen.

Grundwerte und Bildungsarbeit

Wir wollen als Verband unsere Mitglieder bestmöglich miteinander vernetzen und schulen. Dafür wollen wir bestehende Strukturen, wie "Kreise supporten Kreise" ausbauen. Für den aktiven Wissenstransfer werden wir Funktions- und insbesondere Awarenessschulungen anbieten. Ein besonderer Fokus soll hier auf der Ausbildung zur Vermittlung unserer Grundwerte liegen.

Veranstaltungsformate sollen immer wieder dahingehend überprüft und reflektiert werden, dass sie möglichst niedrigschwellig sind und möglichst viele Personen ansprechen. Zum Beispiel soll darauf geachtet werden, dass bestimmte Formate, wie ein klassisches "Stammtischgespräch" insbesondere für FINTA Personen, abschreckend sein können. Bei unseren Sitzungen achten wir darauf, sie so gut wie möglich für die mentale und physische Gesundheit zu gestalten.

WIR VERNETZEN UNS!

Vernetzungen

Die Unterstützung, aber auch Vernetzung untereinander von marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel FINTA Personen, Queeren Menschen, Menschen mit Behinderung, BIPOCs und jüdischen Personen im politischen Ehrenamt, sind uns ein besonderes Anliegen. Entsprechende Vernetzungen sollen regelmäßig und verstetigt, auch abseits von Kongressen und Landesdelegiertenkonferenzen, angeboten werden. Vernetzungen sind dabei ein safer space innerhalb der Partei und des Verbands, indem die jeweiligen Gruppen über ihre Erfahrungen innerhalb wie außerhalb der Partei sprechen und Kraft sammeln können.

Ostvernetzung

Unser Anspruch als Verband ist es, ostdeutsche Stimmen zu stärken und ostdeutsche Identitäten anzuerkennen. Die Ostvernetzung bietet für Menschen, die sich aus Gründen der Biografie, des Wohnorts, des Kreisverbandes oder aus beruflichen oder studienbezogenen Gründen mit dem Thema Ostdeutschland verbunden fühlen, einen Ort der Vernetzung. Zusätzlich schaffen wir einen verbandsoffenen Raum für Auseinandersetzung, Vernetzung und Diskussion. Im Mittelpunkt stehen dabei Themen wie ostdeutsche Identität, Lebensrealitäten in Ostberlin, sowie weitere gesellschaftliche und politische Fragestellungen mit ostdeutschem Bezug.

Empowerment

Analog zum Aufbau von Vernetzungen wollen wir marginalisierte Gruppen in unseren Verbandsstrukturen besonders fördern. Dafür bauen wir Empowerment-Programme auf, die marginalisierten Gruppen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu vernetzen und durch Workshops Wissen zu erlangen und zu stärken. Diese Programme werden intersektional gestaltet, um sicherzustellen, dass die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung stets berücksichtigt wird. Ziel soll es sein, die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen zu erhöhen und sie zu empowern, sich für unterschiedliche Ämter und Funktionen in der Breite des Verbandes und Gesellschaft einzubringen.

Reflexion

Diskriminierung macht auch vor unserem Jugendverband nicht halt: Unsere Mitglieder, unsere Strukturen sind gesellschaftlich geprägt und somit auch nicht frei von Diskriminierung. Um dem entgegenzuwirken und unsere Mitglieder weiterzubilden, bieten wir im Zuge der verschiedenen Vernetzungen auch Reflexionsseminare an, die Teil unseres Kampfes für die Gerechtigkeit marginalisierter Gruppen sind. Wir werden weiterhin Räume für kritische Männlichkeit, critical whiteness und Allyship, sowie antisemitismuskritische Räume anbieten. Dabei schulen wir unsere Mitglieder in einem diskriminierungs-sensiblen Umgang und dabei, ihre eigenen Privilegien zu hinterfragen, um zu Allys zu werden.

Informelle Formate

Informelle Formate, wie Lesekreise, Film- und Spieleabende sowie Treffen, bei denen es kein festgelegtes inhaltliches Programm gibt, helfen uns dabei, andere Zielgruppen anzusprechen und Neumitglieder in entspannter Atmosphäre bei uns aufzunehmen. Als politischer Verband stellen wir auch hier wichtige gesellschaftliche Themen in den Vordergrund: politische Filme und Bücher und Austauschrunden zu einem bestimmten Thema ermöglichen einen offenen Austausch, fördern politische Bildung und stärken zugleich das Gemeinschaftsgefühl innerhalb unseres Verbands.

WAHLKAMPF 2026

Im Jahr 2026 wird in Berlin auf Landes- und Bezirksebene erneut gewählt. Um die SPD und insbesondere unsere Juso-Kandidierenden zu unterstützen, möchten wir im Wahlkampf einen klaren Fokus auf das Erreichen junger Menschen legen. Dafür wollen wir neue Formate entwickeln und erproben, die sich gezielt an junge Menschen richten, etwa Nacht-Infostände, Verteilungen vor Clubs oder sogenannte „Change My Mind“-Tische. Auch Social Media soll dabei eine zentrale Rolle spielen.

Um uns dabei gegenseitig zu unterstützen, planen wir die Durchführung einer Wahlwerkstatt. Dort soll durch gegenseitiges Skillsharing unser gemeinsamer Juso-Wahlkampf vorbereitet und weiterentwickelt werden. Gleichzeitig möchten wir die Wahlwerkstatt nutzen, um einen Grundstein für die Vernetzung und Unterstützung unserer Kandidierenden zu legen, die uns künftig in den Parlamenten vertreten werden.

BASISKONGRESSE

Wir wollen weiter am Format der Kongresse festhalten, diese jedoch auf eintägige Veranstaltungen fokussieren. Durch Kongresse ermöglichen wir die intensive Auseinandersetzung mit einem Themenkomplex über verschiedene Sitzungsformate hinweg. So können beispielsweise Spaziergänge, Workshops, Lesungen und Podiumsdiskussionen ein vielfältiges Programm bieten und damit eine Vielzahl an Mitgliedern mit unterschiedlichen Interessen ansprechen. So gelingt die Zusammenarbeit von Mitgliedern mit unterschiedlichen Erfahrungsstufen. Die Kongresse werden aus dem Landesvorstand heraus in Zusammenarbeit mit den Kreisen und Arbeitskreisen organisiert.

VERBANDSWERKSTATT 2027

Die Verbandswerkstatt hat in unserem Verband eine Doppelfunktion. Sie ist Teil der Bildungsarbeit und Ort der Diskussion für den Verband. Dort werden Inhalte weiterentwickelt und der Austausch zwischen Genoss*innen gefördert. Wir wollen die Verbandswerkstatt 2027 nutzen, um neue Mitglieder an unsere thematischen Debatten heranzuführen und ihnen methodische Fähigkeiten zu vermitteln. Inhaltlich sind die Seminare ausgewogen von Grundsatz- und Kernthemen bis hin zu berlinbezogenen Themen anzubieten, haben aber einen gemeinsamen Überbau, bei dem wir uns konkret auf einen

Grundwert beziehen. Darüber hinaus ist jedes Seminar verpflichtet, eine intersektionale queerfeministische Perspektive auf das jeweilige Thema einzubauen und zu diskutieren. Wir werden Awarenessbeauftragte und diskriminierungssensible Schutzräume, z. B. als FINTA-, BiPoC-, Menschen mit Behinderung- und Queere-Räume anbieten. Abends werden wir ein Kulturangebot anbieten.

IN DER SPD

Unser Verhältnis zur SPD bleibt kritisch-solidarisch. Allerdings müssen wir insbesondere in den letzten Jahren feststellen, dass die SPD zu oft rechte Erzählungen und eine solche Politik mitträgt anstatt für solidarische Entwicklungen einzustehen. Auch wenn die Politik der SPD oft unseren Idealen widerspricht, bleibt unser Engagement in ihr relevant, um linke Mehrheiten auch langfristig und in Parlamenten zu ermöglichen. Das Ziel unseres Engagements in der SPD ist dabei für uns immer die Durchsetzung unsere Inhalte und Ideale linker Politik. Dafür werden wir uns weiterhin auf allen Ebenen in der SPD einbringen.

IM BUNDESVERBAND

Wir wollen weiterhin als Jusos Berlin auch innerhalb des Juso-Bundesverbands sichtbar auftreten und Berliner Akzente setzen. Hierfür werden wir uns aktiv bei Veranstaltungen und Formaten auf der Bundesebene einbringen, einen guten Austausch mit anderen Landesverbänden und Bezirken pflegen und die Vernetzung nicht nur auf einer Funktionärs- sondern auch auf der Basisebene vorantreiben.

Als Jusos Berlin sind wir Mitglied der Bundes-Ostvernetzung. Gleichzeitig erkennen wir an, dass wir als Stadt mit nur teilweise ostdeutscher Geschichte und als Großstadt nicht im gleichen Maße von strukturellen Problemen betroffen sind, wie die ostdeutschen Flächenländer. Wir respektieren daher die besondere Gesamtsituation der ostdeutschen Landesverbände und stehen solidarisch an ihrer Seite. Wir achten darauf, dass Berlin in der Bundes-Ostvernetzung auch durch Personen vertreten wird, die eine ostdeutsche Biografie haben oder den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in den Berliner Ostbezirken legen.

VERBANDSVERSTÄNDNIS

Unsere Grundwerte müssen mit uns wachsen. Wir müssen stetig daran arbeiten, die Werte, die unser Selbstverständnis ausmachen, in unserer politischen Arbeit präsenter zu machen. Auch müssen wir gemeinsam überlegen, welche Weiterentwicklung dieses Selbstverständnisses möglich ist. Welche neuen Themenfelder ergeben sich? Welche Prioritäten wollen wir in unserer politischen Arbeit verfolgen? Auch unsere Grundwerte können sich aktuellen Gegebenheiten anpassen, doch nur, wenn diese von einer breiten Masse der Mitglieder gestützt werden.

Als Jusos Berlin ist es unser Anspruch, unsere Verbandsstrukturen regelmäßig auf ihre Funktionalität hin zu überprüfen und dabei insbesondere zu beachten, ob sie für marginalisierte und mehrfachbelastete Personen (wie etwa auch durch Care- oder Schichtarbeit) funktionieren.

Für uns ist klar: Mentale Gesundheit ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit. Auch unsere eigenen Strukturen, Veranstaltungen und Arbeitsweisen reflektieren wir kritisch hinsichtlich mentaler Belastung, aber auch hinsichtlich der Inklusion neurodivergenter Personen. Dabei versuchen wir insbesondere, für ausreichend Pausenzeiten und Rückzugsmöglichkeiten zu sorgen.

Verhältnis der Kreise

Der Landesverband der Jusos Berlin setzt sich aus seinen zwölf Kreisverbänden zusammen, die sich in ihren Strukturen, ihrer Geschichte und ihrem Mobilisierungspotential unterscheiden. So divers wie unsere Stadt ist, so divers ist auch unser Verband. Wir erkennen an, dass verschiedene Kreise mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Herausforderungen in ihrem Wirkungsbereich konfrontiert sind. Insbesondere am Stadtrand und außerhalb des S-Bahn-Rings sind die Wege häufig weit und die Anzahl an aktiven Mitgliedern gering. Wir unterstützen diese Kreise und Kreisteile als gesamter Verband dabei, ihren Kampf fortzusetzen und Mitglieder zu gewinnen.

STRUKTUREN UND GREMIEN

In der Wahlperiode 2024/26 haben wir eine Strukturreform durchgeführt, deren Ergebnisse zur Landesdelegiertenkonferenz I/2026 beschlossen und umgesetzt werden. Die Ergebnisse dieses Beschlusses sind bindend für uns als Verband.

Landesdelegiertenkonferenz

Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin. Es sollen mindestens zwei LDKen pro Jahr stattfinden. Zukünftig kann eine LDK nur an einem Tag durchgeführt werden, falls dies aufgrund von aktuellen politischen Umständen möglich ist.

Wir wollen uns an die vereinbarte Tagesordnung und Planung halten, um die LDK bestmöglich durchzuführen.

Der Landesvorstand schlägt ein Präsidium vor. Hierfür können nach Bedarf Vorschläge aus den Kreisen eingeholt werden. Das Präsidium wird quotiert besetzt und auch seine Redeleitung soll so erfolgen.

Die Kreisverbände sind aufgerufen, eine Quotierung ihrer Delegationen ggf. durch Ergreifen geeigneter Maßnahmen, bspw. der Abmeldung von Delegierten und der Verkleinerung der Delegation bis zur Erreichung der Quotenvorgaben, sicher zu stellen. Wir werden Anträge, die nicht in geschlechtergerechter Sprache verfasst wurden, nicht behandeln. Wir werden unquotierte Delegationen weiterhin zur Rechtfertigung aufs Präsidium bitten und sie entschlossen auffordern, sich eine harte Quote zu geben. Antragsteller*innen, insbesondere der Landesvorstand und die Kreisverbände, sollen, wenn sie mehrere Anträge einbringen, insgesamt auf eine quotierte Einbringung achten, damit Anträge nicht immer von Männern eingebracht werden. Die Redeliste beginnt strikt mit der Antragseinbringung, sodass, wenn ein Mann den Antrag einbringt, eine nicht-männliche Person folgen muss. Mindestens eine Gegenrede ist möglich.

Bei der Einladung von Gastredner*innen für Grußworte hält der Landesvorstand die ein. Wir werden auch künftig anstreben, stets alle Anträge auf jeder Landesdelegiertenkonferenz zu behandeln. Die Antragsdebatten sollen im Zentrum der LDKen stehen. Grußworte müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Antragsdebatte stehen und nach Möglichkeit an diese gekoppelt sein.

Jedes Jahr werden deutlich mehr Anträge an den Bundeskongress der Jusos entsendet, als von diesem bearbeitet werden können. Wir wollen daher in Absprache mit den anderen Landesverbänden auch weiterhin nur eine enge Auswahl an Anträgen an den Bundeskongress entsenden. Dies sind Anträge mit sorgfältiger Analyse, die eine wichtige grundsätzliche Beschlusslage der Jusos erwirken wollen oder eine neue Beschlusslage enthalten, bzw. gegensätzlich zur aktuellen stehen.

Im Zuge der gegenseitigen Solidarität zwischen Kreisen setzen wir uns den Anspruch, nur Anträge zu stellen, die aufgrund von Lücken in unseren Beschlusslagen oder aktueller politischer, wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Entwicklungen notwendig sind. Wir vermeiden Anträge, die

577 bestehenden Beschlusslagen nichts hinzufügen und legen stattdessen einen Fokus auf Schulung dieser
578 Beschlusslagen an unsere Mitglieder. Weiterhin halten wir daran fest, dass die Kreise die Anzahl und
579 Umfang der Anträge, welche zur LDK zur Behandlung gesendet werden, die Zahl vier nach Möglichkeit
580 nicht übersteigen soll. Mit der Antragsfrist der LDK wird eine Priorisierung der eigenen Anträge
581 eingereicht. Weitere Anträge können weiterhin bei Bedarf im eLV diskutiert und beschlossen werden.
582 Dadurch verringert sich die Arbeitslast der anderen Kreise und Mitglieder und es bleibt mehr Zeit auf
583 der LDK für Vernetzungen, Bildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Formate.

584 Wir begreifen die LDK als Übungsraum, auch für sehr junge oder unerfahrene Genoss*innen. Niemand
585 sollte Hemmungen haben, auf der LDK auch mit unbekannten Personen über Anträge zu verhandeln
586 oder sich durch Wortbeiträge einzubringen. Wir bieten diesen Raum als Raum zum gemeinsamen
587 Erlernen von politischen Abläufen, wie es unsere Aufgabe als Jugendverband ist.

588 Der Landesvorstand wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf ausreichende Pausenregelungen und
589 eine möglichst barrierearme Ausgestaltung der Landesdelegiertenkonferenzen geachtet wird. Der
590 Landesvorstand organisiert bei Bedarf eine Kinderbetreuung.

591 Um den Austausch der Mitglieder zu verbessern, können die Kreise perspektivisch mehr in die
592 Organisation einer Verbandsparty eingebunden werden. Ziel ist, dass möglichst viele Mitglieder
593 teilnehmen können.

594 **Lenkungsgruppen zur Konzepterarbeitung**

595 Zusätzlich zu der inhaltlichen Ausarbeitung durch den Landesvorstand werden wir Lenkungsgruppen
596 aufbauen. Diese werden von bis zu zwei Mitgliedern des Landesvorstands geleitet und bestehen
597 darüber hinaus aus bis zu 8 weiteren Mitgliedern der Jusos Berlin. Die Teilnahme wird
598 zielgruppenspezifisch ausgeschrieben und vom Landesvorstand ausgewählt. Sie werden die Umsetzung
599 der Themenschwerpunkte konzeptionell begleiten.

Arbeitsbereich A: Arbeit und Soziales

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg & Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A1_1/26 Gesund, bezahlbar, solidarisch: Kiezkantinen in jedem Bezirk

1 Gutes, gesundes und bezahlbares Essen ist keine Luxusfrage, sondern ein soziales Grundrecht. In einer
2 Stadt, in der fast jede fünfte Person von Armut betroffen oder bedroht ist und die Lebensmittelpreise
3 kontinuierlich steigen, wird der Zugang zu vollwertiger Ernährung zunehmend zu einer Frage sozialer
4 Gerechtigkeit. Gleichzeitig zeigen Studien einen klaren Zusammenhang zwischen Armut und
5 Gesundheit.

6 Soziale Gerechtigkeit

7 Fast 20 Prozent der Berliner*innen sind von Armut betroffen oder bedroht. Die steigenden
8 Lebensmittelpreise treffen gerade Familien, Rentner*innen, Studierende, Auszubildene und
9 Erwerbslose besonders hart. Kiezkantinen bieten diesen Menschen Zugang zu gesunder, vollwertiger
10 Ernährung, ohne sie zu stigmatisieren. Anders als Tafeln, die auf Bedürftigkeitsprüfungen setzen
11 müssen, sind Kiezkantinen für alle offen und schaffen damit soziale Teilhabe für alle. Deswegen sollen
12 Kiezkantinen und Tafeln auch nicht in Konkurrenz zueinander existieren, sondern Kiezkantinen eine
13 Ergänzung zu bestehenden Systemen bieten.

14 Gesundheitsprävention und Chancengleichheit

15 Studien belegen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit gibt.
16 Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status leiden deutlich häufiger an ernährungsbedingten
17 Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Adipositas und bestimmten
18 Krebsarten. Dies liegt unter anderem daran, dass gesunde, frische Lebensmittel oft teurer sind als
19 hochverarbeitete Produkte. Hinzu kommt, dass eine gesunde Ernährung meistens zeitaufwendiger ist
20 und stark von äußeren Lebensumständen, wie Arbeitszeiten, Arbeitsplatz, Bildung, physische
21 Gesundheit, Wohnumfeld und Weiteren Faktoren abhängig ist. Gerade für armutsbetroffene
22 Menschen wirken sich diese Faktoren in besonderem Maße aus und verstärken bestehende
23 gesundheitliche Ungleichheiten. Kiezkantinen können durch den niedrighschwelligen Zugang zu
24 ausgewogenen, vollwertigen Mahlzeiten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsprävention leisten
25 und damit langfristig auch das Gesundheitssystem entlasten. Besonders Kinder und Jugendliche
26 profitieren von regelmäßigen, gesunden Mahlzeiten, die ihre körperliche und kognitive Entwicklung
27 fördern.

28 Stärkung des sozialen Zusammenhalts

29 Berlin ist eine vielfältige, aber oft auch anonyme Stadt. Kiezkantinen schaffen Orte der Begegnung, an
30 denen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einkommensgruppen und Generationen
31 zusammenkommen. Sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und wirken sozialer Isolation entgegen.

32 Inklusion und Beschäftigung

33 Kiezkantinen können wichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen schaffen, die auf dem ersten
34 Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Das Beispiel der Kiezkantine Prenzlauer Berg zeigt, wie Menschen mit
35 psychischen Erkrankungen durch flexible Arbeitszeiten und individuelle Förderung wieder an das
36 Arbeitsleben herangeführt werden können. Hierbei ist für uns klar, dass eine angemessene Vergütung
37 für die Arbeit in den Kiezkantinen über dem Mindestlohn liegen muss. Die Kleinfamilie ist eine
38 tragende Säule des Kapitalismus, da sie durch die Privatisierung von Sorgearbeit die Reproduktion der
39 Arbeitskraft garantiert. In diesem Konstrukt leisten Frauen deutlich mehr Care-Arbeit als Männer. Diese

Care-Arbeit zu vergesellschaften ist ein Ansatz in der langfristigen Überwindung der patriarchalen und kapitalistischen Ordnung. Kiezkantinen könnten die individuelle und vor allem von Frauen geleistete Care-Arbeit reduzieren.

Anknüpfung an bestehende Strukturen

Mit der Berliner Ernährungsstrategie und der „Kantine Zukunft Berlin“ existieren bereits politische Rahmenbedingungen und Beratungsstrukturen. Kiezkantinen können diese Ansätze ergänzen und auf Kiez-Ebene erlebbar machen.

Wir fordern:

1. Aufbau eines berlinweiten Netzwerks von Kiezkantinen

- Kiezkantinen sollen in jedem Berliner Kiez, mindestens aber in jedem Bezirk an zwei Standorten eingerichtet werden. Diese stehen allen Menschen unabhängig vom Einkommen offen.
- Die Kantinen sollen in bestehenden Gemeinschaftsräumen, Nachbarschaftszentren, Stadtteilzentren oder ähnlichen Einrichtungen angesiedelt werden.
- Ein solidarisches Bezahlssystem (Pay-what-you-can / Spendenmodell) soll sicherstellen, dass niemand ausgeschlossen wird.

2. Verlässliche öffentliche Finanzierung

- Das Land Berlin richtet ein Förderprogramm „Kiezkantinen Berlin“ ein, das den Aufbau und den laufenden Betrieb von Kiezkantinen finanziell absichert.
- Bestehende Projekte wie die Kiezkantine Prenzlauer Berg erhalten rückwirkend eine verlässliche Finanzierung für ihren laufenden Betrieb.
- Die Bezirke werden verpflichtet, geeignete Räumlichkeiten kostenfrei oder kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

3. Verknüpfung mit der Berliner Ernährungsstrategie

- Kiezkantinen sollen als integraler Bestandteil der Berliner Ernährungsstrategie verankert werden und eng mit der „Kantine Zukunft Berlin“ zusammenarbeiten.
- Die Kantinen setzen auf regionale, saisonale, ökologische, vorwiegend pflanzliche Lebensmittel mit hohem Bio-Anteil und ausgewogene Ernährung nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) dabei sollen nur vegane, in Ausnahmefällen vegetarische, Gerichte angeboten werden..
- Die Zusammenarbeit mit lokalen Produzent*innen, der solidarischen Landwirtschaft und Foodsharing-Initiativen wird gefördert. Zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung aus der Gemeinschaftsverpflegung werden angepasste Routinen und Portionsgrößen, kontinuierliches Abfallmonitoring und verpackungsarme Mitnahme mitgedacht und gefördert

4. Soziale und inklusive Ausrichtung

- Kiezkantinen sollen bewusst als Orte der Begegnung, Inklusion und Integration gestaltet werden.
- Sie bieten Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt benachteiligt sind (z.B. Menschen mit psychischen Erkrankungen, Personen mit längerer Arbeitslosigkeit und geflüchtete Menschen).
- Die Kantinen werden barrierefrei gestaltet und berücksichtigen unterschiedliche Ernährungsbedürfnisse (vegetarisch, vegan, halal, kosher, allergiker*innenfreundlich).

5. Partizipation und demokratische Mitgestaltung

- 82 • Die Gestaltung und Organisation der Kiezkantinen erfolgt partizipativ unter Einbeziehung der
- 83 Anwohner*innen, lokaler Initiativen und Ernährungsräte.
- 84 • Ehrenamtliches Engagement wird gefördert und anerkannt.
- 85 • Die Kantinen bieten auch Bildungsangebote zu gesunder Ernährung, Kochen und
- 86 Lebensmittelverschwendung an.

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

A2_1/26 Gerechte Politik für alle Menschen in Berlin – raus aus der untererfassten Metropole

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ermittelt regelmäßig die offizielle Bevölkerung beider Bundesländer, dabei wird zwischen zwei Kennzahlen unterschieden:

- Bei der Bevölkerungsfortschreibung wird die erfasste Bevölkerung anhand des letzten Zensus durch Geburten- und Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge aktualisiert und fortgeschrieben. Daraus ergibt sich für 2024 eine Bevölkerung von 3.685.265. Diese Methode ist in allen Bundesländern einheitlich und ermöglicht daher deutschlandweite Vergleichbarkeit, wird aber immer fehleranfälliger, je mehr Zeit seit dem Zensus vergangen ist. Der Zensus wird ca. alle zehn Jahre durchgeführt. Dabei werden stichprobenhaft Haushalte abgefragt. Beim letzten Zensus 2022 wurden 10,6 Millionen Menschen direkt befragt. Diese Zahlen werden mit dem Melderegister-Zahlen verrechnet.
- Die Einwohnerregisterstatistik gibt an, wie viele Menschen in Berlin und den einzelnen Bezirken gemeldet sind. Zuletzt waren es Ende 2024 3.897.145 Einwohner*innen in Berlin.

Diese und ähnliche Statistiken werden landes- wie bundespolitisch als Grundlage zahlreicher politischer Entscheidungen genommen, etwa bei der Kapazitätsplanung öffentlicher Infrastruktur oder bei der Verteilung von Bundesgeldern auf die Länder.

Die Unterschiede zwischen beiden Zahlen sind auf Fehler sowohl in der Methodik der Bevölkerungsfortschreibung als auch in der Meldestatistik zurückzuführen. Das Problem: Beide Statistiken schaffen es nicht, darzustellen, wie viele Menschen wirklich in Berlin leben. Erfasst wird nicht die Zahl der Menschen, die tatsächlich in einer Stadt leben und tagtäglich ihre Infrastruktur nutzen, sondern die Zahl derer, die mit ihrem Hauptwohnsitz dort gemeldet sind. Nicht erfasst werden Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Berlin haben, Zugezogene, die noch nicht umgemeldet sind, Geflüchtete, die melderechtlich nicht erfasst oder einer anderen Kommune zugewiesen sind oder Wohnungslose, die oft gar nicht gemeldet sind. Schätzungen zufolge leben etwa 400.000 – 600.000 Menschen mehr in Berlin als offiziell angegeben. Sie alle nutzen die öffentliche Infrastruktur: Straßen, ÖPNV, Krankenhäuser, Schulen etc. Durch Pendler*innen aus dem Umland und Tourist*innen erhöht sich der Druck auf die öffentliche Infrastruktur noch weiter.

Dieses grundsätzliche Problem tritt in vielen deutschen Großstädten auf, aber sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen nirgendwo so stark wie in Berlin: Der Anteil dieser sogenannten „unsichtbaren Bevölkerung“ liegt hier bei ca. 10-15% der Gesamtbevölkerung, in Großstädten wie Hamburg oder München wird er auf ca. 5-8% geschätzt.

Als Positivbeispiel für eine bessere statistische Erfassung kann Frankreich dienen: Hier werden von der Statistikbehörde INSEE für die Bevölkerung von Städten und Kommunen insgesamt drei Kennzahlen erfasst und angegeben:

- Population municipale: Meldestatistik, vergleichbar mit der Einwohner*innenstatistik in Deutschland

- Population totale: Tatsächliche Alltagsbevölkerung, die erfasst, wie viele Menschen sich dauerhaft und regelmäßig in der Stadt aufhalten
- Population touristique: Erfasst zusätzlich Tourist*innen und Personen, die sich nur saisonal in einer Stadt aufhalten. Erfasst damit auch saisonale Schwankungen der tatsächlichen Bevölkerung

Die Situation auf Landesebene

Das Problem ist seit Langem bekannt, es fehlt aber bislang an politischen Mehrheiten, gerechtere Lösungen zu finden. In den letzten Jahren hat sich die Diskrepanz zwischen erfasster und tatsächlicher Bevölkerung durch den starken Zuzug nach Berlin verschärft. Ein ewiges Aussitzen des Problems ist für uns nicht hinnehmbar, wir fordern echte Lösungen!

Wir begrüßen bisher in der Praxis durchgeführte Ansätze, das Problem der Untererfassung zu umgehen. So werden beispielsweise benötigte Krankenhauskapazitäten nach tatsächlichem Fallaufkommen statt nach Einwohner*innenzahl bestimmt. Auch die benötigten ÖPNV-Kapazitäten werden nach Fahrgastaufkommen ausgelegt, nicht aber deren Finanzierung. Diese Ansätze sind in der Praxis wirksam, bekämpfen aber nur Symptome, ohne das zugrundeliegende Problem zu beheben. Außerdem führen sie oft zu einer chronischen Unterfinanzierung. Daher fordern wir eine grundlegende statistische Neuerfassung der Bevölkerung als Grundlage von Planungen in der Landespolitik. Das heißt konkret:

- Die Erfassung der tatsächlichen Alltagsbevölkerung zusätzlich zur Meldestatistik nach französischem Vorbild. Beide Kennzahlen sollen regelmäßig von staatlicher Seite aus erfasst und veröffentlicht werden.
- Eine zusätzliche Erfassung der Personen, die sich zu Spitzenzeiten in Berlin aufhalten, beispielsweise im Sommer oder zu Semesterbeginn an den Hochschulen
- Die Planung der benötigten Kapazitäten öffentlicher Infrastruktur anhand der Alltagsbevölkerung, nicht der Meldebevölkerung, dies umfasst:
 - Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, z.B. Feuerwehr und Polizei
 - Gesundheitsversorgung, z.B. Zahl der Krankenhausbetten, Kassenplätze für Therapeut*innen
 - Plätze in Kitas und Schulen
 - ÖPNV
 - Öffentliche Verwaltung und Bürgerämter
 - Öffentliche Daseinsvorsorge in den Bereichen Abfall, Wasser und Energie
 - Bedarfsprognosen für Wohnraum
- Ausreichend finanzielle Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben. Dies umfasst explizit auch eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln für die Bezirke

Uns ist bewusst, dass die Erfassung der Alltagsbevölkerung ungenauer und fehlerbehafteter ist als die Meldestatistik. Trotz kleiner Abweichungen, kann die dauerhafte systematische Untererfassung ausgebessert werden.

Der bundespolitische Blick

Die systematische Untererfassung von Großstädten führt in der Praxis dazu, dass insbesondere die Stadtstaaten weniger Bundesmittel erhalten als ihnen zusteht, sei es bei der Verteilung des Sondervermögens, beim Länderfinanzausgleich oder bei weiteren Bundeszuweisungen. Auch etwa Berlins Anteil an der Umsatzsteuer wird über die Bevölkerungsfortschreibung ermittelt. Daran

wiederum orientieren sich auch wichtige Förderungen des Bundes, wie zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes.

Für jede in Berlin lebende Person stehen also im Schnitt 10-15% weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als im Bundesdurchschnitt. Für die Bereitstellung einer guten Infrastruktur bedarf es aber auch einer ausreichenden Finanzierung. Dabei ist für uns klar, dass jeder Mensch gleich viel wert ist und dies sich auch in der Finanzierung widerspiegeln muss. Wir fordern daher:

- nach französischem Vorbild die Einführung einer zwischen Bund und Ländern einheitlich anerkannten und regelmäßig erfassten Statistik zur Alltagsbevölkerung von Ländern und Kommunen zusätzlich zur Meldestatistik
- die Verteilung von Bundesmitteln auf Länder nach Alltagsbevölkerung statt Meldebevölkerung, um so den tatsächlichen Bedarf an öffentlicher Infrastruktur besser abbilden zu können. Diese Erhebungen müssen einhergehen mit einer Kampagne, die klarstellt, dass diese Erhebungen anonym ausgewertet werden und dass durch die Teilnahme an einer solchen Erhebung keinerlei Nachteile entstehen können.
- Vom aktuellen System profitieren neben wohlhabenden Ländern im Süden auch strukturschwache und ländlich geprägte Länder, vor allem im Osten. Daher muss solch eine Mittelverschiebung mit einer gleichzeitig eingeführten stärkeren finanziellen Förderung für strukturschwache und ländliche Räume einhergehen, besonders um Nachteile in Ostdeutschland auszugleichen.

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

A3_1/26 Einsamkeit ist eine soziale Frage – niemand soll allein bleiben müssen!

Einsamkeit hat sich in unserer Gesellschaft zu einem drängenden Problem entwickelt. Aktuelle Studien zufolge fühlt sich fast jeder zweite junge Mensch in Deutschland einsam. In Europa insgesamt berichten 57 % der 18- bis 35-Jährigen von moderater bis starker Einsamkeit. Ein alarmierender Wert, der zeigt, dass die seit der Corona-Pandemie erhöhte Einsamkeit unter jungen Menschen anhält. Einsamkeit ist damit längst kein Schicksal, nur vereinzelt Betroffener mehr, sondern ein Massenphänomen in der Mitte der Gesellschaft. Junge Menschen sind ähnlich stark betroffen wie ältere. Dieser Befund ist kein Zufall, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen, auf die Politik eine Antwort finden muss.

Jugend in der Einsamkeit

Die Einsamkeit junger Menschen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Während der Pandemie erlebte sie einen drastischen Höhepunkt. Im ersten Corona-Jahr fühlten sich dreimal so viele Menschen einsam wie zuvor und auch nach Aufhebung der Maßnahmen liegen die Quoten weiter über dem Vorkrisenniveau. Viele Jugendliche und junge Erwachsene stehen unter hohem Druck in Ausbildung, Studium oder Job, ziehen für Karriere und Bildung häufig in fremde Städte und müssen sich soziale Netzwerke immer wieder neu aufbauen. Zugleich erzeugt die allgegenwärtige digitale Kommunikation neue Probleme: Soziale Medien suggerieren ständig, alle anderen hätten ein erfülltes Sozialleben. Wer da nicht mithalten kann, fühlt sich umso isolierter. Die Schwelle, persönliche Kontakte im „echten Leben“ zu knüpfen, ist höher geworden. Hinzu kommen finanzielle Hürden: Wer wenig Geld hat, kann sich Freizeitaktivitäten, Reisen oder Ausgehen, alles Gelegenheiten, um Leute zu treffen, oft nicht leisten. Einsamkeit ist somit auch eine soziale Frage im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit: Armut und unsichere Lebensverhältnisse begünstigen Vereinsamung. Umgekehrt sind höhere Bildung und wirtschaftliche Sicherheit nachweislich Schutzfaktoren, weil sie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern.

Gesamtgesellschaftliches Problem

Einsamkeit macht vor keiner Altersgruppe Halt. Nach wie vor sind auch viele Senior*innen einsam. Insbesondere Menschen, denen Partner*in oder Freundeskreis weggebrochen sind, oder Ältere mit geringem Einkommen. Altersarmut verstärkt die Gefahr der Vereinsamung deutlich. Gleichzeitig zieht sich Einsamkeit durch alle Generationen und Milieus. FINTA-Personen berichten häufiger von Einsamkeit als Männer, Singles und Alleinlebende sind stärker betroffen als Menschen, die mit ihrer Familie zusammenleben, und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen kämpfen oft mit sozialer Isolation. Menschen mit Migrationsgeschichte, BiPoCs oder queere Menschen sind dabei besonders häufig von Einsamkeit betroffen, die durch Diskriminierung verstärkt wird.

Berlin als „Hauptstadt der Einsamkeit“

In Berlin fühlen sich vergleichsweise besonders viele isoliert, weshalb Berlin in Medien bereits als „Hauptstadt der Einsamkeit“ bezeichnet wird. Allein die hohe Zahl von über 50 % Single-Haushalten in Berlin verdeutlicht, wie viele Menschen potenziell ohne tägliche Ansprechperson leben. Doch Einsamkeit ist mehr als nur allein zu wohnen. Sie bedeutet, dass soziale Beziehungen fehlen oder als

unzureichend empfunden werden. Dieses Gefühl der sozialen Leere ist für die Betroffenen schwerwiegend, und es darf von der Politik nicht länger als privates Problem abgetan werden. Dabei kann Einsamkeit nicht allein an den Wohnverhältnissen oder an dem Beziehungsstatus einer Person festgemacht werden. Durch die massive gesellschaftliche Zentrierung von romantischen Zweierbeziehungen betrifft Einsamkeit häufig auch Menschen in romantischen Beziehungen, deren sonstiges soziales Umfeld unter der Zentrierung der romantischen Zweierbeziehung leidet.

Gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen

Chronische Einsamkeit ist nicht harmlos, sondern macht auf Dauer krank. Sozial isolierte Menschen haben ein deutlich höheres Risiko für psychische Erkrankungen wie Depressionen und Angststörungen. Auch körperlich sind die Auswirkungen dramatisch. So erhöht Einsamkeit das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Schlaganfällen um rund 30 %, und anhaltende Isolation ist so schädlich für die Gesundheit wie das Rauchen von 15 Zigaretten täglich. Studien zeigen zudem eine Verbindung zwischen Einsamkeit und einem erhöhten Risiko für Demenz im Alter sowie Suizid. Sie verkürzt Lebenszeit und Lebensqualität.

Darüber hinaus untergräbt eine vereinsamte Gesellschaft ihren eigenen Zusammenhalt. Menschen, die sich dauerhaft ausgeschlossen fühlen, verlieren das Vertrauen in die Gemeinschaft. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft leidet und Einsamkeit kann so zu einem politischen Problem werden: Wer keine Bindungen spürt, fühlt sich vom demokratischen Gemeinwesen nicht vertreten. Untersuchungen warnen, dass Vereinsamung Misstrauen und politische Entfremdung fördert und anfälliger für radikale Ansichten macht. Es geht also nicht „nur“ um individuelles Wohlbefinden, sondern um gesellschaftliche Stabilität, Demokratie und Kampf gegen menschenfeindliche politische und religiös begründete Ideologien. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich immer mehr Menschen ins soziale Abseits zurückziehen und so womöglich anfällig werden für extremistisches Gedankengut oder Versprechungen autoritärer Bewegungen, weil ihnen Gemeinschaft und Halt fehlen. Einsamkeit zu bekämpfen, heißt, sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Politischer Handlungsauftrag

Niemand soll allein bleiben müssen! Einsamkeit ist kein persönliches Versagen und auch kein unvermeidliches Schicksal, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung, die wir gemeinsam angehen können. Andere Länder haben das bereits erkannt. Großbritannien etwa hat 2018 als erstes Land der Welt ein eigenes Ministerium und eine Beauftragte für Einsamkeit geschaffen, um staatliche Maßnahmen gegen Isolation zu koordinieren. In Japan gibt es seit 2021 ebenfalls einen Regierungsbeauftragten für Einsamkeit, nachdem die Suizidraten während der Pandemie alarmierend stiegen. Auch in Deutschland hat das Thema inzwischen politische Aufmerksamkeit erlangt: Ende 2023 hat die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie gegen Einsamkeit mit über 100 Einzelmaßnahmen beschlossen. Im Zentrum steht dabei die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders, etwa durch Förderung von Mehrgenerationenhäusern, dem Ausbau von Beratungsangeboten und dem neuen Kompetenznetz Einsamkeit zur Vernetzung von Wissenschaft und Praxis. Diese ersten Schritte begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings richten sich viele der bestehenden Programme vor allem an Senior*innen. Spezifische Ansätze für jüngere Menschen fehlen bislang weitgehend. Wir fordern daher, die Bekämpfung von Einsamkeit in allen Altersgruppen entschlossen voranzutreiben. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen gefragt.

Wohnen neu denken - gemeinschaftlich und nachhaltig

Da wir den Großteil unserer Freizeit in den eigenen vier Wänden verbringen, müssen wir bei der Bekämpfung von Einsamkeit insbesondere das Wohnen neu denken - gemeinschaftlich und nachhaltig. Alternative, gemeinschaftliche Wohnformen auch über das klassische WG-Alter hinaus können helfen, Einsamkeit im Alltag spürbar zu reduzieren. Unterschiedliche Wohnkonzepte können dabei passgenau auf die verschiedenen Wünsche und Bedürfnisse in den jeweiligen Lebensphasen zugeschnitten werden. Von geteilten Gärten- und Balkonflächen über Gemeinschaftsräume im Haus oder geteilte Küchen für zwei oder mehr Parteien bis hin zu tatsächlichen WGs für alle Altersgruppen lassen sich alle möglichen Lösungen realisieren. Die moderne Architektur bietet hierfür bereits zahlreiche überzeugende Ansätze, und Initiativen.

Land und Bund sind in der Pflicht, hier Verantwortung zu übernehmen, solche Wohnformen aktiv zu fördern und selbst anzubieten. Auf Landesebene sollte die Stärkung lebendiger Quartiere im Mittelpunkt stehen: Wo Flächen gemeinschaftlich genutzt werden, entstehen niedrigschwellig zugängliche Begegnungsräume.

Dabei kann gemeinschaftliches Wohnen auf weniger Fläche nicht nur zur Bekämpfung des Wohnraummangels, sondern auch zu mehr Nachhaltigkeit beitragen. In einer dicht besiedelten Stadt wie Berlin lässt sich die Pro-Kopf-Wohnfläche verringern. Autos oder große Elektrogeräte wie Waschmaschinen und Kühlschränke können gemeinsam genutzt werden.

Schließlich muss auch an die Ältesten gedacht werden, denn unter Senior*innen ist Einsamkeit besonders verbreitet. Jeder ältere Mensch sollte die Möglichkeit haben, in einem Seniorenwohnheim zu leben, das nicht nur Pflege bietet, sondern durch Treffpunkte und Socializing-Angebote Gemeinschaft stärkt. Hier muss der Sozialstaat massiv investieren, um solche Wohnformen für alle bezahlbar zu machen. Nicht zu vergessen sind bereits bestehende solidarische Strukturen: Wohnungsbaugenossenschaften schaffen seit Jahrzehnten bezahlbaren Wohnraum und beruhen ursprünglich auf der Idee gemeinschaftlichen Lebens und gegenseitiger Verantwortung. Hier wollen wir anknüpfen. Genossenschaften können mehr sein als günstige Vermieterinnen, sie können Orte der Begegnung, der Mitbestimmung und des aktiven Zusammenlebens sein. Dieses Potenzial gilt es neu zu beleben und politisch zu stärken.

Begegnen - Konsumfreie Treffpunkte für alle Generationen

Auch außerhalb des eigenen Zuhauses brauchen wir Treffpunkte, die jede*r kostenlos nutzen kann, um sich mit seinen Freund*innen zu treffen oder neue Kontakte zu knüpfen. Dabei spielen Stadtteiltreffs eine wichtige Rolle und sollten unbedingt weiter gestärkt werden. Zudem können beispielsweise bestehende Bibliotheken ausgebaut werden: mit schönen und kostenfreien Aufenthaltsräumen, in denen alle Altersgruppen lesen, arbeiten, spielen oder einfach zusammensitzen können. Kostenlos ausleihbare Geräte, Spiele oder Instrumente, die sich nicht jede*r selbst leisten kann, können soziale Ungleichheiten ausgleichen und Zusammenhalt stärken.

Auch im Freien brauchen wir solche kostenlosen Begegnungsräume: schön gestaltete Parks, Grillstellen und frei zugängliche Sport- oder Spielgeräte sowie ansprechende Plätze in Städten können Aufenthaltsqualität schaffen, die Menschen ausdrücklich einlädt, statt sie zu verdrängen. Dazu gehört, an bestimmten, klar definierten Orten auch ein gewisses Maß an Lautstärke, Musikboxen und lebendigem Treiben zu tolerieren. Wo viele Menschen zusammenkommen, entsteht unvermeidlich auch Müll – statt dies als Argument gegen Nutzung zu verwenden, sollten die Bezirke gute Abfallkonzepte bereitstellen. So werden öffentliche Räume zu attraktiven Begegnungsorten für alle, die Einsamkeit im Alltag wirksam entgegenwirken können.

Von Vorbildern lernen

Einige Kommunen und Bezirke gehen mit gutem Vorbild voran. So hat Reinickendorf 2024 als bundesweit erster Bezirk einen hauptamtlichen Einsamkeitsbeauftragten eingestellt. Diese Stelle dient als zentrale Anlauf- und Koordinationsperson, um vor Ort Strategien gegen Einsamkeit zu entwickeln, Akteur*innen zu vernetzen und Präventionsprojekte ins Leben zu rufen. Daran wollen wir anknüpfen. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen, damit niemand in unserem Land und unserer Stadt mit seinem Alleinsein allein gelassen wird.

Deshalb fordern wir:

Auf Bezirks- und Landesebene

- In allen Berliner Bezirken soll eine Beauftragte gegen Einsamkeit etabliert werden. Diese koordiniert vor Ort Präventionsmaßnahmen, vernetzt soziale Träger, Initiativen und Nachbarschaftsprojekte und entwickelt Konzepte.
- Die Bezirke sollen dafür jeweils eine Strategie gegen Einsamkeit erarbeiten und mit ausreichenden Ressourcen ausstatten.
- Der Senat wird aufgefordert, ein Landesprogramm gegen Einsamkeit aufzulegen.
 - Dieses soll kommunale Aktivitäten fördern und berlinweit bündeln. Konkret brauchen wir mehr Begegnungsstätten und Nachbarschaftszentren, die niedrigschwellige Angebote für einsame Menschen jeden Alters bereithalten, von generationenübergreifenden Begegnungscafés bis zu kulturellen Freizeitgruppen: Das Land muss hier insbesondere auch entsprechend finanzielle Mittel bereitstellen
 - Berlin soll zudem eine jährliche Aufklärungskampagne starten, um über Einsamkeit zu informieren, Vorurteile abzubauen und Betroffene zu ermutigen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. In Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten sollen Präventionsprogramme gegen soziale Isolation verankert werden.
 - Quartiere sollen gestärkt werden. Bei der Stadtplanung soll der Fokus auf lebendigen Quartieren liegen, die Begegnungsräume schaffen, in denen Menschen ihren Alltag auf niedrigschwellige Weise gemeinschaftlich leben können.
 - Hierfür sollen:
 - Bezirksbibliotheken ausgebaut und mit attraktiven Aufenthaltsräumen sowie kostenlos ausleihbaren Geräten, Spielen und Musikinstrumenten ausgestattet werden.
 - Treffpunkte im Freien wie Parks oder Plätze verschönert und mit beispielsweise Grillstellen und kostenlos ausleihbaren Spiel- und Sportgeräteboxen ausgestattet werden.
 - Durch ein Umdenken in der Kultur soll an bestimmten Orten eine höhere Toleranz für Lärm, Musikboxen und Menschenmengen zum Standard werden. Sperrstunden oder Musikboxen-Verbote vertreiben Menschen, statt soziale Zusammenkünfte zu ermutigen.
 - Beim Bau von neuem Wohnraum soll besonders auf gemeinschaftliche Wohnformen gesetzt werden, die für alle Generationen attraktiv und bezahlbar sind.

- Der Senat soll sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass urbane Ballungsräume mit hohen Einsamkeitsraten, zB Berlin, besondere Unterstützung bei der Umsetzung von Anti-Einsamkeits-Maßnahmen erhalten.

Auf Bundesebene:

- SPD-Bundestagsfraktion und Bundesministerien sollen die im Dezember 2023 gestartete Bundesstrategie gegen Einsamkeit mit Nachdruck umsetzen und weiterentwickeln. Dabei muss explizit die Lebenswelt junger Menschen berücksichtigt werden, indem z. B. Patenschafts- und Mentor*innenprogramme, die einsame Jugendliche mit Ehrenamtlichen zusammenbringen, geschaffen werden.
- Wir fordern die Einsetzung eines*r Bundesbeauftragten für die Bekämpfung von Einsamkeit, der*die die Maßnahmen koordiniert und deren Fortschritt regelmäßig evaluiert.
- Einsamkeit soll als fester Aspekt in die Gesundheitspolitik integriert werden: Ärzt*innen und psychosoziale Beratungsstellen müssen für das Thema sensibilisiert werden und Betroffene aktiv auf Unterstützungsangebote hinweisen.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Kongress der Party of European Socialists möge beschließen:

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Europäische Parlament mögen sich dafür einsetzen:

A4_1/26 Mehr Median wagen – Wohlstand an der Realität der Mehrheit messen

Vergleich BIP pro Kopf und Medianwerte

Wenn man sich das BIP pro Kopf in Deutschland anschaut, lag dies 2024 bei 51.833 €. Rechnet man z. B. die Top 10 % der Einkommen heraus, wäre man nur noch bei ca. 36.300 €. Betrachtet man aber noch das Medianeinkommen – also das Einkommen, das in der Verteilung genau in der Mitte liegt (50 % darüber und 50 % darunter) – ist man nur noch bei knapp 26.000 €. Das ist nur noch knapp die Hälfte des BIP pro Kopf und verdeutlicht, wie verzerrt die Darstellung ist.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist ein international üblicher Wohlstandsindikator. Allerdings handelt es sich dabei um einen Durchschnittswert, der durch extreme Spitzen nach oben verzerrt ist. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist diese Zahl kaum aussagekräftig.

- Studien des DIW Berlin zeigen, dass die Einkommen im obersten Dezil (Top 10 %) in den letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen sind als die Einkommen der unteren 50 %
- Der OECD-Bericht „Under Pressure: The Squeezed Middle Class“ (2019) belegt, dass die Mitte der Gesellschaft seit Jahren stagniert, während die Oberschicht ihren Wohlstand ausgebaut hat.
- Laut dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021) liegt das Median-Nettovermögen in Deutschland bei ca. 70.000 €, während der Durchschnitt durch Milliardär:innen auf über 230.000 € getrieben wird – eine Verzerrung, die soziale Ungleichheit verschleiern.

Medianwerte sind deshalb ergänzend nicht nur ökonomisch präziser, sondern auch politisch ehrlicher. Sie machen sichtbar, dass die „gefühlte Ungerechtigkeit“ vieler Menschen nicht Einbildung ist.

Deshalb fordern wir:

- in allen offiziellen Regierungsberichten (z. B. Jahreswirtschaftsbericht, Armuts- und Reichtumsbericht) Median-Einkommen, Median-Vermögen und Medianlöhne und alle Quartile sowie der Abstand zwischen Median und Armutsgrenze verpflichtend neben dem BIP pro Kopf auszuweisen;
- dafür zu sorgen, dass diese Kennzahlen in der öffentlichen Kommunikation stärker betont werden, um die Lebensrealität der Mehrheit sichtbar zu machen;
- sich auf EU-Ebene für eine Verankerung von Median-Indikatoren im Europäischen Semester stark zu machen, um die soziale Dimension der EU zu stärken;
- wissenschaftliche Institute (z. B. DIW, Hans-Böckler-Stiftung) zu beauftragen, regelmäßig Verteilungsberichte vorzulegen, die Medianwerte ins Zentrum stellen.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

A5_1/26 Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen – Angebotsseite in den Blick nehmen, Kooperation mit den Tafeln stärken

Wir fordern, dass die SPD sich auf allen Ebenen dafür einsetzt, Lebensmittelverschwendung verbindlich zu reduzieren und gleichzeitig die bestehende Zusammenarbeit zwischen Supermärkten und gemeinnützigen Organisationen wie den Tafeln zu stärken. Dabei sollen nicht reine Zwangsmaßnahmen im Zentrum stehen, sondern transparente Nachweise, digitale Lösungen und positive Anreize.

In Deutschland werden jährlich rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel entsorgt – etwa 20 % des gesamten Nahrungsmittelverbrauchs. Ein relevanter Teil davon fällt im Handel an, während die Nachfrage bei den Tafeln steigt.

Die steigende Nachfrage und Fortbestehen von Tafeln ist Ausdruck politischen Versagens, da sie, ebenso wie andere wohltätige Hilfsangebote, letztlich eine verdeckte Transferleistung von Spendenden und staatlicher Förderung an Arbeitgeber*innen darstellen, die keine existenzsichernden Löhne oder betriebliche Altersvorsorge gewährleisten, sowie deren Aktionär*innen. Betroffene Haushalte sind von Zeitknappheit, unregelmäßigen Arbeitszeiten und psychischer Belastung geprägt, was eine vorausschauende Essensplanung und rechtzeitige Verarbeitung von Lebensmitteln erschwert. Lebensmittelverschwendung ist ebenfalls nicht nur eine Frage des Konsums, sondern auch der Produktionsweise, die auf Überproduktion, Preisdumping und Profitmaximierung statt auf bedarfsgerechte und nachhaltige Verteilung ausgerichtet ist. In Landwirtschaft, Verarbeitung, Logistik, Einzelhandel und Lieferdienst arbeiten viele Menschen zu niedrigen Löhnen, unter hohem Zeitdruck und unsicheren Verträgen. Das begünstigt Fehlplanung, Nachlässigkeit bei Lagerung und Transport sowie Überproduktion, weil Qualitätssicherung durch Wegwerfen billiger als über sorgfältige Arbeit organisiert wird. Dabei entstehen außerdem exorbitante Mengen an Verpackungsmüll. Diese Realitäten gilt es politisch zu überwinden, wie bereits an verschiedenen Stellen beschlossen.

Viele Supermärkte arbeiten bereits mit den Tafeln zusammen; der Umfang hängt jedoch stark vom Engagement der Marktleitenden ab. Wichtig ist daher nicht, die Unternehmen zusätzlich zu belasten, sondern die Zusammenarbeit einfacher, nachweisbarer und attraktiver zu gestalten.

Die Einführung digitaler Lieferscheine über die Tafel-App erleichtert die Dokumentation, senkt den Aufwand und sorgt für Transparenz über abgegebene Lebensmittel. So können Spenden geprüft, erfasst und statistisch ausgewertet werden.

Die Logistik der Tafeln wird zunehmend komplexer. KI-gestützte Tourenplanung und Lagerverwaltung haben sich bereits als effizient erwiesen und können bundesweit dazu beitragen, Lebensmittelverschwendung weiter zu verringern und Spenden bedarfsgerecht zu verteilen.

Durch eine Kombination aus Nachweis, Anreizmechanismen und digitaler Unterstützung kann Deutschland das Ziel, die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren, wirksam erreichen – sozial, ökologisch und praxisnah.

Deshalb fordern wir:

- 36 • **Vermeidung von Überproduktion und nachweisbare Weitergabe:** Betriebe der
37 Lebensmittelherstellung und des Großhandels sollen verpflichtet werden, regelmäßig zu
38 dokumentieren, wie sie Überproduktion vermeiden und wie überschüssige, genießbare
39 Lebensmittel in nachgelagerte Verwertungskanäle (z. B. Weiterverarbeitung, Spenden,
40 Tierfutter) gelangen.
- 41 • **Wegwerfquote sichtbar machen:** Auf verderblichen Lebensmitteln wie Obst, Gemüse, Fisch,
42 Fleisch und Milchprodukten soll neben dem Herkunftsland auch ausgewiesen werden, wie viel
43 vergleichbare Ware durchschnittlich pro Kilogramm entlang der Lieferkette verloren geht oder
44 entsorgt wird.
- 45 • **Digitale Lieferscheine über die Tafel-App:** Die bereits von der Berliner Tafel genutzte App zur
46 Erfassung von Abholungen und Spenden soll bundesweit als Standard etabliert werden.
47 Digitale Lieferscheine ersetzen langfristig alle Papierdokumente und ermöglichen eine
48 transparente, effiziente Dokumentation.
- 49 • **Technologische Unterstützung für die Tafel-Logistik:** Gemeinnützige Organisationen wie die
50 Tafeln sollen beim Ausbau digitaler Strukturen unterstützt werden. Künstliche Intelligenz kann
51 bei Tourenplanung, Lageroptimierung und Angebots-Nachfrage-Abgleich helfen und so die
52 Verteilung der Lebensmittel effizienter machen.
- 53 • **Strukturelle Förderung der Tafeln:** Bund und Länder sollen Förderprogramme ausweiten,
54 damit die Tafeln steigende Lebensmittelmengen logistisch, finanziell und personell
55 bewältigen können.

Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B1_1/26 Feministische Erinnerungspolitik stärken: FINTA-Geschichte sichtbar machen, Forschung fördern, Bildung verändern

Erinnerungspolitik ist nie neutral. Sie entscheidet darüber, wessen Geschichte erzählt, wessen Kämpfe anerkannt und wessen Perspektiven weitergegeben werden. Bis heute ist die öffentliche Erinnerungskultur jedoch maßgeblich von patriarchalen Strukturen geprägt: FINTA-Personen und andere marginalisierte, beziehungsweise mehrfach marginalisierte Personen erscheinen in historischen Erzählungen häufig nur am Rand, als Ausnahme oder gar nicht. Ihre Rolle in sozialen und politischen Bewegungen, im antifaschistischen Widerstand, in Arbeitskämpfen oder in Sorgearbeit wird systematisch unterschätzt oder ausgeblendet.

Diese Leerstelle ist Ausdruck struktureller Ungleichheit in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung. Wer in der Geschichte nicht vorkommt, dem wird auch politische Bedeutung in der Gegenwart abgesprochen. Feministische Erinnerungspolitik ist daher keine Ergänzung bestehender Geschichtsbilder, sondern eine Voraussetzung für historische Gerechtigkeit, demokratische Bildung und gesellschaftliche Emanzipation.

FINTAs haben politische Bewegungen getragen, Widerstand organisiert, soziale Kämpfe geführt und gesellschaftliche Veränderungen erstritten – oft unter doppelter oder mehrfacher Unterdrückung durch Patriarchat, Klassismus, Rassismus etc. Diese Erfahrungen müssen als kollektive politische Geschichte erzählt werden, nicht als Randnotiz oder individualisierte Ausnahmebiografie.

Feministische Erinnerungspolitik darf dabei nicht auf ehrenamtliches Engagement oder zivilgesellschaftliche Einzelinitiativen reduziert werden. Sie ist eine staatliche Aufgabe und muss strukturell in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik verankert werden. Nur so kann eine Erinnerungskultur entstehen, die Vielfalt abbildet, Ungleichheiten reflektiert und demokratische Teilhabe stärkt.

Feministische Erinnerungspolitik muss strukturell gestärkt werden. FINTA-Perspektiven müssen systematisch in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung verankert werden, um historische Ungleichheiten abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Geschichte wirkt fort. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine gerechte Erinnerungskultur. Feministische Erinnerungspolitik ist daher kein Symbolprojekt, sondern ein notwendiger Bestandteil emanzipatorischer Politik. Wer Gleichstellung ernst meint, muss auch Erinnerung gerecht gestalten.

Wir fordern daher:

- ... dass feministische Erinnerungspolitik als staatliche Aufgabe anerkannt wird und FINTA-Perspektiven verbindlich in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik berücksichtigt werden.
- ... dass der Senat die Forschung zu „FINTA in der Geschichte“ gezielt ausbaut und finanziell fördert, insbesondere durch die Unterstützung wissenschaftlicher und außeruniversitärer

Forschungsprojekte, die FINTA als politische Akteur*innen und kollektive Bewegung sichtbar machen.

- ... dass FINTA und feministische Bewegungsgeschichte im öffentlichen Raum stärker sichtbar gemacht werden, unter anderem durch die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen sowie durch Gedenktafeln, Erinnerungsorte und eine kritische Überprüfung bestehender Ehrungen.
- ... dass feministische Perspektiven verbindlich in schulische Lehrpläne sowie in die politische Bildungsarbeit aufgenommen werden, als selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschafts-, Demokratie- und Sozialgeschichte. Der Geschichtsunterricht an Schulen soll insbesondere genutzt werden, um Missstände in der Geschichte gegenüber FINTA-Personen, wie den "Matilda-Effekt", zu thematisieren: Historisch wichtige Errungenschaften, erforscht und entdeckt durch FINTA-Personen, die sich Cis-Männer zu eigen gemacht haben.
- ... dass feministische Erinnerungspolitik intersektional ausgerichtet wird und insbesondere schwarze, jüdische, migrantische, ostdeutsche, queere, BIPOC, TIN-Personen behinderte sowie proletarische FINTA, FINTA of Color in der gesamten Geschichtsschreibung und auch speziell in der Widerstandsgeschichte berücksichtigt werden.
- ... dass ein landesweiter feministischer Erinnerungsschwerpunkt etabliert wird, der bestehende Aktivitäten bündelt, feministische Geschichte sichtbarer macht und langfristig im öffentlichen Bewusstsein verankert.

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B2_1/26 Mehrwertsteuer auf Bücher auf null – Literatur und Wissen zugänglicher machen

1 Wissen, Bildung und kulturelle Teilhabe sind Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft.
2 Bücher sind dabei kein Konsumgut wie jedes andere, sondern ein zentrales Medium des
3 demokratischen Zugangs zu Information, politischer sowie künstlerischer und kultureller Bildung und
4 persönlicher Emanzipation.

5 Trotz des in Deutschland geltenden ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Bücher von 7 % bleiben
6 Preise künstlich erhöht – und damit auch soziale Hürden, die Menschen mit geringem Einkommen,
7 junge Menschen, Alleinerziehende und einkommensschwache Familien besonders treffen.

8 Dänemark geht hier mit gutem Beispiel voran: Seit dem 01.01.2026 ist die Mehrwertsteuer auf Bücher
9 dort vollständig abgeschafft, um eine „Lese Krise“ zu bekämpfen und Literatur für alle erschwinglicher
10 zu machen. Auch andere europäische Staaten wie Irland oder Tschechien haben diesen Schritt bereits
11 vollzogen. Eine solche Maßnahme zeigt: Büchersteuer ist keine Notwendigkeit – sie ist eine politische
12 Entscheidung.

13 Die Besteuerung von Büchern trifft nicht alle gleich. Eine Steuer auf Lesen ist regressiv – sie verschärft
14 Ungerechtigkeit.

15 Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bücher wäre ein konkreter Schritt gegen soziale
16 Bildungsbarrieren, sowie ein konkretes Instrument für gerechte Teilhabe an Wissen. Ebenso würde dies
17 - neben einer gelungenen Kulturförderpolitik, einen Beitrag zum Schutz von Buchhandlungen und
18 unabhängigen Verlagen ermöglichen, die immer mehr vom Aussterben bedroht sind. Zugleich müssen
19 öffentliche Bibliotheken als kostenfreie Orte des Wissens gestärkt werden.

20 Lesen zu besteuern heißt, Ungleichheit zu besteuern. Wir wollen das Gegenteil: eine Gesellschaft, die
21 den Zugang zu Wissen erleichtert, statt verteuert.

22 Um den Zugang zu Wissen und Bildung gerecht und unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen,
23 fordern wir:

- 24 • ... dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, eine gesetzliche Regelung zur vollständigen
25 Abschaffung der Mehrwertsteuer auf gedruckte Bücher und E-Books einzuführen.
- 26 • ... dass Bücher steuerrechtlich als Grundlage von Bildung und kultureller Teilhabe eingestuft
27 werden – nicht als preisbelastbares Wirtschaftsgut.
- 28 • ... dass die Preisentlastung verpflichtend und vollständig an die Leser*innen weitergegeben
29 werden soll, um soziale Wirkung sicherzustellen. Hierzu ist eine transparente Kontrolle der
30 Preisentwicklung vorzusehen.
- 31 • eine generelle Abschaffung der Mehrwertsteuer und eine flächendeckende Einführung von
32 progressiven Steuern

33 Wir müssen klar und deutlich sagen: Bildung darf nicht käuflich sein!

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B3_1/26 Weg mit der Verbeamtung von Lehrkräften

Die Verbeamtung von Lehrkräften wird seit Jahren als Garant für Stabilität, Loyalität und Qualität im Schulsystem verkauft, ist in Wahrheit aber eine falsche Sicherheit, die strukturelle Probleme verdeckt und neue Ungerechtigkeiten erzeugt. Empirische Studien zur Unterrichtsqualität zeigen keinen belastbaren Nachweis, dass verbeamtete Lehrkräfte besseren Unterricht machen als angestellte – Unterschiede in der Wirksamkeit hängen vielmehr mit professioneller Kompetenz, Arbeitsbedingungen und Unterstützungssystemen zusammen, nicht mit dem Status. Gleichzeitig zementiert der Beamtenstatus eine Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer: Verbeamtete Kolleg*innen erhalten deutlich höhere Pensionen bei gleicher Arbeit, während angestellte Lehrkräfte dauerhaft schlechter gestellt sind, obwohl sie den gleichen Belastungen und Anforderungen im Schulalltag ausgesetzt sind. Parallel dazu erleben viele angestellte Lehrkräfte – vor allem Quereinsteiger*innen und Vertretungskräfte – unsichere Kettenbefristungen, die der angeblichen „Sicherheit“ verbeamteter Kolleg*innen diametral gegenüberstehen und eine neue Form prekärer Beschäftigung im öffentlichen Dienst etablieren.

Lebenslang safe? Verbeamtung blockiert Entwicklung und Fairness

Diese „Sicherheit“ ist in mehrfacher Hinsicht trügerisch. Für viele Lehrkräfte bedeutet der Beamtenstatus vor allem eine lebenslange, kaum antastbare Stellung: Wer „drin“ ist, ist sicher – unabhängig davon, wie sich Unterrichtsqualität und Engagement entwickeln. Das ist besonders fatal, wenn Schulen gleichzeitig mit Digitalisierung, wachsender Heterogenität, Inklusion und der Aufgabe der Demokratiebildung konfrontiert sind. Während verbeamtete Lehrkräfte strukturell übergeschützt sind, bleiben angestellte Kolleg*innen oft über Jahre in unsicheren befristeten Verträgen, was die Spaltung im Kollegium vertieft und die gemeinsame professionelle Entwicklung erschwert. Hinzu kommt, dass die Verbeamtung nicht nur gegenüber angestellten Lehrkräften, sondern auch gegenüber der übrigen Gesellschaft ein massives Gerechtigkeitsproblem darstellt. Verbeamtete Lehrkräfte beziehen im Ruhestand durchschnittlich deutlich höhere Versorgungsbezüge als vergleichbare Angestellte in der gesetzlichen Rentenversicherung – oft mit Netto-Unterschieden von mehreren hundert Euro im Monat, die sich über die Rentenphase zu sechsstelligen Summen addieren. Diese Differenzen entstehen nicht aus „Mehrleistung“, sondern aus einem rechtlichen Sonderstatus, der über Steuern und damit von allen Bürger*innen finanziert wird. Sie verstärken den Eindruck einer privilegierten Gruppe im öffentlichen Dienst und untergraben die Akzeptanz notwendiger Reformen der gesetzlichen Rente. Besonders widersprüchlich ist, dass ausgerechnet Lehrkräfte, die mit ihren Schüler*innen Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität thematisieren sollen, in einem System arbeiten, das intern massive Ungleichbehandlungen reproduziert – zwischen Beamten und Angestellten, zwischen sicheren und befristeten Stellen. Der Beamtenstatus reduziert zudem die Flexibilität im System. Verbeamtete Lehrkräfte sind faktisch an ihr Bundesland als Dienstherrn gebunden; ein Wechsel in ein anderes Land ist formal möglich, aber in der Praxis kompliziert und oft mit Unsicherheit verbunden. So werden Lehrkräfte durch Statusrecht territorial „festgenagelt“, statt dass Länder durch gute Arbeitsbedingungen und attraktive Schulen miteinander in einem fairen Wettbewerb um Fachkräfte stehen. Ein angestelltenbasiertes System würde Mobilität deutlich erleichtern: Lehrkräfte könnten leichter zwischen Ländern, Schulformen oder auch in andere pädagogische oder

wissenschaftliche Felder wechseln und ebenso leichter zurückkehren. Eine solche Flexibilisierung kommt auch den Schulen zugute, weil Erfahrungsaustausch und berufliche Biografien nicht länger durch Statusgrenzen begrenzt werden.

Rechtsextreme im Schuldienst? Beamtenstatus erschwert Konsequenzen und verhindert Demokratiebildung

Besonders problematisch ist der Umgang mit rechtsextremen oder klar antidemokratisch agierenden Lehrkräften. Das beamtenrechtliche System macht es hier ausgesprochen schwer, konsequent zu reagieren. Selbst bei massiven Verstößen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, rassistischen Äußerungen oder offener Nähe zu rechtsextremen Organisationen sind Entlassungsverfahren langwierig, komplex und oft nur mit großem juristischem Aufwand erfolgreich. Das ist demokratiepolitisch brisant: Personen, die aktiv gegen die Werte des Grundgesetzes arbeiten, profitieren im Beamtenstatus von einem zusätzlichen Schutzschirm. Prominente Beispiele aus dem öffentlichen Diskurs um rechtsextreme Ex-Lehrkräfte, die später in Politik und Öffentlichkeit auftreten, verdeutlichen das Dilemma: Was passiert, wenn solche Akteure versuchen, in den Schuldienst zurückzukehren? Ein Angestelltenstatus mit klaren arbeitsrechtlichen Regelungen und einem konsequent angewandten Bekenntnis zu Antidiskriminierung und Demokratie würde hier mehr Handlungsfähigkeit schaffen. Wer sich nachweislich und dauerhaft gegen die Grundwerte stellt, kann mit arbeitsrechtlichen Mitteln schneller und transparenter aus dem Dienst entfernt werden, ohne dass ein beamtenrechtlicher Sonderstatus zusätzliche Hürden errichtet. Ein weiterer, oft unterschätzter Aspekt ist das Spannungsverhältnis zwischen Beamtenstatus und politischer Bildungsaufgabe. Lehrkräfte sind laut Beutelsbacher Konsens und Frankfurter Erklärung zur politischen Bildung verpflichtet, politische Kontroversen im Unterricht sichtbar zu machen, Schüler*innen zur Artikulation eigener Interessen zu befähigen und demokratiefeindlichen Positionen aktiv entgegenzutreten. Gleichzeitig unterliegen verbeamtete Lehrkräfte einem beamtenrechtlichen Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot in politischer Betätigung, das formal ihre öffentliche politische Artikulation begrenzt und in der Praxis zu Verunsicherung führt, was sie sagen und tun dürfen. Ein Angestelltenstatus mit den üblichen arbeitsrechtlichen Pflichten, aber ohne spezielles beamtenrechtliches Mäßigungsgebot, wäre hier stimmiger: Lehrkräfte wären weiterhin an Verfassung und Schulgesetze gebunden, könnten aber politische Bildung und Demokratieförderung klarer, angstfreier und professionell ausüben – und zugleich könnte der Staat bei eindeutig demokratiefeindlichem Verhalten konsequenter einschreiten.

Boomer-Pensionen vs. volle Klassen: Verbeamtung als „Game Over“ für unsere Schulen?

Auch finanzpolitisch ist die Verbeamtung von Lehrkräften kein tragfähiges Modell. Die Pensionslasten für Beamte im öffentlichen Dienst steigen durch den demografischen Wandel deutlich an, und ein erheblicher Anteil dieser Ausgaben entfällt auf ehemalige Lehrkräfte, die die größte Gruppe unter den Versorgungsempfänger*innen bilden. In den nächsten Jahren werden die Ausgaben für Beamtenpensionen deutlich steigen, weil die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand treten. Dies trifft die Länderhaushalte besonders hart, die Schulfinanzierung und Beamtenversorgung gleichzeitig schultern müssen. Die Verbeamtung von Lehrkräften bindet damit langfristig Mittel, die dringend für Qualitätsverbesserungen im laufenden Schulbetrieb benötigt würden: kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams, moderne Gebäude, Digitalisierung, Fortbildung sowie bessere Unterstützungssysteme, damit angestellte Lehrkräfte schnell entfristet werden können, statt in Kettenbefristungen zu verharren. In der deutschen Diskussion wird hingegen häufig so getan, als sei die Verbeamtung notwendig, um den Lehrkräftemangel zu bekämpfen und den Beruf attraktiv zu

halten. Tatsächlich kämpfen Länder mit und ohne Verbeamtung mit massiven Rekrutierungsproblemen. Ursache sind vor allem hohe Arbeitsbelastung, große Klassen, unzureichende Unterstützungssysteme, mangelnde Planbarkeit von Arbeitszeiten und eine Politik, die über Jahre auf Sparen statt Investieren gesetzt hat. Ein sicherer Status kompensiert diese Defizite allenfalls teilweise und kurzfristig, erzeugt aber langfristig Fehlanreize: Solange Verbeamtung der primäre Attraktivitätsfaktor bleibt – statt gute Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten und faire Bezahlung –, wird das System strukturell träge bleiben. Zudem bleibt das Befristungsproblem ungelöst: Wer nicht verbeamtet wird, erlebt weiterhin Unsicherheit, statt durch ein gutes Angestelltenmodell zügig in verlässliche unbefristete Stellen zu kommen. Dem gegenüber stehen internationale Beispiele, die zeigen, dass gute Schulen und attraktive Lehrberufe auch ohne Beamtenstatus möglich sind. In skandinavischen Ländern wie Schweden, Dänemark oder Finnland sind Lehrkräfte in der Regel Angestellte. Diese Systeme sind so gestaltet, dass alle Berufsgruppen – einschließlich ehemals beamtenähnlicher Tätigkeiten – in denselben Sicherungsmechanismen vorkommen. Lehrkräfte haben so planbare, angemessene Altersversorgungen, ohne einen Sonderstatus zu benötigen, und der Status als Angestellte ermöglicht gleichzeitig eine stärkere Kopplung von Beschäftigung an Qualifikation, Weiterentwicklung und Schulqualität. Dort ist der Lehrberuf attraktiv, weil Arbeitsbedingungen, kollegiale Kulturen und Professionalisierung im Vordergrund stehen – nicht ein rechtlicher Status.

Berlin als Bildungs-Pionier: Abschaffung starten und bundesweit voranlegen!

Für Berlin als Land mit besonderem Reformspielraum bedeutet das: Berlin kann und sollte Vorreiter werden, indem es die Verbeamtung für neue Lehrkräfte beendet, auf ein attraktives, tariflich gut geregeltes Angestelltenmodell umstellt, frühzeitige Entfristung zur Regel macht und parallel eigene Bausteine kapitalgedeckter Zusatzversorgung erprobt. So kann das Land zeigen, dass ein modernes, gerechtes Lehrkräftebeschäftigungssystem ohne Beamtenstatus möglich ist, das Bildungsqualität ebenso stärkt wie soziale Sicherheit, Flexibilität und demokratische Handlungsfähigkeit – und als Modell für eine spätere bundesweite Reform dienen.

Daher fordern wir:

- Die Abschaffung der Verbeamtung für neu eingestellte Lehrkräfte in Berlin.
- Die Umstellung auf unbefristete, tariflich abgesicherte Angestelltenverhältnisse mit attraktiven Gehältern, welche sicherstellen, dass nicht verbeamtete Lehrkräfte durchschnittlich ein genauso hohes Einkommen in der Lebenszeit erhalten wie Verbeamtete und zügiger Entfristung statt Kettenbefristungen.
- Die Entwicklung eines Berliner Modells tariflicher Zusatzversorgung für Lehrkräfte als Baustein einer einheitlichen, statusunabhängigen Alterssicherung.
- Gesetzlichen Bestandsschutz für bereits verbeamtete Lehrkräfte und gleichzeitig den schrittweisen Aufbau von Versorgungsfonds zur Finanzierung der bestehenden Pensionslasten.
- Den Ausbau guter Arbeitsbedingungen als zentralen Attraktivitätsfaktor: kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams, verbindliche Entlastungs- und Fortbildungsstrukturen sowie verlässliche Arbeitszeitregelungen statt Statusprivilegien.
- Die Klarstellung, dass politische Bildungsaufgaben durch einen Angestelltenstatus ohne beamtenrechtliches Mäßigungsgebot besser unterstützt werden, und entsprechende Anpassung der schulrechtlichen Vorgaben zur Rolle von Lehrkräften in der Demokratiebildung.

- 126 • Die Schaffung klarer arbeitsrechtlicher Instrumente, mit denen rechtsextreme und eindeutig
127 antidemokratisch agierende Lehrkräfte schneller und transparenter aus dem Schuldienst
128 entfernt werden können, anstatt sie durch einen besonderen Status zusätzlich zu schützen.

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

B4_1/26 „Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre“ war gestern - heute brauchen sie den Mindestlohn!

Es ist wichtig, eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) einzuleiten, sodass Auszubildende künftig Anspruch auf eine Vergütung in Anlehnung an den gesetzlichen Mindestlohn haben. Des Weiteren müssen begleitende Unterstützungsprogramme für kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe aufgelegt werden.

Ausbildung gilt als zentraler Pfeiler unserer Arbeitsgesellschaft. Sie soll jungen Menschen den Einstieg in ein selbstbestimmtes Berufsleben ermöglichen und zugleich die Fachkräftebasis sichern, auf die die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur angewiesen sind. Entsprechend hoch ist der politische Anspruch, den wir an Ausbildung stellen. Umso größer ist der Widerspruch zwischen diesem Anspruch und der materiellen Realität vieler Auszubildender.

Denn obwohl Auszubildende regelmäßig in Vollzeit arbeiten, Verantwortung tragen und fest in betriebliche Abläufe eingebunden sind, gelten für sie bis heute andere Maßstäbe als für andere Beschäftigte. Während der gesetzliche Mindestlohn den Zweck hat, Arbeiter*innen vor Armut zu schützen, sind Auszubildende von diesem Schutz ausdrücklich ausgenommen. Statt eines klaren Anspruchs bleibt es bei der rechtlich vagen Vorgabe einer „angemessenen Vergütung“. Die Mindestauszubildendenvergütung reicht hier nicht aus, damit Auszubildende ihren Lebensunterhalt ausreichend bestreiten können.

Die Folgen dieser Regelung sind längst sichtbar. Auszubildende sind in betriebliche Abläufe eingebunden und leisten produktive Beiträge. Gleichzeitig ist eine Ausbildung kein reguläres Arbeitsverhältnis, sondern ein Qualifizierungsverhältnis mit gesellschaftlichem Auftrag. Die Ausbildungsvergütung ist daher kein Lohn im klassischen Sinne, sondern eine finanzielle Absicherung während der beruflichen Qualifizierung. Sie muss so ausgestaltet sein, dass eine Ausbildung unabhängig vom Elternhaus möglich ist und keine existenzielle Belastung darstellt. Dass dies aktuell nicht der Fall ist, ist längst sichtbar:

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Ausbildungsabbrüche zunehmen und viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Besonders problematisch ist dabei das Signal, das der bestehende Rechtsrahmen sendet. Der Ausschluss vom Mindestlohn vermittelt, dass Ausbildungsarbeit weniger wert sei als andere Arbeit. Diese Abwertung wirkt weit über die Ausbildungszeit hinaus. Wer Arbeit so vergütet, organisiert keine Ausbildung, sondern kalkuliert bewusst mit Mangel.

Worum es geht, ist nicht Wohlstand, nicht Komfort, nicht politische Großzügigkeit. Es geht um das absolute Minimum. Darum, ob Menschen, die in Vollzeit arbeiten, ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse sichern können. Wenn Ausbildung Zukunft sichern soll, dann muss sie auch heute tragfähig sein.

- Das Berufsbildungsgesetz ist dahingehend weiterzuentwickeln, dass die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung schrittweise zu einer armutsfesten Untergrenze ausgebaut

36 wird. Dabei ist die besondere Stellung des Ausbildungsverhältnisses als
37 Qualifizierungsverhältnis zu berücksichtigen. Eine schematische Gleichsetzung mit dem
38 Mindestlohn erfolgt nicht.

- 39 • Wir bekräftigen unsere Forderung für die sofortige Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage.
- 40 • Die Verbesserung der Ausbildungsvergütung ist mit Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung
41 und zur Sicherung der Ausbildungsqualität zu verknüpfen. Tarifliche Ausbildungsvergütungen
42 bleiben Maßstab guter Ausbildung. Ihre Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist zu erleichtern.
- 43 • Zusätzliche Geldleistungen für Auszubildende, die in besonderer Art und Weise finanziell
44 benachteiligt sind.

Antragssteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

B5_1/26 Für mehr Lifestyle-Bildungszeit: Zeit, dass alle zu ihrem Recht kommen!

„Gönn Dir Bildung. Nimm Dir Zeit: Nutzt uns alle“. So steht es auf der Infoseite der Senatsverwaltung. Bezahlte Freistellung für berufsbegleitende Bildung ist in Berlin und fast allen anderen Bundesländern als Arbeitnehmer*innenrecht und wichtiges Instrument der beruflichen Weiterentwicklung, politischen Bildung und Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeit verankert.

Bildungszeit (meistens als „Bildungsurlaub“ bezeichnet) stärkt die psychische Gesundheit, schafft eine bewusste Unterbrechung vom Arbeitsalltag und ermöglicht Distanz zu Stressoren. Nicht umsonst gehören Gesundheit und Stressbewältigung sogar am häufigsten zu den angefragten Themengebieten. Durch die räumliche und zeitliche Ablösung von Routinen entstehen Erholung, Empowerment und Selbstverwirklichung. Belastungen werden relativiert, neue Perspektiven gewonnen und der Stresspegel sinkt. So weit, so gut.

Vor allem in Berlin wird Bildungszeit allerdings viel zu selten benutzt. Befragungen aus den letzten Jahren belegen teilweise eine Nutzungsquote von weniger als 1% der Anspruchsberechtigten. Das macht uns zum bundesweiten Schlusslicht. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass Teile der arbeitenden Bevölkerung faktisch ausgeschlossen werden und das Angebot nicht an deren Lebensrealitäten angepasst ist.

Der Anteil der Arbeitnehmer*innen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung in Berlin liegt mittlerweile bei grob rund 20 bis 25 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen. Doch wenn man als (post)migrantische*r Arbeitnehmer*in ein anerkanntes Seminar in der/den Erstsprache/n sucht, findet man vor allem eins: intensive Deutschkurse. Da fragt man sich zurecht, ob der Genitiv oder Konjunktiv II unbedingt Erholung, Empowerment oder Selbstverwirklichung liefert, oder ob der Bildungswunsch- und -bedarf eher in eine andere Richtung ginge. Wieso gibt es kein anerkanntes Seminar zu Klimaschutz auf Russisch, Buchhaltung auf Arabisch, Fake-News und verlässlicher Information auf Englisch, oder Rückentraining auf Türkisch? Die Arbeitswelt in Berlin ist geprägt von sprachlicher kultureller Vielfalt, wobei das eingeschränkte Angebot für anspruchsberechtigte Arbeitnehmer*innen ohne fortgeschrittenes Deutsch oder mit sonstiger Sprachpräferenz hindert die Ausübung ihres Anrechts sowie das demokratiefördernde Potenzial von Bildungszeit.

Junge Beschäftigte und gerade auch Auszubildende nehmen ihr Recht auf Bildungszeit ebenfalls bislang deutlich seltener wahr als andere Arbeitnehmer*innen. Laut Erhebungen der Senatsverwaltung und verschiedener Bildungsträger liegt die Inanspruchnahmequote bei jungen Menschen seit Jahren auf niedrigem Niveau. Gründe sind vor allem mangelnde Information, fehlende Unterstützung durch Betriebe sowie das Fehlen passgenauer Angebote für diese Zielgruppe. Damit Bildungszeit tatsächlich alle erreicht, braucht es gezielte Informationskampagnen und niedrigschwellige Angebote für junge Beschäftigte und Azubis.

Wir erleben derzeit Diskurse, in denen die konservativen und rechten Kräfte im Bund und Land unsere gewerkschaftlich erkämpfte Rechte wie der 8-Stunden-Tag, Lohnfortzahlung im Krankenstand angreift,

das Recht auf Teilzeit als Lifestyle-Entscheidung verpönt. Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir die Interessen aller und vor allem auch junger und (post)migrantischer Arbeitnehmer*innen entschlossen verteidigen und ausbauen.

Wenn Sprach- und Altersbarrieren abgebaut werden, können deutlich mehr Arbeitnehmer*innen ihre Chance zur Weiterbildung tatsächlich nutzen. Dies erhöht die Reichweite und allgemeine Akzeptanz des Bildungszeitmodells in den Betrieben und darüber hinaus. So kann das Instrument sein Potenzial entfalten und wird vom Nischenangebot zum echten Motor gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Verabschiedung des Bildungszeitgesetzes 2021 war eine verpasste Chance, das Modell an die Realitäten der Arbeitnehmer*innen anzupassen. Wir müssen das Gesetz sowie die Anerkennungs- und Förderpolitik Berlins dringend reformieren, um mehrsprachige Angebote zu ermöglichen und das volle Potenzial von lebenslangem Lernen für unsere Stadtgesellschaft und Arbeitnehmer*innenschaft auszuschöpfen.

Wir fordern daher:

- Eine Reform des Bildungszeitgesetzes zur Klarstellung der Förderfähigkeit von Bildungszeitangeboten in anderen Unterrichtssprachen.
- Eine allgemeine gesetzliche Informationspflicht für Arbeitgeber*innen, ihre Beschäftigten mindestens einmal im Jahr sowie bei Neueintritt bzw. Ausbildungsstart aktiv und verständlich über ihr Recht auf Bildungszeit zu informieren. Diese Information soll in geeigneter schriftlicher Form und in den meistgesprochenen Sprachen der Beschäftigten erfolgen.
- Eine Anpassung der Leitfäden der Senatsverwaltung für Träger*innen mit Beispielen für berufliche und politische Bildungsangebote sowie eine Erleichterung der Anerkennungspraxis für mehrsprachige Seminare.
- Die Aufnahme einer Zielvorgabe, dass bis 2030 mindestens 20% der als Bildungszeit anerkannten Veranstaltungen in mindestens einer weiteren Sprache angeboten werden soll.
- Ein verbindlicher Anteil der als Bildungszeit anerkannten Veranstaltungen soll speziell für junge Beschäftigte und Auszubildende entwickelt werden.
- Dabei sollten Richtwerte zu den meistgesprochenen Community-Sprachen als unverbindliche Orientierungsgröße benannt werden, um Anbieter*innen zur Auswahl passender zusätzlicher Unterrichtssprachen für ihre Zielgruppen in Berlin zu unterstützen.
- Ein Landesförderprogramm zur Unterstützung von Träger*innen, die Angebote in weiteren Sprachen und/ oder gezielt für junge Menschen entwickeln (z. B. Zuschüsse für Übersetzung von Materialien und Themenplänen, mehrsprachige Referententeams, zusätzliche Kursentwicklung).
- Mehrjährige Projektförderungen in Zusammenarbeit mit (post)migrantischen Organisationen, Gewerkschaften und Sprachzentren zum Aufbau von Angebote für migrantisierte Communities und internationale Beschäftigte in deren Erst- und Arbeitssprachen, u.a. um Inhalte der politischen oder beruflichen Bildung mit Sprachkursen zu verknüpfen.
- Projektförderungen gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern und Jugendbildungsstätten zur Erarbeitung von Konzepte und Angrbote für Bildungszeitseminare, die sich gezielt an junge Menschen und Auszubildende richten sowie durch systematische Kooperationen zwischen Bildungszeitträgern und Berufsschulen.

- 78 • Offizielle Informationsportale des Landes zur Bildungszeit sollten mehrsprachige Infos zu
79 Ansprüchen, Verfahren und verfügbaren Kursen bereitstellen, damit auch ausländische
80 Beschäftigte ihr Recht kennen.
- 81 • Die Unterstützung von gewerkschaftlichen und betrieblichen Akteur*innen, unter anderem
82 auch gezielt den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, durch Leitfäden und Ressourcen
83 zur innerbetrieblichen Werbung.

Antragsbereich D: Digitales und Innenpolitik

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf; Jusos Lichtenberg; Jusos Marzahn-Hellersdorf; Jusos Mitte; Jusos Pankow, Jusos Xhain

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D1_1/26 Anerkennung statt Abwertung – Ostdeutsche Biografien, Abschlüsse und Lebensleistungen gerecht behandeln

1 Auch über 35 Jahre nach der Wiedervereinigung sind strukturelle Missstände in Ostdeutschland noch
2 präsent. Nicht nur bei denen, die diese Umbruchsphase hautnah erlebt haben, sondern auch bei deren
3 Nachkommen und den sogenannten Wendekindern.

4 Bis heute sind viele ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien von struktureller Abwertung
5 betroffen. Abschlüsse aus der DDR, langjährige Berufserfahrung sowie Erwerbsverläufe, die durch die
6 Transformation nach 1990 geprägt wurden, gelten bis heute häufig als defizitär, erklärungsbedürftig
7 oder minderwertig. Dies ist vor allem durch die fehlende staatliche Anerkennung von ostdeutschen
8 Berufs- und Bildungsabschlüssen vor 1989, aber auch durch gesellschaftliche Abwertung geprägt. So
9 konnten Personen aus Ostdeutschland nach der Wende oft nicht weiter in ihrem Beruf arbeiten bzw.
10 mussten eine erneute (Berufs-)Ausbildung durchführen, um einen anerkannten Abschluss zu erreichen.
11 Diese Abwertung wirkt nicht nur symbolisch, sondern hat konkrete soziale Folgen: geringere
12 Einkommen, schlechtere Eingruppierungen, eingeschränkte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und
13 schlussendlich niedrigere Renten.

14 Auch wenn ostdeutschen Frauen (Daten für TIN*-Personen liegen nicht vor) eine höhere
15 Wochenarbeitszeit, Erwerbsquote und auch durchschnittliche Rente im Vergleich zu westdeutschen
16 Frauen haben, kann dies nicht auf die Anerkennung von ostdeutschen Bildungsabschlüssen
17 zurückgeführt werden. Die Gründe für diese höheren Erwerbsquote ist bspw. Auf die bessere
18 Kinderbetreuung oder die niedrigeren Einkommen zurückzuführen, welche die Beteiligung von Frauen
19 am Arbeitsmarkt notwendig macht. In der DDR war der große Teil der Frauen erwerbstätig, was sich
20 heutzutage in den höheren Renten der ostdeutschen Frauen zeigt.

21 Für viele Frauen brachte die Wiedervereinigung einen großen Bruch der Erwerbsbiografie und
22 Arbeitslosigkeit mit sich. Der deutlich kleinere Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nach 1989/90
23 orientierte sich am westdeutschen Familienbild und bot vor allem Arbeitsplätze für Männer an. Bis
24 heute liegt die Erwerbsquote von Frauen in Ostdeutschland unter denen der DDR.

25 Die massiven Umbrüche der Nachwendezeit – Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit,
26 Entwertung ganzer Berufsfelder und erzwungene Neuorientierungen – waren keine individuellen
27 Fehlentscheidungen, sondern das Ergebnis politischer und ökonomischer Transformationsprozesse.
28 Diese Transformationsprozesse wurden maßgeblich durch die Privatisierungs- und Abwicklungspolitik
29 der Treuhandanstalt geprägt, deren Entscheidungen Millionen Beschäftigte betrafen und ganze
30 Industriezweige in Ostdeutschland nachhaltig veränderten. Dennoch werden ostdeutsche Biografien
31 bis heute oft an westdeutschen Normalverläufen gemessen. Wer diesen Maßstab nicht erfüllt, gilt als
32 „unterbrochen“, „nicht anschlussfähig“ oder „unzureichend qualifiziert“.

Diese Perspektive verkennt die tatsächlichen Kompetenzen, Anpassungsleistungen und Erfahrungen vieler Ostdeutscher. Sie ignoriert langjährige Berufspraxis, Verantwortungsübernahme unter schwierigen Bedingungen und die Fähigkeit, sich mehrfach neu zu orientieren. Gleichzeitig reproduziert sie soziale Ungleichheit und trägt zu einem Gefühl dauerhafter Geringschätzung bei.

Tatsächlich sind es genau diese Erfahrungen, die teilweise zu den starken Wahlergebnissen populistischer und rechtsextremer Parteien wie der AfD in Ostdeutschland beigetragen haben.

Gleichwertige Lebensverhältnisse können nicht allein über Infrastruktur oder Wirtschaftsförderung erreicht werden. Sie setzen voraus, dass Lebensleistungen anerkannt, Abschlüsse respektiert und Biografien nicht systematisch entwertet werden. Anerkennung ist dabei nicht nur eine Frage des Arbeitsmarktes, sondern auch der gesellschaftlichen Würde und eines demokratischen Selbstverständnisses.

Eine gerechte Gesellschaft muss deshalb ostdeutsche Bildungs- und Erwerbsbiografien strukturell anerkennen, statt sie weiterhin nachträglich zu korrigieren oder zu relativieren.

Ostdeutsche Bildungs-, Berufs- und Lebensbiografien müssen gleichwertig anerkannt und behandelt werden. Abschlüsse, Berufserfahrung und Transformationsleistungen aus der DDR und der Nachwendezeit dürfen weder formal noch faktisch benachteiligt werden. Anerkennung ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in demokratische Institutionen.

Wir fordern daher:

- ... dass ostdeutsche Bildungs- und Berufsabschlüsse vor 1989 als gleichwertig anerkannt werden und bestehende Anerkennungs- und Bewertungsverfahren vereinfacht, kostenlos, transparenter und bundesweit einheitlich ausgestaltet werden. Abschlüsse aus der DDR dürfen nicht pauschal als minderwertig behandelt oder durch überzogene Nachweispflichten faktisch entwertet werden. Anerkennungs- und Bewertungsverfahren sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
 - ... dass langjährige Berufserfahrung als eigenständige Qualifikation nachwirkend anerkannt wird, insbesondere bei Einstufungen im öffentlichen Dienst, bei tariflichen Eingruppierungen und bei beruflichen Anerkennungsverfahren. Praktische Kompetenz darf nicht systematisch hinter formalen Titeln zurückstehen.
 - ... dass Anerkennung nicht auf den Arbeitsmarkt begrenzt bleibt, sondern auch gesellschaftlich und institutionell erfolgt. Ostdeutsche Biografien dürfen in Verwaltung, Medien, Bildung und öffentlicher Kommunikation nicht länger als defizitär oder erklärungsbedürftig dargestellt werden.
 - ... dass ostdeutsche Diskriminierungserfahrungen als reales gesellschaftliches Phänomen anerkannt und systematisch erfasst werden, um strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu machen und politisch adressieren zu können. Dazu gehören auch Benachteiligungen aufgrund ostdeutscher Herkunft oder Biografie.
 - ... dass gebrochene Erwerbsbiografien der Nachwendezeit rentenrechtlich gerechter bewertet werden, insbesondere Zeiten von Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen und erzwungener beruflicher Neuorientierung in den 1990er-Jahren, weil viele Betroffene Nachteile aus Entscheidungen erlitten, die sie nicht beeinflussen konnten.
- Wir fordern daher eine feste monatliche Zuzahlung zur gesetzlichen Rente. Als Vorbild soll die

Zuwendung nach § 17a StrRehaG dienen. Dieses Gesetz regelt die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen der ehemaligen DDR. Hierdurch wird Unrecht anerkannt, und bei einer rechtsstaatswidrigen Freiheitsentziehung von mehr als 90 Tagen – z. B. aufgrund einer Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenzübertritts – wird eine monatliche Zuzahlung zugestanden. Diese Zuzahlung soll einkommensunabhängig ausgezahlt und entsprechend dem Prozentsatz angepasst werden, um den aktuellen Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verändern. Transformationszeiten dürfen nicht dauerhaft zu Altersarmut führen.

- ... dass auch die zweite Generation ostdeutsch sozialisierter in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Herkunftsmilieus im Bildungs- und Ausbildungssystem abgebaut und Chancengerechtigkeit gestärkt werden. Die sozialen Folgen der Transformation enden nicht mit einer Generation.
- ... dass auch die zweite Generation ostdeutscher Familien in den Blick genommen wird, indem Vorurteile gegenüber ostdeutschen Lebensbiografien in Schule, Öffentlichkeit und Medien abgebaut, ostdeutsche Biografien als gleichwertig anerkannt und Chancengerechtigkeit statt Stigmatisierung gestärkt werden.
- ... dass Tarifbindung und damit gewerkschaftliche Arbeit anerkannt wird als ein wichtiger Teil zur Schließung der Ost-West-Lohnlücke.

Heutige Schul- Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse unterliegen deutschlandweit denselben Regelungen und Prüfungsordnungen. Während die rechtliche Anerkennung heutiger Abschlüsse also gesichert ist, besteht weiterhin gesellschaftlicher und struktureller Nachholbedarf. Vor allem die teilweise bis heute erhaltenen stereotypen Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber ostdeutschen sozialisierten Lebensbiografien gehören endgültig abgebaut. Denn dass diese negativen Vorurteile sachlich nicht gerecht sind, zeigt sich bereits in der heutigen Zeit. So zählt Sachsen zu den leistungsstärksten Bildungsstandorten.

Die echte Anerkennung ostdeutscher Abschlüsse ist also nicht nur ein formaler Verwaltungsakt, sondern ein zwangsläufiger Schritt hin zur vollständigen Herstellung der Chancengleichheit und gesellschaftlicher Wertschätzung.

Gleichwertigkeit bedeutet mehr als formale Gleichstellung. Sie bedeutet, dass Lebensleistungen anerkannt, Biografien respektiert und strukturelle Benachteiligungen korrigiert werden. Solange ostdeutsche Abschlüsse entwertet, Berufserfahrungen relativiert und Transformationsleistungen unsichtbar gemacht werden, bleibt die Einheit unvollständig. Anerkennung ist kein Rückblick, sondern eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Zukunft. Für uns heißt Anerkennung, dass die Einheit nicht nur institutionell, sondern gesellschaftlich vollzogen wird.

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

D2_1/26 Raus aus der Abhängigkeit. Rein in die Zukunft. Für USA-unabhängige Verwaltungen

1 In der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump wird immer deutlicher, wie sehr der US-Präsident
2 wirtschaftlichen Einfluss nutzt, um seinen Willen zu erreichen. Viele der Gründer*innen und
3 Besitzer*innen der großen Tech-Konzerne zeigen ein enges Verhältnis zu Trump und profitieren von
4 diesem.

5 Viele deutsche Unternehmen, aber auch die Verwaltung, sind abhängig von amerikanischen
6 Unternehmen und ihrer IT-Infrastruktur. So nutzen Bundes, Landes und Kommunalverwaltungen
7 Programme von Microsoft und Google, aber auch Meta und X für die Kommunikation mit den
8 Bürger*innen. Dies führt dazu, dass das Funktionieren und die Handlungsfähigkeit des Staates
9 deutschlandweit abhängig von US-Konzernen und somit auch dem Wohlwollen von deren
10 Besitzer*innen und dem*der US-Präsident*in.

11 Auch ist diese Abhängigkeit ein Problem für den Datenschutz, da durch Gesetze wie den Stored
12 Communications Act (SCA) und den US Cloud Act, die Herausgabe von US-Anbietern gespeicherte
13 Daten auch gegeben ist, auch wenn die Daten außerhalb der USA gesammelt werden. Deutsche Daten
14 sind dann, besonders bei internationalen Konflikten, in Clouds von US-Anbietern nicht sicher und
15 können durch die US-Regierung als Druckmitteln benutzt werden.

16 Die Nutzung dieser Angebote - durch die hohen Lizenzgebühren - ist sehr kostenintensiv und bringt
17 eine strategische Abhängigkeit mit sich. Spontane Wechsel zu anderen Anbietern sind durch Verträge
18 oft nicht möglich. Auch im Falle eines Systemausfalls kann dies direkt massive Auswirkungen auf bspw.
19 Leistungsgewährung und die Erreichbarkeit der Verwaltung haben.

20 Besonders die aktuelle internationale Situation zeigt deutlich, dass die Abhängigkeit von
21 amerikanischen Tech-Konzernen, durch Regierungen strategisch genutzt werden kann, um Druck auf
22 deutsche und europäische Regierungen aufzubauen.

23 Um die Unabhängigkeit von US-Firmen zu erreichen, darf keine neue Abhängigkeit von bspw.
24 alternativen Unternehmen aus anderen autokratischen Ländern entstehen. Wir sehen auch die
25 Nutzung von TikTok durch die Verwaltung kritisch, da es auch hier Berichte zur Weitergabe von
26 Nutzer*innendaten an China gibt. TikTok verstößt somit vermutlich gegen die Datenschutz-
27 Grundverordnung (DSGVO).

28 Bereits im Koalitionsvertrag heißt es treffenderweise "Digitalpolitik ist Machtpolitik". Mit dem neu
29 eingerichteten Digitalministerium soll die digitale Souveränität des Landes gestärkt werden. Ein
30 wichtiger Baustein in diesem Prozess soll der "Deutschland-Stack" sein, bei dem es sich um eine
31 nationale Technologieplattform handle, der aber erst 2028 fertig sein soll. Diese Plattform soll die
32 bundesweit einheitliche und souveräne Technik und Software in die Verwaltung bringen.

33 Einzelne Landesregierungen haben bereits erste Schritte eingeleitet. Vorreiter in Deutschland ist
34 Schleswig-Holstein, welches bereits Microsoft-Programme durch andere Systeme ersetzte. Am 23.01.
35 veröffentlichte der Berliner Senat eine Open Source Strategie mit dem Ziel "digitale Unabhängigkeit

[zu] stärken, Kostensteigerungen bei Lizenzen bremsen und gleichzeitig Innovationskraft und regionale Wertschöpfung fördern". Open Source Software (OSS) werden Programm-Lösungen genannt, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und die somit kostengünstiger genutzt werden können, als Programme von Unternehmen. Zudem können in OSS Produkte und Services einfacher integriert werden.

Ziel der Berliner Strategie ist es, bis 2032 70 % des Software-Stacks des IKT-Arbeitsplatzes auf OSS umgestellt zu haben. Dies macht deutlich, dass viele der Ziele sehr weit in der Zukunft liegen und aktuell bestehende Abhängigkeiten nicht zeitnah angepasst werden. Ein schnelles und strategisches Handeln ist jedoch notwendig und braucht Priorität. Hierzu ist ein verbindlicher Zeitplan zur schrittweisen Reduktion kritischer IT-Abhängigkeiten vorzulegen.

Insgesamt bedarf es einer Entwicklung von europäischen Angeboten und die Nutzung dieser, um so die Verwaltung unabhängig und datensicher zu gestalten und den europäischen Markt im Bereich Technologie zu stärken.

Wir fordern:

- Die Entwicklung eines Modells mit standardisiertem Verfahren, welches kritische Abhängigkeiten von Infrastruktur identifiziert und bewertet
- vor der Einführung von neuen IT-Programmen bzw. dem Wechseln zu anderen die umfassende Prüfung von Open Source und europäischen Angeboten mit Blick auf die Einhaltung aller einschlägigen rechtlichen Regelungen, insbesondere der DSGVO
- Priorisierung von Beschaffung von Open Source Systemen und Vergabe an diese. Dabei sollen besondere technische Erfordernisse berücksichtigt werden, sodass neue Systeme die notwendige Leistungsfähigkeit sicherstellen
- nach einer Evaluationsphase mit abschließender Veröffentlichung der Ergebnisse die Auswahl und unmittelbare umfassenden Einführung des sichersten und besten Angebotes, sowie einen regelmäßigen Bericht zur digitalen Souveränität.
- langfristig Beteiligung an der Entwicklung sicherer und europäischer Open Source Systeme
- Förderung von alternativen, europäischen Angeboten für die gängigen US-Technologien insbesondere durch den Aufbau einer öffentlichen europäischen Cloud-Infrastruktur für staatliche Datenverarbeitung.
- Erarbeitung von Gesetzen, welche den Zugriff auf in Europa gespeicherten Daten, verhindert
- Eine Umstellung auf 100% OSS in Berlin möglichst vor 2032

Antragssteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D3_1/26 Kein Pass, keine Rechte? Niemand ist illegal - Auch ohne Staat!

Ende 2024 waren in Deutschland fast 30.000 Menschen laut Statistischem Bundesamt staatenlos. Nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1954 werden Personen als staatenlos bezeichnet, wenn kein Staat diese Personen als Staatsangehörige ansieht. Dies kann dadurch passieren, dass die Staatsangehörigkeit auf Grund von fehlenden Dokumenten nicht nachgewiesen wird, weil bspw. die Geburt nicht registriert wurde oder Personen wegen ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Geschlechts diskriminiert werden und der Staat diese deshalb nicht anerkennt. So erhalten etwa viele Tuareg in Libyen systematisch keine Staatsbürgerschaft, gleiches gilt für Palästinenser*innen in bspw. Syrien. Zudem können Personen ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn der Staat, in dem sie geboren sind, nicht mehr existiert oder ihnen die Staatsangehörigkeit aberkennt, wie z.B. das ehemalige Burma den Rohingya die Staatsangehörigkeit aberkannte. In Staaten, in denen Kinder nur die Staatsbürgerschaft des Vaters übernehmen dürfen, werden Kinder staatenlos, wenn der Vater unbekannt oder die Vaterschaft nicht anerkannt wird.

Die Staatenlosigkeit und auch die ungeklärte Staatsangehörigkeit werden in Deutschland bei Geburt von Eltern an ihre Kinder weitergegeben, da in Deutschland geborene Kinder nicht automatisch Staatsbürger*innen sind. Nur wenn die Eltern bestimmte Voraussetzungen besitzen – mindestens ein Elternteil muss seit fünf Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzen – können in Deutschland geborene Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Von allen Staatenlosen in Deutschland wurden 17.1% in Deutschland geboren (Stand: 2024). Seit 2018 ist diese Zahl stetig angestiegen und ist auf die zuvor genannte Regelung der Weitervererbung zurückzuführen. Insgesamt sind ein Viertel aller Staatenlosen Personen in Deutschland Minderjährige. 2022 leben 66% der Staatenlosen bereits sechs Jahren oder länger in Deutschland.

Anerkannte Staatenlose erhalten in Deutschland nicht automatisch einen bestimmten Aufenthaltstitel. Selbst nach der Anerkennung müssen verschiedene Rechtsnormen berücksichtigt werden, die zu einem Aufenthaltstitel führen können. Viele der staatenlosen Personen haben geringe Chancen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Zur Einbürgerung ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel notwendig, den 2022 nur 21% der anerkannten Staatenlosen in Deutschland haben. Mehr als die Hälfte (58%) besitzt bspw. aus rechtlichen oder politischen Gründen nur einen befristeten Aufenthaltstitel. So ist die Einbürgerung für Staatenlose oft sehr unwahrscheinlich, obwohl erleichterte Bedingungen für die Einbürgerung staatenloser Personen gelten (6 statt 8 Jahre rechtmäßiger Aufenthalt).

In Deutschland haben anerkannte Staatenlose offiziell dieselben Rechte wie ausländische Staatsbürger*innen. Zudem gilt, wie zuvor genannt, bspw. ein etwas anderer Einbürgerungsanspruch. Jedoch zeigen sich in der Realität bspw. bei der Anzahl der Staatenlosen mit befristeten Aufenthaltstitel und dem Nachweis der Identität für die Einbürgerungen deutliche Hürden und Herausforderungen. Auch im Alltag zeigt sich dies durch Schwierigkeiten beim Eröffnen von Konten, beim Reisen oder beim Einschreiben in eine Hochschule. Auch ist es staatenlose Personen nicht

möglich in Deutschland (auch nicht auf kommunaler Ebene) zu wählen, wodurch ihnen eine wesentliche Möglichkeit der Mitbestimmung verwehrt wird.

Ohne rechtmäßigen Aufenthalt haben Personen in Deutschland keinen Anspruch auf einen Reiseausweis. Dieser kann jedoch "wohlwollend" durch die Ausländerbehörden erteilt werden. Diese hat somit einen Ermessensspielraum in der Erteilung von Reiseausweisen. Stand 28. Februar 2023 hatten nach Angaben der Bundesregierung etwa 8.815 der seinerzeit 29.260 als staatenlos registrierten Personen in Deutschland einen Reiseausweis für Staatenlose. Dies bedeutet, dass für mehr als $\frac{1}{3}$ der Staatenlosen Personen Reise quasi unmöglich ist.

Bis heute gibt es kein einheitliches Verfahren zur Anerkennung einer Staatenlosigkeit in der Bundesrepublik. Diese werden in großen Teilen auf Landes- oder kommunaler Ebene entschieden. Auch in der Staatsbürgerschaftsgesetzes-Reform gab es keine Änderungen für Staatenlose.

Laut Art. 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht auf Staatsangehörigkeit. Im internationalen Recht gilt die Vermeidung und die Beseitigung von bestehender Staatenlosigkeit als Ziel. Dies spiegelt sich auch in mehreren völkerrechtlichen Übereinkommen gegen Staatenlosigkeit wider.

Gemäß Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf den Erwerb einer Staatsangehörigkeit. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Regelung des Vertrags im Rahmen der eigenen Rechtsordnung und der Berücksichtigung der relevanten internationalen Regelungen umzusetzen.

Wir wollen den Menschen, die in Deutschland leben, die Möglichkeit bieten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, wenn sie dies möchten. Die Einbürgerung bietet für staatenlose Personen die Möglichkeit, die Staatenlosigkeit und die damit eingehenden Auswirkungen zu überwinden.

Die Einbürgerung von Menschen sehen wir als Mehrwert für die Gesellschaft: sie bildet die real existierende Diversität in Deutschland so ab, dass mehr Personen Politik, die sie in ihrem Alltag betrifft, mitentscheiden können.

Wir fordern daher:

- allgemein die Erarbeitung und Einführung eines einheitlichen Systems zur Anerkennung der Staatenlosigkeit innerhalb der Bundesrepublik
- eine erleichterte Einbürgerung durch Anpassung der Voraussetzungen an die Situation und Umstände staatenloser Menschen und Unterstützung bei Verfahren
- die Einrichtung von Anlaufstellen für staatenlose Menschen, um diese bei der Einbürgerung von Anfang bis Ende zu unterstützen und ggf. auch in juristischen Belangen
- Die Anforderungen für Einbürgerung für Kinder, die staatenlos in Deutschland geboren sind sollen bspw durch die Verringerung der notwendigen Aufenthaltsdauer gemindert werden
- langfristig die Anstrengung einer europäischen Lösung, die die speziellen Umstände und Bedürfnisse von staatenlosen Menschen berücksichtigt und diesen bei Vorliegen der nötigen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung derer erschwerten Bedingungen die Einbürgerung, möglich macht
- dass sich die Bundesregierung weltweit dafür einsetzt, dass die Ursachen für die Entstehung von Staatenlosigkeit bekämpft werden

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

D4_1/26 Reform des MedCanG und KCanGs

Im April 2024 traten das Konsumcannabisgesetz (KCanG) und das Medizinal-Cannabisgesetz (MedCanG) in Kraft, wodurch Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) entlassen wurde. Die Gesetzesänderung ermöglichte neben dem privaten Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen und der Mitgliedschaft in einem Cannabis Social Club (CSC) auch die erleichterte ärztliche Verschreibung von Cannabis auf einem regulären Rezept.

Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, dass Privatpersonen unkontrolliertes Cannabis für den Freizeitkonsum (KCan) entweder selbst anbauen oder über CSCs beziehen können. Dabei erfolgt die Qualitätskontrolle von Cannabisblüten CSC-Produktion lediglich stichprobenartig. Eine chargenspezifische Prüfung auf mikrobielle Kontaminationen, Pestizid- oder Schwermetallbelastung ist für die Abgabe innerhalb der CSCs derzeit nicht vorgesehen. Dies hat ein erhöhtes gesundheitliches Risiko durch Pathogene Keime für Cannabiskonsumenten zur Folge.

Medizinisches Cannabis (MedCan) kann seit der Gesetzesänderung von Ärzt*innen erleichtert verschrieben werden. MedCan unterliegen jedoch vor der Freigabe durch pharmazeutische Hersteller einer umfassenden Qualitätskontrolle, einschließlich einer Keimreduktion sowie einer Prüfung auf mikrobielle Verunreinigungen, Pestizid- und Schwermetallrückstände und unterscheidet sich dahingehend von KCan. Auch eine Prüfung des Wirkstoffgehaltes, welcher in nicht professionellem Anbau variieren kann, und weitere Verunreinigungen durch Zugabe synthetischer Cannabinoide wird bei CSC Produkten nicht geprüft. Die bestehenden CSC sollen jedoch weiterhin als Produktionsstätten in Deutschland genutzt werden und als Rohstofflieferanten für die Pharmazeutische Industrie fungieren.

Um MedCan in einer Apotheke zu erhalten, ist weiterhin eine ärztliche Verschreibung erforderlich. Dies hat zur Entstehung zahlreicher dubioser Online-Plattformen geführt, auf denen durch telemedizinische Fragebögen Rezepte für cannabisbasierte Arzneimittel ausgestellt werden. Diese Praxis untergräbt die Notwendigkeit einer fundierten ärztlichen Konsultation, da kein direktes Patient*innen – Ärzt*innen Gespräch inkl. Diagnose erfolgt.

Durch diese Entwicklung verliert die ärztliche Verschreibung ihren medizinischen Mehrwert und reduziert sich auf einen reinen bürokratischen Vorgang, der von einigen Online-Anbietern finanziell ausgeschöpft wird. Das Wohl der Patient*innen steht hierbei nicht im Vordergrund.

Apotheker*innen, die medizinische Cannabisblüten basierend auf Online-Rezepten abgeben müssen, äußern seit längerem Bedenken bezüglich dieser Praxis. Sie sehen sich einem heilberuflichen Gewissenskonflikt ausgesetzt, da die Verordnungspraxis fragwürdig erscheint und nicht immer den pharmazeutischen Versorgungsansprüchen genügt. Zudem stellt die Vielfalt an Cannabispräparaten eine Herausforderung für die sachgerechte Beratung dar. Bereits im Jahr 2023, vor der Cannabislegalisierung, waren über 222 verschiedene Produkte an Cannabisblüten auf dem deutschen Arzneimittelmarkt dokumentiert.

Der Vorschlag der Empfehlungen der Ausschüsse zu Punkt der 1059. Sitzung des Bundesrates am 21. November 2025 zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes ist dabei nur in Teilen zu begrüßen.

Positiv bewerten wir insbesondere die Einbeziehung von Cannabispräparaten in die Arzneimittelpreisverordnung sowie die Verschärfung des Heilmittelwerbegesetzes.

Jedoch sind die verpflichtende persönliche ärztliche Untersuchung, das vollständige Verbot von Online-Verschreibungen sowie das Versandverbot von Cannabisprodukten entschieden abzulehnen. Mit der Legalisierung von Cannabis im Jahr 2024 wurde die Möglichkeit geschaffen, Cannabis legal zu erwerben. Die geplanten, nicht kommerziell ausgerichteten Cannabis Social Clubs stellen für viele Freizeitkonsument*innen jedoch keine ausreichende Alternative dar. Bis April 2025 wurden lediglich 222 Vereine genehmigt. Der geschätzte Gesamtbedarf an Cannabis in Deutschland lag 2024 bei 670–823 Tonnen, wovon weniger als 0,1 % durch Anbauvereine gedeckt wurden.

Derzeit wird ein bedeutender Teil der legalen Cannabisversorgung über den Medizinalcannabis-Bereich abgedeckt. Dies bestätigen die Zahlen des Imports von Cannabis nach Deutschland. So im ersten Halbjahr 2025 nahmen die Importe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 400 Prozent zu – von rund 19 auf rund 80 Tonnen.

Der Missbrauch ärztlicher Verschreibungen ist dabei zu kritisieren und zu verhindern. Dennoch stellt Medizinalcannabis aus Verbraucherschutzpolitischer Sicht die sicherste Möglichkeit dar, die Bevölkerung flächendeckend mit pharmazeutisch geprüften, qualitativ hochwertigen Produkten zu versorgen.

Eine Erschwerung des Zugangs zu medizinischem Cannabis würde hingegen dazu führen, dass Konsument*innen die Medizinalcannabis zu Freizeit Zwecken nutzen, verstärkt in den unkontrollierten Eigenanbau oder zurück auf den Schwarzmarkt ausweichen müssten. Aus diesen Gründen ist die Empfehlungen der Ausschüsse abzulehnen.

Angesichts der derzeitigen Problematik erscheint eine Überführung von Cannabisblüten in den Bereich der rezeptfreien (OTC), verschreibungsfähigen Arzneimittel als sinnvoll Lösung um Missbräuliche Verschreibungen und Verbraucherschutz zu befrieden. Dies würde den Zugang zu standardisierten, geprüften Produkten für Patient*innen und Konsument*innen erleichtern und zugleich die Notwendigkeit fragwürdiger Online-Verschreibungen eliminieren.

Da jedoch nicht alle Apotheken über die notwendigen Kenntnisse, Kapazitäten verfügen und zum Teil ihren moralischen Status als Heilberufler infrage stellen, sollte für die Abgabe von Cannabispräparaten eine spezialisierte freiwillige Weiterbildung für Apotheker*innen angeboten werden. Apotheken, die diese Qualifikation erwerben, könnten den Verkauf von Cannabisblüten übernehmen, während andere Apotheken von der Abgabepflicht entbunden werden.

Darüber hinaus unterscheidet sich die Beratung zu Cannabisblüten grundlegend von der Beratung zu klassischen Arzneimitteln wie beispielsweise Ibuprofen-Tabletten. Aufgrund der komplexen organoleptischen Eigenschaften der Cannabispflanze und der Begleitenden Wirkung durch verschiedene Terpene der Pflanze ist eine vertiefte pharmazeutische Beratung am Arzneimittel erforderlich. Diese Beratung kann nur durch geschultes Apothekenpersonal vor Ort, und nicht durch den verschreibenden Arzt gewährleistet werden.

Diese Änderung würde nicht nur die Qualität der Patient*innen-Beratung verbessern, sondern auch eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken bewirken, dem fortschreitenden Apothekensterben entgegenwirken und zusätzlich Hausärzte entlasten, welche durch den Vorgeschlagenen Gesetzesentwurf mit einer zunehmenden Erstkonsolidierung von Freizeitkonsumenten rechnen müssten. Angesichts dieser Sachlage erscheint eine Einstufung als OTC-Arzneimittel umso sinnvoller.

Forderung:

- Wir fordern, eine Reformierung der Legalisierung von Cannabisblüten in ihrer jetzigen Form, insbesondere eine bessere Kontrolle für Cannabis aus den CSCs eine bessere Kontrolle der Bezugsmöglichkeiten zum eigenen Anbau von Cannabisblüten.
- Überführung von Cannabisblüten in den Bereich der OTC-Arzneimittel, um eine sichere, kontrollierte und standardisierte Abgabe zu gewährleisten.
- Wir fordern, vollumfängliche Umsetzung der 2. Säule des CanG um einen Absatz von Cannabisblüten in Apotheken zu ermöglichen Implementierung einer spezialisierten Weiterbildung für Apothekerinnen und Apotheker, die an der Abgabe von Cannabisblüten interessiert sind, um eine qualifizierte Beratung und Versorgung sicherzustellen.
- Freistellung von Apotheken, die sich nicht an der spezialisierten Weiterbildung beteiligen möchten, von der Pflicht zur Abgabe von Cannabisprodukten.
- Cannabisblüten, die im OTC verkauft werden, sollen weiterhin nach den empfohlenen Akzeptanzkriterien für die mikrobiologischen Qualität zur Einnahme (Ph.Eur.5.1.8 C) freigegeben werden, wohingegen verordnungsfähige Cannabisblüten erst nach Erfüllung mikrobiologischen Qualitätsstandards gem. Ph.Eur.5.1.4 verkehrsfähig sind.

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antragssteller*innen: Arbeitskreis Internationales der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

E1_1/26 Unsere neue Perspektive – Wer braucht schon den Orangen-Mann?

In der Vergangenheit hat es schon häufiger Probleme mit der US-amerikanischen Außenpolitik gegeben. Unter Trump haben sich diese Realitäten aber nun nochmal drastisch gewandelt. In diesem Antrag wollen wir Trumps Außenpolitik auf das schärfste kritisieren. Dennoch bieten diese Geschehnisse auch die Möglichkeit zur Reflexion. So können wir als internationalistischer und pro-Europäischer Verband Trumps Politik auch als Chance nutzen, um die Notwendigkeit von tieferer europäischer Integration zu argumentieren und echte Veränderung herbeizuführen.

Gegen imperiale Außenpolitik

Auch das Vorgehen der US-Regierung in Venezuela ist absolut inakzeptabel. Es wurde nicht nur in ein souveränes Land militärisch eingedrungen, sondern ein Staatsoberhaupt entführt. Dies bricht die UN-Charta in jeglicher Hinsicht. Inzwischen wird klar, dass Trump Nord- und Südamerika als seine alleinigen Einflusszonen ansieht, in der seine Interessen notfalls mit Gewalt und unter Bruch des Völkerrechts durchgesetzt werden. Wie führende Vertreter*innen der US-Regierung ausdrücklich unterstreichen, möchten sie ihre Ziele von nun an verstärkt mit Dominanz und Gewalt erreichen anstatt mit friedlicher internationaler Kooperation auf Augenhöhe. Auch Trumps Zollpolitik ist hierbei als Ausdruck seiner imperialistischen Politik zu verstehen. Diese Zölle werden gegenüber vielen Ländern als mächtiges Druckmittel eingesetzt. Ein Staat, der wirtschaftliche Abhängigkeiten ausnutzt, um zu kriegen, was er will, ist kein verlässlicher Partner.

Die Entwicklung von Trumps Politik gegenüber Grönland ist ein letzter Weckruf für Europa: Die USA drohten, Grönland, das autonomer Teil Dänemarks ist, gegen den Willen der Grönländer*innen und Dän*innen völkerrechtswidrig unter Androhung von Gewalt und auf absurde Weise zu kaufen oder gewaltsam militärisch zu annektieren. Als europäische Länder Unterstützung für Grönland ausgedrückt, drohten die USA erneut mit Zöllen die mittlerweile vom höchsten Gericht der US für illegal erklärt wurden als Druckmittel, um einen Kauf Grönlands zu erzwingen. Dabei war die konsequente Reaktion mit dem deutlichen Aufzeigen von für die USA schmerzhaften Gegenmaßnahmen richtig und muss weiterhin verfolgt werden. Nicht nur der Kurs der USA folgt diesem Beispiel. Auch Länder wie China und Russland folgen Ambitionen, die jenseits der eigenen Grenzen liegen. China bekennt sich klar zu dem Ziel, Taiwan auch mit militärischen Mitteln einzunehmen. Russland versucht diese Ambitionen durch seinen Angriffskrieg auf die Ukraine bereits umzusetzen. Es wird offensichtlich, es haben sich neue sicherheitspolitische Realitäten aufgetan. Wir sind nicht nur militärisch vulnerabel, sondern auch Politisch, und es braucht eine neue Außenstrategie.

Der Stand Umgang mit multilateralen Institutionen

Außenpolitisch entziehen die USA unter Führung von Trump internationalen Organisationen ihre politische und finanzielle Unterstützung, was besonders in der humanitären Hilfe und sogenannte Entwicklungszusammenarbeit katastrophale Auswirkungen auf das Leben von Menschen hat. Der Zerfall der Weltordnung verläuft nicht nur über Kriege, sondern über die Demontage von Institutionen.

Die US-Regierung zielt darauf ab, dass internationale Gerichte, UN-Institutionen und humanitäre Organisationen finanziell ausbluten oder politisch eingeschüchtert werden. Internationale Stabilität und Hilfeleistungen werden für das „MAGA“-Dogma aufgeopfert. Denn der Rückzug von Beiträgen und das Knüpfen an Konditionen durch Großzahler wie die USA kann schnell zu Finanzierungskrisen und wegfallenden Leistungen der Organisationen führen. Gerade wenn Staaten internationale Institutionen offen angreifen oder delegitimieren, ist die Verteidigung dieser Institutionen nicht Symbolpolitik, sondern die Voraussetzung dafür, dass internationales Recht nicht zur leeren Formel wird.

Nebenbei werden neue Organisationen wie der „Friedensrat“ aufgebaut, welcher bewusst in Konkurrenz mit den UN und anderen Organisationen stehen wird. Die etablierten Institutionen werden aktiv abgebaut und mit neuen ersetzt, die unter stärkerer Kontrolle autoritären Staatsoberhäupter*innen wie von Trump stehen. Seine autoritären Ambitionen beschränken sich also nicht nur auf die Innenpolitik mit „Inzwischen sind uns also Staaten gegenübergestellt, die die regelbasierte Weltordnung nicht nur missachten, sondern sie aktiv bekämpfen. Damit kommt auch die unangenehme Perspektive einher, dass wir uns als separate Einzelstaaten auf der internationalen Ebene nicht mehr mit unseren diplomatischen Mitteln Gehör verschaffen können. Im Angesicht von Staaten, die sich nur für die eigenen Interessen interessieren, und ohne eine Weltordnung, die den Austausch und Dialoge garantiert, müssen wir es schaffen, eine starke und geeinte europäische Stimme zu koordinieren, wenn wir auch in Zukunft ernst genommen werden wollen.

Ausbeutung und Instrumentalisierung der internationalen Friedensprozesse

Insbesondere in den Kriegen in Gaza und der Ukraine sehen wir, dass Trump nicht an dem Friedensprozess selbst, sondern nur an seinem eigenen Vorteil interessiert ist. Es ist klar, dass es der Ukraine nach dem Krieg wirtschaftlich sehr schlecht gehen wird. Dass diese nun als Kondition für einen Friedensvertrag Zugeständnisse für Rohstoffe geben soll, ist inakzeptabel. Wiederholt stellte die US-Regierung die Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg in Frage, stellte sich eher auf die russische als auf die ukrainische Seite und verhandelte über die Köpfe der Europäer*innen und insbesondere der Ukraine hinweg mit Russland über eine Beendigung des Krieges. Das alles zeigt: Die USA unter Trump sind nicht an einem nachhaltigen und gerechten Frieden in der Ukraine interessiert, sondern an ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung und besseren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Aggressor Russland. Wir selbst bekennen uns klar dazu, dass die Ukraine Teil der Europäischen Union werden wird. Es ist inakzeptabel, dass die Leidtragenden des Angriffskriegs durch Russland, in solche Zugeständnisse getrieben werden könnten.

Während in Gaza zehntausende ihr Leben verlieren, träumt Trump von einer Immobilieninvestition an der Küste. Diese realitätsfernen Vorstellungen müssen scharf kritisiert werden. Auch hier dürfen wir als EU nicht zulassen, dass Vorteile aus dieser Tragödie gezogen werden. Es muss möglich werden, dass wir starke und entschiedene Antworten, auch ohne die USA oder andere Staaten treffen können.

Das Ende der Abhängigkeit von den USA

Die EU als enger Verbündeter der USA ist von Trumps Politik direkt negativ betroffen, da wir sicherheitspolitisch und wirtschaftlich stark von den USA abhängig sind. Trumps Politik übergeht europäische und besonders ukrainische Sicherheitsinteressen gegenüber Russland und bedroht im Fall von Grönland europäische Länder auf aggressive Weise. Zusätzlich verhängte die US-Regierung hohe

77 Einfuhrzölle gegen die EU, drückte ihre Verachtung von liberalen und demokratischen Werten in der
78 EU aus und kündigte die Unterstützung gleichgesinnter rechtsextremer und autoritärer Parteien an.

79 Vor dem Hintergrund dieser zunehmend unzuverlässigen und sogar feindseligen und erpresserischen
80 Einstellung gegenüber europäischen Partner*innen müssen wir unsere transatlantische politische
81 Strategie ändern. Auf sämtliche amerikanischen Drohungen und Eskalationen haben europäische
82 Regierungen aufgrund der starken Abhängigkeit von den USA bislang vor allem durch
83 Beschwichtigung, Zugeständnisse und übermäßiges Lob von Donald Trump reagiert, um Schlimmeres
84 zu verhindern weil diese Politik nicht erfolgreich war, sondern im Gegenteil Donald Trump zu immer
85 mehr Drohungen und Missachtung europäischer Interessen animiert hat, müssen wir daraus lernen
86 und unsere Strategie ändern: Die neue, Beziehung zu den USA muss die EU aktiv und selbstbewusst
87 gestalten. Eine neue europäische Struktur”: “In unserer Analyse halten wir also fest: Als
88 europäische Staaten stehen wir zunehmend isoliert auf der internationalen Bühne. Zusätzlich
89 wird die Welt eine zunehmend feindselige, in der Staaten aggressiv ihre Ambitionen
90 verfolgen. Schon bevor vertrauenswürdige Partnerstaaten abgenommen und aggressive
91 Staaten zugenommen haben, konnten wir die Grenzen der internationalen Ordnung erkennen.
92 Existenzielle Probleme wie der Klimakrise sind uns seit Jahrzehnten bekannt. Fortschritt war
93 seitdem schleppend bis non-existent. Die fragmentierten Stimmen vieler einzelner Staaten,
94 schaffen scheinbar nicht genug Resonanz, um echte Veränderung bewirken zu können. Um
95 auf alle genannten Probleme eine echte Lösung zu finden, reicht es nicht nur, eine neue
96 Strategie in der Außenpolitik zu entwickeln. Es braucht tiefgreifendere, mutigere, drastischere
97 Maßnahmen. Mit dem Wegfall der USA als zuverlässiger Partner, kann dies nun unser
98 Weckruf sein, um etwas zu schaffen, dass effektiver und lauter unsere Werte auf der
99 internationalen Bühne vertreten kann. Mehr als es die transatlantische Kooperation je konnte.
100 Wir erkennen, dass die Lösung dieser aufgezählten Herausforderungen, eine weitreichende
101 Reform der Europäischen Union beinhaltet. In ihrer jetzigen Form wird die europäische
102 Union dieser Rolle und ihrem Potential aber nicht gerecht. Statt in internationalen Konflikten
103 mit einer klaren politischen und rechtskonformen Haltung entgegenzutreten, zeigt sich die
104 Europäische Union durch zu vorsichtige, zu ängstliche Positionierungen. Dies zeigte sich
105 zuletzt in der zögerlichen Haltung der EU gegenüber den wiederholten Völkerrechtsbrüchen
106 der Trump-Regierung in anderen Ländern. In vielerlei Hinsicht ist die EU in ihren Strukturen
107 zu sperrig, zu technokratisch, undemokratisch und zu wirtschaftsliberal fokussiert. Sie selbst
108 tritt zu selten als eigenständige Akteurin, nach innen als auch nach außen, auf. Besonders klar
109 wird dies in der menschenfeindlichen Migrationspolitik, in der die EU eher einer Festung
110 gleicht, um Geflüchtete und Migrant*innen außen zu halten, anstatt geopolitische Realitäten
111 und Ursachen der Migration nachhaltig aufzuarbeiten. Die EU kann mehr. Und es gibt viel,
112 dass man tun kann. Wesentliche Stellschrauben, die das Potential dieser Union maßgeblich
113 verbessern werden, sind: · Das Abschaffen des Vetos im Minister*innenrat. Der wesentliche
114 Grund, warum eine einheitliche und aussagekräftige EU-Außenpolitik sich in der Praxis als
115 schwierig erweist, ist dass sich in Abstimmungen alle einig sein müssen. · Eine Reform im
116 Minister*innenrat solle es zukünftig einfacher machen gemeinsame Schulden aufzunehmen,
117 was eine enorme Bandbreite an Handlungsoptionen öffnet. · Momentan kann nur die EU-
118 Kommission Gesetze einbringen. Dieses Initiativrecht muss auch auf das EU-Parlament und
119 den Minister*innenrat erweitert werden. · Die Wahl und Auswahl der Kandidierenden für die

Posten des/der Kommissionspräsident*in als auch des/der Präsident*in der EU muss vollständig

demokratisch sein, entweder direkt nach präsidialem Prinzip oder durch das EU-Parlament geschehen. In diesen und weiteren Maßnahmen wird nicht nur auf eine engere Union, sondern auf einen explizit föderalen, demokratisch legitimierten und kompetenten europäischen Staat gezielt, der unsere tiefsten Grundwerte aufgreift. Die Mitgliedsstaaten sollen weiterhin, weitreichende Kompetenzen erhalten. Aber nur eine starke und handlungsfähige, übergeordnete Ebene kann eine gemeinsame Politik nach außen hin koordinieren und ein gutes Leben nach innen hin aufrechterhalten. Die europäische Föderation wird die Mitgliedsstaaten nicht entmachten, sondern überhaupt erst eine effektive Außenpolitik, und eine noch tiefere, geregelte Kooperation innerhalb der EU ermöglichen und dabei demokratische Kontrolle sowie parlamentarische Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu stärken. Wir wollen uns nicht von der Welt distanzieren, und uns stattdessen befähigen antidemokratischen Mächten nicht nachgeben zu müssen. Nur so können wir demokratische, feministische und soziale Politik überhaupt erst ermöglichen und Probleme des Friedens und des Klimas tatsächlich lösen. Auch die europäische Union ist in den letzten Jahren merklich nach rechts gerückt. Beispielsweise in Ungarn und Italien sind rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien und Menschen an der Macht, die ihre menschenfeindliche Politik auch in Brüssel durchsetzen wollen. Auch die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 haben rechten Parteien mehr Sitze beschafft. Die Idee eines geeinten, solidarischen Europas ist nicht nur von außen, sondern auch von innen massiv unter Druck. Dennoch glauben wir nach wie vor an die Idee eines geeinten Europas in der Form der Vereinigten Staaten von Europa. Gerade nach innen gerichtet, bietet ein Umdenken des wirtschaftsliberalen Kerns der EU auch eine neue soziale Perspektive. Besonders im Hinblick auf flächendeckende Besteuerung der Reichen, oder eine menschenwürdige Migrationspolitik. Unsere Möglichkeiten sind nur durch unser Bekenntnis zum europäischen Projekt begrenzt. Wir Grenzen uns in der weiteren Integration von Europa von der rechten und neo-liberalen Vision eines föderalen Europas ab. Wenn wir diesen nächsten wichtigen Schritt im europäischen Projekt gehen, dann dürfen unsere sozialistischen Grundwerte kein Nebengedanke oder Nice-to-have sein, sondern müssen integraler Bestandteil dieser Veränderung werden. Ein föderales Europa darf und soll kein weiterer, neo-liberaler Akteur auf der Weltbühne werden. Weiterhin kämpfen wir für eine Überwindung des Nationalsozialismus statt einer Variation dessen. Ein föderales Europa ist hierbei als ein wichtiger Zwischenschritt anzusehen, hin zu unserer eigentlichen Vision einer staatenlosen, geeinten Welt.

Deshalb fordern wir:

- Die EU soll bei zukünftigen Drohungen und Sanktionen der USA entschieden und mit Rückgrat antworten. Statt auf Beschwichtigungspolitik zu setzen, soll die EU es glaubhaft machen, dass in solchen Fällen, die ihr zur Verfügung stehenden Machtinstrumente genutzt werden. Dazu gehören Gegenzölle, der Verkauf von US-Staatsanleihen und das EU-Anti-Coercion-Instrument.
- Die EU muss sicherheitspolitisch und wirtschaftlich unabhängiger werden. Dazu muss die EU ihre militärischen Kapazitäten eigenständig denken und Rollen, die zuvor von den USA eingenommen wurden, eigenständig füllen. Gerade im Hinblick auf IT muss mehr auf europäische Produkte gesetzt werden. Bei kritischer Infrastruktur müssen amerikanische Unternehmensbeteiligungen auf Sicherheitsrisiken überprüft werden. Lieferketten müssen

diversifiziert werden. Die zunehmende Integration europäischer Streitkräfte ist zentraler Bestandteil dieser europäischen Sicherheitsstrategie mit dem Ziel einer europäischen Armee. Hierzu gehört, dass Europa ebenfalls unabhängig von Geheimdienstinformationen der USA werden müssen. Zudem müssen die Kapazitäten im Rahmen der NATO an entscheidenden Stellen, wie z.B. der integrierten Führung und Kontrolle (C3I), derartig ausgeweitet werden, sodass die europäischen Staaten ohne die USA überhaupt einsatzfähig werden.

- Trotz schwierigen transatlantischen Verhältnisses soll die EU den Austausch mit amerikanischen politischen Akteur*innen fortführen, insbesondere mit oppositionellen Kräften aus Politik und Zivilgesellschaft. Die autoritären Entwicklungen in den USA werden auf das Stärkste von Ihnen kritisiert. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Akteur*innen, die sich für Demokratie und Menschenrechte in den USA einsetzen.
- Die EU muss Solidarität mit Grönland und Dänemark zeigen, wenn sie bedroht werden. Auch ein Kauf Grönlands durch die USA-Regierung unter Androhung von Gewalt ist völkerrechtswidrig. Die Absurdität dieses Vorhabens muss klar benannt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Grönländer*innen muss verteidigt werden und jede Verhandlung über die Zukunft Grönlands muss unter Beteiligung Grönlands stattfinden. Wir ermöglichen Grönland den Beitritt zur EU und verstärken den zivilgesellschaftlichen Austausch mit der Bevölkerung, insbesondere in Bezug auf die dänische koloniale Vergangenheit und Verbrechen wie die systematische Zwangsverhütung mit der "Spiralen-Kampagne".
- Die wegfallenden Zahlungen durch die USA sollen zumindest teilweise von der EU und Deutschland insbesondere als reichstes Mitglied der Union abgefangen werden, unter anderem durch Überbrückungs- und Stabilitätsfonds und mehrjährige Zusagen, statt kurzfristiger Ad-hoc-Zahlungen.
- Deutschland und die EU sollen sich explizit gegen politische Einschüchterung, Delegitimierung oder Sanktionierung internationaler Institutionen und ihres Personals stellen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Legitime, faktenbasierte Kritik an der Arbeit dieser Institutionen sowie Reformforderungen bleiben hiervon ausdrücklich unberührt.
- Deutschland und die EU müssen mit gutem Beispiel vorausgehen. Wir selbst dürfen nicht selektiv vorgehen, wann wir uns an völkerrechtliche Bestimmungen halten.
- Ein Umdenken und Weiterentwickeln der europäischen Idee ist essenziell. Die Europäische Union muss durch ambitionierte Reform, ein kompetenter und aktiver Akteur nach innen und vor allem nach außen werden. Dafür fordern und streben wir nach einem föderalen, europäischen Staat, um eine eigene, politische Vision für den Kontinent und ihren Mitgliedern zu ermöglichen. Dafür muss der EU weitere ausschließliche Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten übertragen werden. Eine sozialdemokratische EU benötigt insbesondere Steuerkompetenz, um gesellschaftliche Umverteilung zu einem gesamteuropäischen Erfolg zu machen.

Arbeitsbereich O: Organisation und Parteireform

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O1_1/26 Wir bleiben laut für unser Berlin – Unser Jugendwahlprogramm 2026

2026 geht es um viel: Unsere Stadt steht vor der Entscheidung, ob es mit konservativen bis rechtsextremen Politiker*innen zurück in die Vergangenheit geht oder ob unsere Forderungen nach einem solidarischen Berlin für alle endlich Realität werden.

Nach 30 Jahren Regierungsverantwortung steht die SPD in der Verantwortung, die großen Probleme und Herausforderungen, vor denen Berlin steht, nicht nur zu verwalten, sondern aktiv anzugehen und zu lösen.

Unser Berlin ist solidarisch. Unser Berlin hat für alle Menschen einen Platz, egal, wer sie sind, woher sie kommen, oder ob und was sie arbeiten. Wir setzen uns für die Menschen und Themen ein, die zu oft nicht gehört werden und die darüber entscheiden, wem die Zukunft in Berlin gehört. Für uns steht fest: Wir bleiben laut für Berlin!

Wahlkampf ist für uns Jusos Berlin mehr als Wahlwerbung. Es ist der Moment, in dem wir zeigen, wofür wir stehen und wie wir Politik machen: solidarisch, laut und nah an den Lebensrealitäten der Menschen in dieser Stadt. Gerade in Berlin, wo Mieten explodieren, soziale Ungleichheit wächst und rechte Kräfte stärker werden, ist ein klarer, linker Wahlkampf notwendig. Für uns bedeutet Wahlkampf zuhören, beteiligen und gemeinsam Druck für Veränderung aufbauen – in den Kiezen, an Unis, Schulen und auf der Straße. Mit Blick auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wollen wir Politik erlebbar machen und Menschen einladen, sich einzumischen.

Wir sind die Stimme der jungen Berliner*innen, die sich das Leben in dieser Stadt noch leisten wollen. Unbequem für Reiche & Konzerne, solidarisch für alle anderen.

Wir bleiben laut für eine bezahlbare Stadt

Für uns ist klar: Wir kämpfen für ein bezahlbares Berlin. Zentral ist hier der Wohnungsmarkt. Dieser darf nicht dem freien Markt überlassen werden, sondern muss klar reguliert werden und gehört in die öffentliche Hand. Es darf nicht sein, dass aus Grundbedürfnissen wie dem Dach überm Kopf Profite geschlagen werden und Dividendenausschüttungen sowie Spekulation der Konzerne den Wohnungsmarkt dominieren. Wir als Jusos stehen weiterhin klar für die Vergesellschaftung und setzen uns für die Umsetzung nach dem Modell von „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ein. Daneben setzen wir uns für einen Neubau von bezahlbaren Wohnungen ein, insbesondere von den Landeseigenen Unternehmen sowie Genossenschaften als nicht-gewinnorientierte Akteur*innen.

Wir kämpfen für eine Stadt, in der Auszubildende von ihrer Arbeit leben können. Deswegen wollen wir Azubi-Werke, die Auszubildende während ihrer Ausbildung zur Seite stehen und Wohnräume spezifisch für sie schaffen, die weitere Finanzierung des Azubi-Tickets und die Umsetzung einer Ausbildungsplatzumlage. Wir kämpfen für eine höhere Mindestausbildungsvergütung. Zudem fordern wir mehr Betriebsratsgründungen ein, welche auch die Gründung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen erhöhen und damit die Sichtbarkeit und Rechte von jungen Menschen und Nachwuchskräften im Betrieb sicherstellen.

Wir bleiben laut für eine nachhaltige Stadt

Wir setzen uns ein für Klimaschutz in allen Bereichen der Stadtentwicklung. Klimaschutz ist für uns untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Die Klimakrise trifft nicht alle gleich. Im Gegenteil: Sie verschärft bestehende Ungleichheiten und trifft diejenigen besonders hart, die ohnehin wenig Ressourcen, Einfluss und Schutz haben. Deshalb kämpfen wir für eine klimagerechte Stadt, die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, Teilhabe sichert und soziale Sicherheit garantiert. Sozial-ökologische Transformation heißt für uns: konsequenter Klimaschutz, der strukturelle Ungleichheit abbaut statt sie zu vertiefen. Dazu zählt der Ausbau nachhaltiger Mobilität, sodass der ÖPNV verlässlicher funktioniert und mehr Verbindungen, insbesondere am Stadtrand, entstehen. Unser langfristiges Ziel bleibt der kostenfreie ÖPNV, sodass alle Menschen unabhängig des eigenen Einkommens vollumfänglich mobil sein können. Zudem muss das Radfahren sicherer werden, indem der Ausbau von befestigten Radwegen verstärkt wird. Daneben wollen wir auch den Bereich Wohnen klimaverträglicher gestalten, wozu der Bausektor aber auch das Thema Wärmeversorgung gehören. Eine wichtige Rolle spielt dabei das zuletzt rekommunalisierte Fernwärmenetz, wodurch eine große Chance einer sozial gerechten Transformation der Wärmeversorgung unserer Stadt entsteht. Daher braucht es in den nächsten Jahren massive öffentliche Investitionen in diesem Bereich, um eine klimaverträgliche Wärmeversorgung schnellstmöglich sicherzustellen. Das schützt das Klima und gleichzeitig die Einkommen vieler Mieter*innen.

Für eine lebenswerte Stadt in Zeiten des Klimawandels kämpfen wir für den Erhalt von Parks und Freiräumen in unserer Stadt, in denen sich alle konsumfrei, geschützt vor Wetterbedingungen und sicher aufhalten können. Dabei ist für uns klar, dass es keine Betonwüsten mehr geben darf. Daher machen wir uns stark, für mehr Begrünung von Flächen in Berlin, um das Stadtklima besser herunterkühlen und mit Extremwetterverhältnissen wie Starkregen besser zu können. Berlin soll ein Ort zum Wohlfühlen bleiben und keine Gefahr für das Leben von Berliner*innen.

Wir setzen uns ein für Klimaschutz in allen Bereichen der Stadtentwicklung. Dazu gehört der Ausbau nachhaltiger Mobilität und ein nachhaltiger Bausektor. Unser Berlin gehört allen. Deswegen kämpfen wir für den Erhalt von Parks und Freiräumen in unserer Stadt, in denen sich alle konsumfrei, geschützt vor Wetterbedingungen und sicher aufhalten können.

Wir bleiben laut für eine vielfältige Stadt

Berlin ist vielfältige Regenbogenhauptstadt mit vielen Perspektiven. Diskriminierung jeglicher Art lehnen wir entschieden ab und stärken die Sichtbarkeit marginalisierter Gruppen in unserer Stadt. Hierbei denken wir intersektional und spielen verschiedene Diskriminierungsformen nicht gegeneinander aus, sondern denken diese miteinander.

Unsere Stadt wurde unter anderem von verschiedenen Generationen unterschiedlicher Länder von sogenannten "Gastarbeiter*innen" und "Vertragsarbeiter*innen" geprägt. Die Lebensleistung sogenannter "Gast- und Vertragsarbeitenden" und ihr Beitrag zur Entwicklung Berlins als Stadt, die es heute ist, muss sichtbar und vor allem sichtbarer werden. Erste Initiativen, wie die Benennung von Straßen und Errichtung von Denkmälern unterstützen wir. Das Gedenken muss weiter verstetigt werden.

In der näheren Vergangenheit gab es viele Angriffe auf queere Vereine und Personen. Solche Taten tragen dazu bei, dass betroffene Personen sich vermehrt unsicher fühlen und auch um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen. Deshalb wollen wir, dass alle Bezirke und das Land Berlin entschieden gegen jede Art der Queerfeindlichkeit entgegentritt und Projekte, Verwaltung und Bildung in den Bereichen besser finanziert.

Auch der Kampf gegen Antisemitismus ist sehr wichtig. Leider hat dieser auch stark zugenommen, was uns darin bekräftigt, wie wichtig weiterhin Erinnerungsarbeit, Aufklärung und der Schutz jüdischer Einrichtungen ist.

Wir haben den klaren Anspruch auf Inklusion und Barrierefreiheit in der Stadt. Deswegen muss Berlin für alle Menschen mit Behinderung vollumfänglich zugänglich sein. Alle müssen Inklusion Behörden vollumfänglich in allen Fachbereichen berücksichtigen, um die notwendige Teilhabe zu ermöglichen.

Zu einer vielfältigen Stadt gehört zwangsläufig die Bekämpfung rechter Straftaten und die Förderung von intersektionalen Antifa- und Demokratieförderstrukturen. Es braucht die ausreichende Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere in Randbezirken und eine vollständige Ausfinanzierung von Demokratieförderprojekten.

Wir bleiben laut für soziale Sicherheit

Es darf keine Einsparungen beim Ausbau sozialer Sicherheitssysteme geben. Menschen, die von Armut und Diskriminierung betroffen sind, müssen nachhaltig geschützt werden. Es braucht einen dringenden Ausbau von Notunterkünften sowie die Schaffung staatlicher Unterkünfte für obdachlose FINTA und für queere Menschen in allen Stadtteilen.

Repressiven Maßnahmen, wie die Einzäunungen öffentlicher Räume und die Aufrüstung der Polizei bei gleichzeitiger Einschränkung von Freiräumen, stellen wir uns entgegen und fordern stattdessen den generellen Fokus auf Prävention in der Innenpolitik. Dazu kommt die Ausfinanzierung von Hilfsdiensten und der Ausbau von Ombudsstellen.

Wir bleiben laut für ein gerechtes Bildungssystem

Der Ausbau und die Stärkung kostenfreier Bildung ist essentiell. Wir kämpfen weiter für die Etablierung von Gemeinschaftsschulen als einzige Schulform. Grundsätzlich muss Bildung an vielen Stellen angepasst an veränderte Realitäten neu gedacht werden. Hierzu gehört eine Modernisierung des Lehrplanes in Verbindung mit der entsprechenden Ausstattung für ein zeitgemäßes Lernen, wobei unter anderem die Bildung bei der Medienkompetenz von Schüler:innen flächendeckender ausgebaut werden muss. Dabei muss Schule und Unterricht diskriminierungssensibel und intersektional gedacht werden: Es braucht die langfristige Finanzierung von Antidiskriminierungsarbeit. Der Ausbau genereller Unterstützungsangebote für Kinder- und Jugendliche und der Schulsozialarbeit sowie die Stärkung außerschulischer Bildungs- und Demokratieangebote ist ebenso erforderlich.

Wir bleiben laut für eine solidarische Kulturlandschaft in Berlin

Der Kulturbereich ist immens von Kürzungen betroffen. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Stattdessen kämpfen wir an der Seite von Kulturschaffenden für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Prekarisierung im Kulturbetrieb. Im Zentrum stehen die Forderungen nach einem Kulturförderungsgesetz, verbindliche tarifliche Regelungen, die verpflichtende Erfassung von Überstunden, die Absicherung von Projektarbeiten und vieles mehr.

Kultur bedeutet Teilhabe für alle, weswegen wir uns für kostenlose Kulturtickets für junge Menschen und sozial benachteiligte Personen einsetzen, die bisher in erheblichem Maße von Kulturveranstaltungen ausgeschlossen werden. Gleichmaßen wollen wir die Akteur*innen eines vielfältigen Kulturbetriebs stärken und setzen uns für die Sichtbarmachung von marginalisierten Gruppen im Kulturbereich sowie die Stärkung von Kulturinitiativen, die von jungen Menschen getragen werden, ein.

Unser Wahlkampf:

Wir machen Wahlkampf an den Orten, an denen auch unsere politischen Kämpfe stattfinden: Verteilungen vor Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendtheatern, Schulen, am Campus, vor Oberstufenzentren oder beim Jugendzentrum. Wir setzen dabei nicht nur auf Verteilungen, sondern auf partizipative Mitmach-Angebote - in ganz Berlin, aber besonders in den mitgliederschwachen Kreisverbänden. Außerdem erkennen wir die Bedeutung von Social Media als einen zentralen Ort des politischen Diskurses für junge Menschen an. Wir sind entschlossen, diese Plattformen zu bespielen, dort in den Austausch zu treten und sie nicht rechten Kräften zu überlassen.

Wir nehmen unsere Verantwortung als größte linke politische Jugendorganisation wahr und positionieren uns in unserem Jugendwahlkampf für ein internationalistisches, feministisches, antifaschistisches, antirassistisches und sozialistisches Berlin.

Dabei werden wir Wahlkampf nicht alleine machen. Wir wollen Jusos aus ganz Deutschland aktiv einbinden und uns hierfür, aber auch für einen gemeinsamen Überbau, mit der Juso-Bundesebene und den Jusos Sachsen-Anhalt und den Jusos Mecklenburg-Vorpommern im Wahlkampf austauschen.

Die Ziele unseres Jugendwahlkampfes sind dabei:

- Keinen reinen Abwehrkampf gegen rechte Parteien. Wir stellen unsere Vision einer progressiven und lebenswerten Zukunft in den Fokus. Unser zentrales Ziel bleibt eine progressive Politik für ganz Berlin.
- Junge Perspektiven und Anliegen in den Fokus nehmen und das auch für die politischen Entscheidungsprozesse langfristig bewirken.
- Die Perspektiven und Visionen der jungen Generation müssen eine zentrale Rolle in der Politik und im Wahlkampf der SPD einnehmen.
- Mobilisierung der Wähler*innenschaft: Wahlbeteiligung junger Menschen erhöhen und stärkste Partei bei jungen Wähler*innen und Erstwähler*innen werden.
- Unterstützung unserer Juso-Kandidat*innen.
- Wahlkampf zur Neumitgliedergewinnung: Wir wollen junge Menschen über den Wahlzettel hinaus für unsere jungsozialistischen Themen und Werte begeistern.
- Hervorhebung unserer Eigenständigkeit: Wir sind eine unabhängige und eigenständige Jugendorganisation innerhalb der SPD und haben unsere eigenen Themen und Überzeugungen, die der SPD-Politik in Teilen entschieden entgegenstehen.

Wir wollen nicht nur Stimmen sammeln für den Wahlkampf. Wir wollen junge Menschen politisieren, neue Aktive gewinnen, unsere Themen sichtbar machen, linke Themen setzen, Druck auf die Mutterpartei ausüben und zeigen, dass wir viele und laut sind!

Antragsteller*innen: erweiterter Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O2_1/26 Ergebnisse der Strukturreform I: Gremien auf Landesebene

Einleitung

Wie im Arbeitsprogramm beschlossen, haben wir uns als Landesverband mit unseren Strukturen in Gänze beschäftigt. Dabei halten wir vorab folgende Dinge fest: Der Landesverband besteht aus seinen 12 Kreisverbänden sowie aus den Gremien auf Landesebene: dem Landesvorstand, dem erweiterten Landesvorstand sowie den Arbeitskreisen.

Die Analyse unserer Strukturen zeigt allgemein, dass es viele Aufgaben gibt, vor denen Jusos im Land und in den Bezirken stehen, die zu Mehrfachbelastungen führen. Viele Genoss*innen in den Kreisen und auf Landesebene engagieren sich sehr stark für unseren Verband. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass Veranstaltungen oftmals nicht in dem Maße angenommen werden, für die sie geplant wurden. Hinzu kommt, dass Berlin als Bundeshauptstadt Ort vieler Bündnisse und Veranstaltungen ist, bei denen Jusos präsent sein sollten oder könnten.

Damit unser Landesverband bestmöglich funktioniert, muss eine gute und ausführliche Kommunikation zwischen den Kreisen und insbesondere dem Landesvorstand gegeben sein. Gleichzeitig sehen die Kreise die Arbeit des Landesverbands als gemeinsame Aufgabe mit den Gremien auf Landesebene und setzen das Landesarbeitsprogramm gemeinsam mit ihnen um. Dieser Antrag kann nur mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beschlossen werden.

Gremien auf Landesebene

Landesvorstand

Der Landesvorstand (Lavo) der Jusos Berlin ist das zentrale politische Führungs- und Organisationsgremium des Landesverbandes. Er trägt die Verantwortung für die strategische Ausrichtung der Jusos Berlin und vertritt den Verband nach außen als politische Stimme. Dabei kommt dem Lavo eine repräsentative Funktion zu, die sich nicht allein an formalen Kreiszugehörigkeiten orientiert, sondern auch gesellschaftliche Vielfalt sowie unterschiedliche politische Wirkungs- und Lebensrealitäten in Berlin abbildet.

Er schafft die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die politische Arbeit des Landesverbandes, organisiert Landesdelegiertenkonferenzen, landesweite Veranstaltungen und sorgt für funktionierende Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen. Eine zentrale Aufgabe liegt zudem in der strategischen Planung: Der Landesvorstand definiert in Abstimmung mit den Kreisen politische Prioritäten, entwickelt langfristige Perspektiven für den Landesverband und formuliert klare politische Linien. Auf Basis dieses politischen Kurses hat der Landesvorstand weiterhin die Kompetenz, kurzfristige Entscheidungen selbstständig treffen zu können. Weitere Inhalte und insbesondere Grundsatzfragen werden auf der Landesdelegiertenkonferenz als höchstes beschlussfassendes Gremium des Landesverbandes eingebracht und dort abgestimmt.

In der Umsetzung dieser politischen Arbeit nimmt der Landesvorstand bewusst keine Funktion als formales Kreisvertretungsgremium ein. Vielmehr steht die Unterstützung und Stärkung der Kreisverbände im Mittelpunkt. Der Landesvorstand organisiert landesweite Vernetzungs- und Empowermentangebote. Zugleich sorgt er für eine bessere Rückkopplung zwischen Landes- und

Kreisebene und trägt politische Impulse und Bündniskontakte in die Kreise hinein, um sie in ihrer eigenständigen Arbeit zu stärken.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der intensiven Betreuung aller Kreisverbände. Diese soll künftig verbindlicher gestaltet und nicht nur schriftlich, sondern auch durch in der Regel monatliche persönliche (ggf. digitale) Treffen erfolgen. Ziel ist es, gute Bedingungen für politische Arbeit vor Ort zu schaffen, Konflikte frühzeitig zu erkennen, zu moderieren und den innerverbandlichen Austausch zu verbessern.

In seiner Zusammensetzung bleibt der Landesvorstand grundsätzlich unverändert, d. h. 1-2 Personen als Landesvorsitzende (davon mindestens eine FINTA-Person), bis zu 8 Stellvertreter*innen und der*die Landeskoordinator*in der Juso-Hochschulgruppen qua Kooptierung. Ebenso wird eine Vertretung der JSAG, sofern vorhanden, kooptiert. Die formale Anbindung der Kreisverbände erfolgt weiterhin über den erweiterten Landesvorstand, der als zentrales Kreisgremium die Rückkopplung von Entscheidungen und die Beteiligung der Kreise an der politischen Willensbildung sicherstellt. Die bestehenden Strukturen werden konsequent genutzt, um Aufgaben verbindlich zu verteilen, unterschiedliche Perspektiven systematisch einzubinden und den Landesvorstand als politisches Führungs-, und Organisations- gremium handlungsfähig auszugestalten und gleichzeitig zu entlasten.

Erweiterter Landesvorstand

Das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin ist die Landesdelegiertenkonferenz. Zwischen den LDKen tagt der erweiterte Landesvorstand (eLV) als beschlussfassendes Gremium zu aktuellen oder akuten Themen. Er tagt mindestens sechsmal im Jahr und kann bei Bedarf auch von mindestens drei Kreisverbänden zusätzlich einberufen werden. Dabei werden die sechs Termine festgelegt, um die langfristige Planung zu ermöglichen. Der eLV besteht aus jeweils zwei Mitgliedern jedes Kreises sowie dem Landesvorstand. Je ein von ihnen vorgeschlagenes Mitglied der Arbeitskreise sowie der Juso-Schüler*innen wird ohne Stimmrecht kooptiert. Der eLV ist bei Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig.

Die Kreise entsenden jeweils zwei Mitglieder, die durch Wahl innerhalb des Kreisverbandes bestimmt werden und bei Bedarf durch zwei gewählte Stellvertreter*innen vertreten werden können. Wenn möglich, soll unter diesen Mitgliedern jeweils ein Mitglied des Kreisvorstandes (Vorsitzende, Sprecher*innen, stellv. Vorsitzende, Beisitzer*innen) sein. Diese Delegationen müssen pro Kreis quotiert sein. Die Amtszeiten des erweiterten Landesvorstands beträgt zwei Jahre analog zu den Amtszeiten der Landes- und Kreisvorstände. Dieses neue Delegiertenprinzip wird mit den Wahlen der Landesdelegierten Anfang 2027 in den Kreisen umgesetzt. Ab dem Jahr 2028 gilt die Amtszeit von zwei Jahren. Damit wird bei der Landesdelegiertenkonferenz 1/2026 letztmalig der erweiterte Landesvorstand gewählt und die Amtszeit der Gewählten dementsprechend auf ein Jahr verkürzt.

Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstands werden turnusgemäß von zwei Kreisen mit Unterstützung des Landesvorstands vorbereitet. Dieser Turnus wird am Anfang eines jeden Jahres im eLV festgelegt, um eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen und eine gerechte Kreisaufteilung sicherzustellen. Bei der Vorbereitung dieser Sitzungen übernehmen die Kreise eine tragende Rolle, bspw. bei der Erstellung der Tagesordnung, der Einladung, der Raumsuche und der Protokollführung. Die Moderation bleibt dabei beim Landesvorstand. Durch die Verlagerung der Verantwortung auf die Kreise erhoffen wir uns eine höhere Teilnahme, eine differenzierte Themensetzung sowie eine stärkere Förderung des gegenseitigen Kennenlernens. Außerdem können die organisierenden Kreise in Betracht

ziehen, die Sitzung, sofern möglich, in ihrem Bezirk durchzuführen. Dadurch erhoffen wir uns, mehr interessierte Mitglieder zu erreichen und eine konsequente Aufgabenverteilung zu ermöglichen.

Der Landesvorstand kann bei Bedarf Aufgaben an den eLV auslagern oder ihn einbinden. Hierzu gehören unter anderem die Organisation von Ansprechpersonen bei Demos, aber auch die Organisation größerer Veranstaltungen. Dazu kann der eLV auch dauerhafte Beauftragte aus seiner Mitte benennen, die Aufgaben, wie beispielsweise die Arbeit in bestimmten Bündnissen, langfristig übernehmen.

Die Sitzungen des eLV sind verbandsöffentlich und bestehen aus einem Bericht des Landesvorstands, Kurzberichten aus den Kreisen, einem Bericht aus den Arbeitskreisen alle sechs Monate sowie einer flexibel angepassten Tagesordnung.

Der eLV soll auch außerhalb der Landesdelegiertenkonferenzen thematisch arbeiten. So können die Kreise Anträge auch in den eLV einbringen, in dem eine Beschlussfassung möglich ist. Insbesondere bei zeitkritischen Themen kann so eine schnelle Beschlussfassung erfolgen und die Position der Jusos Berlin zügig in die Stadtgesellschaft sowie in die SPD getragen werden. Darüber hinaus kann die Antragsarbeit intensiviert und gebündelt werden. Es besteht beispielsweise die Möglichkeit, Grundsatzanträge anzukündigen und diese gemeinsam mit interessierten Mitgliedern aus verschiedenen Kreisen zu formulieren. Die Beantragung dieser Anträge soll weiterhin, wenn möglich, bei der LDK liegen. Das höchste beschlussfassende Gremium, die LDK, ermöglicht eine breitere Beteiligung an Debatten.

Die Mitglieder des eLV sind zusätzlich in einer gemeinsamen Messengergruppe organisiert, in der kreisübergreifende Einladungen, Berichte des Landesvorstands sowie relevante Informationen geteilt werden können. Anträge, Protokolle und Beschlüsse des erweiterten Landesvorstands werden allen Mitgliedern rechtzeitig zugänglich gemacht. Die Protokolle werden weiterhin in alphabetischer Reihenfolge von den Kreisen übernommen und werden in der Regel eine Woche nach einer Sitzung allen eLV-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Kreisvorsitzendenrunde

Bei Bedarf kann zudem ein informelles Gremium aus Kreisvorsitzenden von diesen selbst oder dem Landesvorstand einberufen werden. Dies kann insbesondere bei der kurzfristigen Weitergabe von Informationen sinnvoll sein oder wenn es um die Sammlung von Einschätzungen aus allen Kreisen geht. Ein solches Gremium wird jedoch nicht formell eingerichtet.

Landesdelegiertenkonferenz

Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin. Es sollen mindestens zwei LDKen pro Jahr stattfinden. Zukünftig kann eine dieser nur an einem Tag durchgeführt werden, falls dies aufgrund von aktuellen politischen Umständen möglich ist.

Wir wollen uns an die vereinbarte Tagesordnung und Planung halten, um die LDK bestmöglich durchzuführen.

Mit der Antragsfrist der LDK wird eine Priorisierung der eigenen Anträge eingereicht. Weitere Anträge können weiterhin bei Bedarf auf zukünftigen LDKen diskutiert und beschlossen werden. Um den Austausch der Mitglieder zu verbessern, können die Kreise perspektivisch mehr in die Organisation einer Verbandsparty eingebunden werden. Ziel ist, dass möglichst viele Mitglieder teilnehmen können.

Die Delegationen der Kreise müssen auch weiterhin quotiert sein, allerdings soll es in Zukunft möglich sein, dass ein männlicher Ersatzdelegierter für eine weibliche Delegierte nachrücken kann, solange die Delegationen als Ganzes quotiert bleibt und sofern keine weibliche Ersatzdelegierte zu Verfügung steht. Die Richtlinien sind dahingegen anzupassen, § 12 (3).

Arbeitskreise

Wie bereits im Landesarbeitsprogramm beschlossen, gilt: Arbeitskreise (AKs) sind wichtige Bestandteile unseres Verbands. Sie schaffen die Möglichkeit, kontinuierlich an Themenbereichen zu arbeiten und über Kreisgrenzen hinweg Positionen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Sie arbeiten themenspezifisch. Zur Einrichtung eines Arbeitskreises ist die Vorlage eines kurzen Konzepts auf der LDK mit der thematischen Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr, sowie eine langfristige Perspektive für den Arbeitskreis erforderlich.

AKs stellen kein inhaltliches Expert*innengremium dar, dem die Deutungshoheit zu Themenbereichen obliegt, sondern vernetzen Genoss*innen unterschiedlicher Kreise und Erfahrungsstufen zu einem Interessengebiet. Sie organisieren regelmäßig inhaltliche Sitzungen und können so eine Schwerpunktsetzung ermöglichen. Die Sitzungsformate können dabei abwechslungsreich variieren und auch zur niedrigschwelligen Vernetzung dienen, um auch für Neumitglieder interessant zu sein. Hier eignen sich beispielsweise auch offene Vorstandssitzungen, um neuere Mitglieder auch frühzeitig in die Organisation einzubinden. Durch gemeinsame Sitzungen mit Kreisen wird ihre Arbeit landesweit sichtbar. Per Anträge und Änderungsanträge können sie sich ebenso wie Kreisverbände auf der Landesebene einbringen. Pro Arbeitskreis wird ein*e Vertreter*in in den eLV kooptiert.

Um eine zielgerichtete und ressourcenschonende Arbeit der AKs zu ermöglichen, werden die AKs aufgefordert, alle 6 Monate über ihre Tätigkeit, Planungen und mögliche Herausforderungen oder Probleme im eLV zu berichten. Hierfür wird im eLV alle 6 Monate genügend Zeit eingeplant und die AKs rechtzeitig informiert. Können AKs innerhalb von 12 Monaten 2x nichts berichten (d. h. es kann auch keine Meldung über Probleme stattfinden), wird ihr Status in "temporär inaktiv" geändert. Per Beschluss im eLV können sie aus diesem Status heraus wieder geöffnet werden, sobald sich interessierte Genoss*innen finden, die den AK wiederbeleben möchten. Dies hat den Vorteil, dass eingeschlafene Strukturen nicht mit viel Arbeit durch den Landesvorstand aufrechterhalten werden müssen, die AKs aber schneller als per Beschluss der LDK wieder ins Leben gerufen werden können.

Projektgruppen

Unser Verständnis einer vitalen Verbandskultur ist geprägt von der Überzeugung, dass politische Arbeit nicht ausschließlich in institutionalisierten Gruppen stattfinden kann und darf. Wir wollen es daher weiterhin ermöglichen, dass Genoss*innen sich themenbezogen und kurzfristig zu Projektgruppen zusammenschließen, um Anträge oder Veranstaltungen zu erarbeiten oder vorzubereiten und Themen zu diskutieren. Der Landesvorstand und der erweiterte Landesvorstand können Projektgruppen einsetzen und sie fördern solcherlei Bestrebungen auch weiterhin in organisatorischer Hinsicht. Zur Einrichtung einer Projektgruppe ist die Vorlage eines kurzen Konzepts mit der thematischen Schwerpunktsetzung erforderlich. Sobald das im Konzept dargelegte Ziel erreicht ist, endet die Laufzeit von Projektgruppen.

Vernetzungen und Empowerment

Die Unterstützung, aber auch Vernetzung untereinander von marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel FINTA Personen, Queeren Menschen, BIPOCs, jüdische Genos*innen und Menschen mit Behinderung im politischen Ehrenamt, aber auch von ostdeutschen Genoss*innen, sind uns ein besonderes Anliegen. Entsprechende Vernetzungen sollen regelmäßig und verstetigt, auch abseits von Kongressen und Landesdelegiertenkonferenzen, angeboten werden. Wir setzen auf einen Dreiklang aus

- a) niedrigschwelligen Austauschformaten bei Veranstaltungen, bei denen die Vernetzung keiner Tagesordnung folgen muss, sondern einen lockeren Austauschraum darstellt,
- b) Vernetzungsangeboten, die dauerhaft bestehen (z.B. über Chatgruppen) und niedrigschwellig, aber unabhängig von anderen Veranstaltungen stattfinden und
- c) Empowerment-Programmen.

Hierbei ist es wichtig, die Angebote möglichst niedrigschwellig zu gestalten und kreative und vielfältige Formate auszuprobieren. Vernetzungen sind dabei ein safer space innerhalb der Partei und des Verbands, indem die jeweiligen Gruppen über ihre Erfahrungen innerhalb wie außerhalb der Partei sprechen und Kraft sammeln können.

Analog zum Aufbau von Vernetzungen wollen wir marginalisierte Gruppen in unseren Verbandsstrukturen besonders fördern. Dafür bauen wir Empowerment-Programme auf, die marginalisierten Gruppen die Möglichkeit geben, sich untereinander zu vernetzen und durch Workshops Wissen zu erlangen und zu stärken. Diese Programme werden intersektional gestaltet, um sicherzustellen, dass die Überlappung verschiedener Formen der Diskriminierung stets berücksichtigt wird. Ziel soll es sein, die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen zu erhöhen und sie zu empowern, sich für unterschiedliche Ämter und Funktionen in der Breite des Verbandes und Gesellschaft einzubringen.

Angebote zur individuellen Reflexion sind ein wichtiger Teil in unseren Kämpfen für Gerechtigkeit von marginalisierten Gruppen. Sowohl im Rahmen unserer Veranstaltungen als auch darüber hinaus möchten wir weiterhin Räume zur kritischen Reflexion bestimmter Privilegien bieten und diese inhaltlich ausbauen, sodass sie als echte Bildungsräume funktionieren und die Arbeitslast nicht ausschließlich bei marginalisierten Personen liegt.

Delegation zum Bundeskongress

Die "Repräsentationsabsicherung der Kreise" wird von den meisten Beteiligten weitestgehend positiv gesehen. Deshalb soll an dem Prinzip, dass jeder Kreis mindestens eine*n und maximal drei Delegierte zum Bundeskongress schicken kann, festgehalten werden. Kreise, die nur eine*n Volldelegierte*n zum Bundeskongress schicken, haben einen Anspruch auf einen hohen Ersatzdelegiertenplatz. Die Kreise werden ermutigt, auch Neumitglieder und Basismitglieder zu berücksichtigen, zum BuKo zu fahren, da sie somit die Jusos auf Bundes- und auf Landesebene besser kennenlernen.

Antragssteller*innen: Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O3_1/26 Ergebnisse der Strukturreform II: Mentale Gesundheit

Wir verstehen, dass das Ehrenamt auch bei den Jusos Berlin oft mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden ist und der Schutz der psychischen Gesundheit nicht immer ausreichend gewährleistet ist oder werden kann. Dabei müssen wir anerkennen, dass nicht alle mit den gleichen Voraussetzungen ein Ehrenamt ausüben und unterschiedliche Gruppen unterschiedlich strukturell und gesellschaftlich belastet sein können. Für junge Menschen, die (mehrfach) diskriminiert sind, oder zum Beispiel junge Menschen mit Behinderungen ist Mental Health aus dem Grund zusätzlich wichtig, da sie täglich mit Mikroaggressionen, Diskriminierungserfahrungen, Hetze und den rechtskonservativen bzw. rechtsextremen politischen Angriffen konfrontiert werden.

Abbau von Barrieren

Aufgrund dessen ist es uns besonders wichtig, künftig weiter Vernetzungsangebote für diskriminierte Gruppen und insbesondere auch eine Vernetzung für Menschen mit Behinderung möglich zu machen und so sichere Austauschräume zu gewährleisten. Parallel zu den Vernetzungen wollen wir uns für eine barrierefreie Parteiarbeit einsetzen. Hierbei sind die Auswahl von barrierearmen und im Idealfall - freien Veranstaltungsorten sowie die Ermöglichung hybrider Sitzungsmodelle maßgeblich. Zudem betrachten wir es als sehr wichtig, jährlich jeweils einen Workshop zur Barrierefreiheit sowie zur Arbeitsentlastung von FINTA zu organisieren.

Der Workshop zur Barrierefreiheit soll unter anderem vermitteln, wie eine barrierefreie Parteiarbeit aussehen sollte und was man konkret wie verändern muss. Wir schlagen zusätzlich vor, im LaVo eine Person zu bestimmen, die das Thema Inklusion auf Landesebene betreut und als Ansprechperson zur Verfügung steht. Aber die Verantwortung von barrierefreien Strukturen in unserem Verband sollte nicht nur der Landesebene auferlegt werden: Kreise sind auch explizit dafür verantwortlich, Veranstaltungen barrierefrei zu gestalten und sich für ein inklusives Miteinander einzusetzen. Darüber hinaus sehen wir hier auch die SPD in der Verantwortung, barrierearme Veranstaltungen zu ermöglichen.

Der Workshop zur Arbeitsentlastung von FINTA soll in Form einer Veranstaltung zu kritischer Männlichkeit stattfinden, die sich entsprechend vor allem an cis-Männer in unserem Verband richtet, welche sich kritisch mit der Thematik auseinandersetzen müssen, inwiefern sie zur Arbeitsbelastung von FINTA beitragen und wie sie das verändern können. Dabei sollte die Organisation dieses Workshops nicht den FINTA auferlegt werden, sondern auch insbesondere von Männern übernommen werden. Die Absprache über die konkrete Ausgestaltung sollte jedoch mit FINTA erfolgen. Die FINTA-Vernetzungen sollten auch explizit Raum für Austausch in Bezug auf Arbeitsbelastung, wie man dies ändern kann und was man anonym bezüglich dessen weitergeben will, ermöglichen.

Zudem sollte jährlich eine Veranstaltung zu Mental Health organisiert werden. Diese soll vor allem vermitteln, wie wir in unseren Strukturen und in der politischen Arbeit so vorgehen, dass Arbeitsüberlastung vorgebeugt und Mental Health befördert wird.

Insbesondere im Fokus unseres Umgangs mit Mental Health und Arbeitsbelastung sind unser Umgang und die Kommunikation miteinander. Klare Erwartungen aneinander sollten kommuniziert werden. Die Arbeit, die in unserem Verband von den unterschiedlichsten Personen geleistet wird, sollte auch

wertgeschätzt werden, Grenzen reflektiert und eingehalten werden. Es sollten in der Arbeit Priorisierungen geschaffen werden und falls Arbeitsbelastungen zu viel sind, proaktiv ohne paternalistisch zu sein, untereinander Hilfe angeboten werden. Es ist für den Schutz Einzelner wichtig, Verantwortlichkeiten als Gesamtaufgabe zu begreifen. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und begreifen politische Debatten untereinander auch nur als solche und nicht als persönliche Konflikte. Auch die Möglichkeit von Auszeiten ist essentiell und diese zu nehmen sollte allen jederzeit möglich sein.

Arbeitsentlastung

Zuletzt verstehen wir den digitalen Fortschritt auch als ein Mittel zur Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Die Nutzung eines gemeinsamen Juso Kalenders könnte auf Kreise erweitert werden und Termine auf unserer Website gesetzt werden, um mehr Übersicht zu schaffen. Weiterhin können Konzepte unter Beachtung von Datenschutz für die Automatisierung von Aufgaben erarbeitet werden. Auch ein Beschluss-Wiki könnte die Arbeit erleichtern. Jedoch sollte die Umsetzung nicht an bereits mit Arbeit überlasteten Personen im Verband hängen bleiben. Hierfür könnten sich auch Projektgruppen anbieten, die nach Kapazitäten digitale Ideen zur Arbeitsentlastung erarbeiten.

In Anbetracht eines Zeitalters, in dem die künstliche Intelligenz von immer mehr Menschen im Alltag genutzt wird, ist es auch unverzichtbar, die Debatte über den Umfang und die Art von KI Nutzung in unserer Verbandsarbeit zu diskutieren. Über die Gefahren der Nutzung sowie die Klimaschädlichkeit sollten wir uns bewusst sein und die Diskussionen auch aus dieser Perspektive führen.

Antragsteller*innen: Juso-Landesvorstand Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O4_1/26 Ergebnisse der Strukturreform III: Awareness-Konzept der Jusos Berlin

Wir verstehen Awarenessarbeit als eine politische Kernaufgabe unseres Verbandes. Sie ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern Voraussetzung für einen sozialistischen, feministischen, internationalistischen, antifaschistischen und antirassistischen Jugendverband. Awarenessarbeit schützt Menschen vor Diskriminierung, Gewalt und Grenzüberschreitungen und ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe aller.

Awarenessarbeit bedeutet für uns, Verantwortung zu übernehmen: präventiv, indem wir Strukturen schaffen, bevor es zu Grenzüberschreitungen kommt; intervenierend, indem wir in akuten Situationen handlungsfähig sind und klar Betroffenen glauben und sie bestmöglich unterstützen; nachsorgend, indem wir Betroffene nicht allein lassen; und strukturell, indem wir nicht nur Einzelfälle betrachten, sondern Machtverhältnisse, Ausschlüsse und Diskriminierungsmuster konsequent mitdenken.

ZIEL DES AWARENESS-KONZEPTS

Dieses Awareness-Konzept schafft eine gemeinsame Grundlage für die Awarenessarbeit der Jusos Berlin. Grundlage unserer Awarenessarbeit stellt dabei auch das von uns mitgestaltete und beschlossene Awareness-Konzept der Bundesjusos von 2024 dar. Diese Erweiterung dessen legt verbindliche Strukturen für die Landes- und Kreisebene fest. Rollen und Zuständigkeiten werden eindeutig beschrieben, um Unsicherheiten zu vermeiden und Handlungsfähigkeit zu sichern. Dabei berücksichtigen wir realistisch Personalmangel und mögliche Überlastung und setzen auf nachhaltige, tragfähige Lösungen. Ziel ist es außerdem, die Sichtbarkeit, das Vertrauen und die Erreichbarkeit des Awareness-Teams zu stärken.

DAS AWARENESS-TEAM (A-TEAM) DER JUSOS BERLIN

Aufgaben des A-Teams

Das Awareness-Team der Jusos Berlin ist zentrale Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung, Gewalt oder Grenzüberschreitungen erleben oder beobachtet haben. Es ist für alle Personen ansprechbar, handelt aber nicht selbst aufsuchend aufgrund einer Beobachtung oder Vermutung nicht-betroffener Personen, sondern nur, wenn es von Betroffenen angesprochen und involviert wird.

Das A-Team interveniert deeskalierend und klar im Sinne der Betroffenen. Es schreitet bei Veranstaltungen, Sitzungen und Seminaren ein, wenn Grenzen überschritten werden und es dazu aufgefordert wird. Nach Vorfällen begleitet das A-Team Betroffene, bietet Unterstützung an und vermittelt – wenn gewünscht – an interne oder externe Beratungsstellen weiter.

Darüber hinaus ist Prävention ein zentraler Bestandteil der Arbeit: Das A-Team wirkt an Konzepten, Leitfäden und Verhaltensregeln mit, berät Vorstände und Kreisverbände und trägt durch Schulungen und Wissensweitergabe zur Sensibilisierung für Diskriminierungsformen bei. Alle Mitglieder des A-Teams besuchen verpflichtend Schulungen und wirken an der Entwicklung von Schulungskonzepten mit.

Hoheitsgebiet & Grenzen des A-Teams

Das A-Team darf und soll Gespräche mit Betroffenen sowie mit Menschen führen, die gemeldet wurden. Es organisiert Schutzräume, spricht Empfehlungen aus, ergreift Maßnahmen zur Sicherheit

Betroffener und berät Landes- und Kreisvorsitzende. Die Mitglieder des A-Teams haben das Recht, sich selbst Unterstützung zu holen, etwa durch Supervision oder psychologische Begleitung, wenn die Arbeit emotional belastend ist. Zudem kann das A-Team Kontakt zum SPD-A-Team aufnehmen und muss in strafrechtlich relevanten Fällen die Polizei einschalten.

Gleichzeitig sind die Grenzen der Arbeit klar definiert: Das A-Team beschließt keine Sanktionen, verhängt keine Strafen und nimmt keine politischen Bewertungen von Konflikten vor. Betroffene dürfen zu keinen bestimmten Schritten gedrängt werden. Fälle dürfen nicht außerhalb des A-Teams besprochen werden.

Verschwiegenheit & Schutz

Verschwiegenheit ist keine Option, sondern die Grundlage der Awarenessarbeit. Alle Mitglieder des A-Teams unterliegen verbindlichen Regeln: absolute Vertraulichkeit gegenüber Dritten, insbesondere auch dem Landesvorstand und den Kreisvorständen, Weitergabe von Informationen ausschließlich mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Person und Ausnahmen nur bei akuter Selbst- oder Fremdgefährdung. Alle A-Team-Mitglieder verpflichten sich schriftlich zur Verschwiegenheit.

Der Schutz des A-Teams ist ebenso zentral. Es gibt keinen Zwang zur ständigen Erreichbarkeit, sondern klare Grenzen. Supervision ist möglich und erwünscht. Das A-Team wird vor politischer Instrumentalisierung geschützt und erhält klare Rückendeckung durch den Landesvorstand.

Personalstruktur

Das Awareness-Team auf Landesebene besteht aus bis zu sechs Personen und soll möglichst diverse Perspektiven vereinen. Dabei sollen möglichst alle Personengruppen, die von diskriminierendem Verhalten betroffen sind, Teil des Awareness-Teams sein. Das Awareness-Team wird dabei mind. aus drei FINTA-Personen bestehen sowie aus mind. einer BIPOC-Person und mindestens einer queeren Person (auch bezogen auf die Sexualität). Angestrebt wird eine Mischung aus erfahrenen Aktiven, nicht mehr aktiven Mitgliedern, neuen Mitgliedern sowie Menschen mit Awareness- oder Beratungserfahrung. Mitglieder des Awareness-Teams dürfen keine anderen Ämter in geschäftsführenden Vorständen auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene ausüben. Es gibt keinen Zwang zur ständigen Verfügbarkeit – Rotation statt Überlastung ist ein zentrales Prinzip.

Das Awareness-Team wird ein halbes Jahr nach der Wahl des Landesvorstands bei der nächstmöglichen Landesdelegiertenkonferenz per Akklamation gewählt. Zukünftig soll das ehemalige A-Team Vorschläge für die Besetzung des neuen A-Teams machen und die Zusammensetzung so steuern.

Rollenverteilung

Eine Person kann mehrere Rollen übernehmen, jedoch nicht alles gleichzeitig. Zur besseren Verteilung von Kapazitäten gibt es klar definierte Rollen: Die Koordination übernimmt die Terminplanung regelmäßiger A-Team-Treffen und behält intern den Überblick über laufende Fälle. Zwei Personen fungieren als feste Schnittstelle zum Landesvorstand.

Die Rolle der Intervention umfasst die Präsenz bei Veranstaltungen, wenn möglich, sowie die Erstansprache bei Vorfällen. Prävention und Schulung beinhalten die Erstellung von Konzepten, Workshops und Materialien, möglichst in Zusammenarbeit mit externer Expertise.

Betroffene dürfen sich jedoch aussuchen, an welche Mitglieder das A-Teams sie sich wenden möchten und dabei auch mitentscheiden, welche weiteren Mitglieder des A-Teams ins Vertrauen gezogen werden.

Schulungen – verpflichtend und professionell

Schulungen sind Grundlage der Awarenessarbeit. Der*die Landessekretär*in ist verantwortlich für die Organisation. Alle A-Team-Mitglieder müssen verpflichtend an Schulungen teilnehmen. Inhalte sind unter anderem Grundlagen der Awarenessarbeit, verschiedene Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Rassismus oder Ableismus, Gesprächsführung mit Betroffenen, Deeskalation, eigene Grenzen und Selbstschutz, Verschwiegenheit und Datenschutz sowie die Weitervermittlung an externe Stellen. Ohne absolvierte Schulung ist keine aktive A-Team-Arbeit möglich. Hier kann auf externe Beratungsstellen zurückgegriffen werden.

SICHTBARKEIT DES A-TEAMS

Veranstaltungen

Für größere Veranstaltungen der Jusos werden im Vorfeld weitere Mitglieder für das Awareness-Team benannt. Die Mitglieder dieser Veranstaltungs-Awareness-Teams werden im Vorfeld mit Informationen zur Awareness Arbeit versorgt, schriftlich durch ein durch das Awareness-Team zu erstellendes Info-Papier, wie auch bei Bedarf durch ein gemeinsames Gespräch in Präsenz oder digital mit 2 Mitgliedern des Landes-Awareness Teams. Falls kein Mitglied des Landes-Awareness-Teams anwesend sein wird, soll die Vorbereitung entsprechend ausführlicher ausfallen und ein Gespräch auf jeden Fall stattfinden. Nach einer solchen Veranstaltung soll es außerdem die Möglichkeit zur Nachbereitung geben, um im Gespräch mit Mitgliedern des Landes-Awareness-Teams eventuell aufgetretene Vorfälle zu besprechen und den Mitgliedern des Veranstaltungs-Awareness-Teams Raum für Austausch und Reflexion zu bieten. Um unausgebildete Awareness-Personen zu unterstützen, soll ein Awarenessleitfaden erarbeitet werden. Insbesondere sollen diese Maßnahmen dazu beitragen, ein sicheres und inklusives Umfeld auf Bundes-, Landes- und Kreisebene bei Veranstaltungen, Verbands- und Konferenzwochenenden zu gewährleisten.

Vor den jeweiligen Veranstaltungen werden Awareness-Hinweise in alle Einladungen aufgenommen, zu Beginn der Veranstaltung mündlich erwähnt und das A-Team stellt sich vor. Eine sichtbare Kennzeichnung, etwa durch Buttons, ist vorgesehen. Damit die Menschen aus dem A-Team nicht immer ihre privaten Nummern veröffentlichen müssen, soll es bei Veranstaltungen externe Telefonnummern geben.

Landesebene

Das A-Team erhält eine feste Seite auf der Website der Jusos Berlin. Dort wird die Rolle des A-Teams vorgestellt, ohne zwingend Klarnamen zu nennen. Klare Kontaktwege zu allen Einzelpersonen wie Mail oder Messenger werden benannt, jedoch keine privaten Telefonnummern. Das A-Team stellt sich bei LDKs, Veranstaltungen und Workshops vor.

Die Rolle der Kreisverbände

Die Kreisverbände sind kein Ersatz, sondern eine Erweiterung der Awarenessarbeit. Jeder Kreisverband benennt ein bis zwei Awareness-Ansprechpersonen, die eine Grundschulung erhalten und das Landeskonzzept anwenden sowie mitgestalten.

Aufgaben der Kreise

Die Kreise übernehmen eine niedrigschwellige Erstansprache, leiten Fälle auf Wunsch der Betroffenen an das Landes-A-Team weiter und leisten Präventionsarbeit vor Ort. Eigenständige Sanktionen oder Alleingänge sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Umgang mit kleinen Krisen & Überlastung

121 Im Umgang mit Krisen gilt eine klare Priorisierung: Der Schutz von Betroffenen steht vor Perfektion.
122 Kapazitätsgrenzen werden transparent kommuniziert, Vertretungsregelungen greifen und Pausen
123 sowie Rückzug sind legitim. Awarenessarbeit darf nicht selbst krank machen.

124 **A-Team der Jusos x A-Team der SPD**

125 Auch der Austausch mit dem Awareness-Team der SPD Berlin, die Vermeidung von Doppelbelastung
126 durch Schulungen und positive Anreize wie Zertifikate werden weiterverfolgt. Hier sollen Gespräche
127 zwischen den beiden A-Teams geben, sodass sie sich über ihre Erfahrungen - ohne über Fälle zu
128 sprechen - austauschen können.

129 **Evaluation & Weiterentwicklung**

130 Das Konzept wird jährlich intern ausgewertet. Anonymisiertes Feedback fließt in die Weiterentwicklung
131 ein. Anpassungen sind ausdrücklich vorgesehen, ebenso wie eine politische Debatte über
132 Awarenessarbeit im Verband.

133 **Politischer Anspruch**

134 Awarenessarbeit der Jusos Berlin ist feministisch, antirassistisch, inklusiv und solidarisch. Wir glauben
135 Betroffenen und schaffen Räume, in denen sie sich sicher und wohlfühlen können.

136 **Unterstützung und Zusammenarbeit**

137 Das Landesbüro stellt sicher, dass das A-Team arbeitsfähig ist und organisiert Schulungen, insbesondere
138 nach Wahlen oder Neuwahlen. Diese Schulungen müssen innerhalb von zwei Monaten stattfinden.

139 Zwei Personen aus dem Landesvorstand sind feste Ansprechpersonen für das A-Team. Sie tragen
140 Themen in den Landesvorstand, fungieren als Sprachrohr des A-Teams und ermöglichen Gespräche mit
141 dem Landesvorstand. Konkrete Fälle werden dort nicht besprochen. Die Verschwiegenheit des A-Teams
142 gilt auch insbesondere gegenüber diesen Personen.

143 Die Kreisvorsitzenden benennen ein bis zwei Personen für die Awarenessarbeit im Kreis. Diese erhalten
144 ebenfalls Schulungen, die vom Landesbüro in Zusammenarbeit mit dem Landes-A-Team geplant
145 werden. Die Kreise unterstützen den fortlaufenden Awarenessprozess aktiv.

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O5_1/26 Ämtertrennung zwischen Senat und Abgeordnetenhaus – Jetzt aber wirklich!

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, ein etwaiges
2 Abgeordnetenhausmandat unverzüglich nach antritt ihres Amtes als Senator*in niederzulegen.

3 Bereits 2016 hatte sich der Landesparteitag mit dieser Forderung beschäftigt, die Beratung jedoch
4 vorerst vertagt. Seitdem ist nichts passiert.

5 Die Gründe für eine Trennung von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat bleiben dabei aber
6 weiterhin bestehen und sollte spätestens zur kommenden Wahl umgesetzt werden.

7 „Das gleichzeitige Innehaben eines Senator*innenamtes und eines Abgeordnetenhausmandats ist
8 eine Durchbrechung des Grundsatzes der

9 Gewaltenteilung, für die es keine überzeugende Rechtfertigung gibt. Für eine Verzahnung der
10 Fraktions- und Regierungsarbeit bedarf es zwar eines regen Informationsaustausches zwischen
11 Senatsmitgliedern und Abgeordneten, keinesfalls aber einer Personalunion, die zudem die
12 Fraktionsarbeit schwächt.

13 Schon die zeitliche Belastung, die ein Senator*innenamt mit sich bringt, lässt keine ordnungsgemäße
14 Wahrnehmung eines daneben bestehenden Abgeordnetenmandates zu. Auch funktional ist von einem
15 Senatsmitglied durch eine daneben bestehende Abgeordnetentätigkeit typischerweise kein
16 wesentlicher Beitrag für Gesetzgebung oder Regierungskontrolle zu erwarten.

17 Ein gewichtiger Teil der Tätigkeit als Abgeordnete(r) findet überdies in den Ausschüssen statt.
18 Senatsmitglieder, die zugleich Abgeordnete sind, werden von der Fraktion aber regelmäßig in keinen
19 Ausschuss entsendet. Auch angesichts der geschrumpften Zahl von Fraktionsmitgliedern kann es sich
20 die SPD nicht leisten, Abgeordnete zu haben, die ihr Mandat gar nicht ausfüllen können und die zugleich
21 verhindern, dass potenzielle Nachrücker die Arbeit der Fraktion verstärken.“ (Antrag 82/III/2016)

Antragsteller*innen: Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

O6_1/26 Weil wir es eh besser können! Keine KI-Darstellungen mehr bei uns.

Kunst und politische Kommunikation hängen eng zusammen. Die Bilder, Darstellungen und Sticker, die wir verwenden, vermitteln nicht nur Inhalte, sondern auch unsere Werte. Die Art und Weise, wie politische Materialien gestaltet werden, ist daher auch Ausdruck des politischen Selbstverständnisses einer Partei.

Heute ist dabei der Einsatz von KI gang und gäbe. Klar ist aber: Große KI-Modelle benötigen nicht nur extreme Mengen an Energien, aber auch an Wasser und anderen Rohstoffe wie seltene Erden. Der Energieverbrauch durch auf KI zugeschnittene Rechenzentren wird bis 2030 elfmal höher sein als im Jahr 2023. Dieser steigende Energiebedarf verschärft die Klimakrise zusätzlich, insbesondere dort, wo Strom weiterhin aus fossilen Quellen stammt. Auch die benötigte Menge an Wasser soll bis 2030 verdreifachen im Vergleich zu 2023 und auf 664 Milliarden Liter ansteigen.

Gleichzeitig basiert die Entwicklung vieler KI-Systeme auf unsichtbarer menschlicher Arbeit. Für das Sortieren und Annotieren der Trainingsdaten arbeiten Menschen unter prekärsten Umständen.

Die dafür benötigten Datenmengen echter Kunstwerke werden häufig ohne das Wissen oder die Einwilligung betroffener Künstler*innen verwendet. Das bedeutet auch: Die Arbeit von Kreativschaffenden wird genutzt, ohne dass sie dafür kompensiert und oft auch nicht informiert werden oder dem nicht widersprechen können. Auf der Plattform X beispielsweise steht im Kleingedruckten der Einverständniserklärung, dass sämtliche Kunst, die auf der Plattform geteilt wird, zum Training für KI genutzt werden darf - selbst, wenn diese nicht von den Künstler*innen selbst sondern von Dritten geteilt wird. Für die Künstler*innen ist das Teilen und die Weiterverbreitung ihrer Kunst aber grundlegend und notwendig, sie sollten dadurch aber nicht ihre Rechte an ihrer Kunst verlieren. Diese Praxis ist eine Form konsequenzloser Ausbeutung durch die Monopolisten von Big Tech, gegenüber denen es den Künstler*innen oft nicht möglich ist, rechtlich vorzugehen. Wir müssen solidarisch an der Seite der Künstler*innen stehen.

Darüber hinaus fehlt KI-generierter Kunst das, was Kunst eigentlich ausmacht: der Bezug zu einer sozialen, politischen und kulturellen Realität. Kunst entsteht aus persönlichen Erfahrungen, Emotionen und gesellschaftlichen Kontexten - kurz gesagt, das Menschliche. All das kann eine Maschine nicht leisten. Wenn politische Botschaften verbreitet werden, sollten diese von Menschen gestaltet sein, die diese Welt leben und erleben, nicht von Maschinen, die versuchen, uns durch eine billige Imitierung des menschlichen, kreativen Schaffungsprozesses, uns an ein Gefühl zu erinnern. Denn eins bleibt ganz klar: Jeder Mensch macht es immer besser als eine Maschine.

Als sozialistischer Verband stehen wir für Solidarität, gute Arbeit und die Anerkennung von kreativer Arbeit. Das muss sich auch in unserem Handeln widerspiegeln. Statt auf KI-generierte Darstellungen zurückzugreifen, sollten wir gezielt die Arbeit von Künstler*innen unterstützen und in diesem Klassenkampf an ihrer Seite stehen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Künstler*innen fair entlohnt und sichtbar gemacht werden. Dafür müssen wir aber als erstes bei uns selbst anfangen.

Deswegen fordern wir:

- Den maßgeblichen Verzicht der Nutzung von KI-generierten Grafiken bei der Erstellung von Materialien der Jusos und der SPD (z. B. Sticker, Social-Media-Posts, Grafiken, Poster), zudem die kurzfristige Nutzung von Stockimage basierten Generatoren, welche Kunstschaffende durch Lizenzen für ihre Arbeit entlohnen und damit deren Urheberschaft achten, zu priorisieren.

- 41 • Die bewusste Unterstützung von Künstler*innen durch die Nutzung und Bezahlung menschlich
42 geschaffener Werke und Förderung von guter und fair bezahlter Kreativarbeit
- 43 • Eine klare politische Haltung gegen die Ausbeutung von Kreativschaffenden durch KI-Modelle
- 44 • Mittelfristig sollte auf die Entwicklung und Nutzung von opensource Bildgeneratoren die auf
45 „copyright-clean“-Datensätzen aufbauen und somit die kreative Arbeit von Künstlern
46 wertschätzen, hingearbeitet werden.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

O7_1/26 Was passiert mit unseren Anträgen, liebe Fraktion?

1 Wir fordern die Fraktion der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf, zu jedem Landesparteitag
2 einen kurzen schriftlichen Bericht über den Bearbeitungsstand der zu ihren überwiesenen Anträgen
3 einzureichen.

4 Dabei ist für jeden überwiesenen Antrag aufzuschlüsseln, ob und welcher Arbeitskreis sich mit ihm
5 befasst hat, ob es Hürden bei der Umsetzung rechtlicher oder tatsächlicher Art gibt und inwieweit
6 Kompromisse möglich sind. Soweit die Umsetzung der Landesparteitagsbeschlüsse möglich ist, ist ein
7 realistischer Zeitrahmen für eine parlamentarische Beteiligung (durch Gespräche mit anderen
8 Fraktionen oder durch Einbringen einer Drucksache) darzustellen.

Begründung:

9 Immer wieder verlaufen Anträge, die an die Fraktion im Abgeordnetenhaus überwiesen wurden, im
10 Sand, ohne dass die Antragsstellenden oder andere Genoss:innen einen Überblick darüber bekommen,
11 warum Beschlusslagen keine politische Wirklichkeit werden. Zuletzt zum Beispiel auch der Antrag
12 312/I/2025 vom Mai 2025, der ein Konzept für die Sicherheit bei Eisglätte auf Gehwegen vorlegte. Erst
13 eine große öffentliche Debatte, angestoßen von einer Anklage des Regierenden Bürgermeisters an das
14 Abgeordnetenhaus, hat die Fraktion dazu bewegt, sich nach acht Monaten inhaltlich mit dem Thema
15 auseinanderzusetzen. In dieser Zeit fanden bereits zwei weitere Landesparteitage statt, die weitere
16 Anträge an die Fraktion überwiesen und den Stapel unbearbeiteter Anträge noch weiter in die Höhe
17 schnellen ließen.

19 Dabei ist die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus unsere Tür, um die inhaltlichen Forderungen
20 unseres Landesverbandes umzusetzen! Ob durch ein Wahlprogramm oder Anträge innerhalb einer
21 laufenden Legislatur: Beides sind am Ende des Tages Anträge, sie sind beide Aufträge an die Fraktion
22 und es sind beides Willenserklärungen unserer Mitglieder.

Antragssteller*in: Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

O8_1/26 Keine Ausbeutung auf unsere Kosten – die Jusos Berlin werden vegan

1 Ernährung ist politisch. Wer etwas anderes behauptet, blendet die realen Macht-, Ausbeutungs- und
2 Zerstörungsverhältnisse aus, die unser derzeitiges Ernährungssystem prägen.

3 Die globale Fleisch- und Tierindustrie gehört zu den zerstörerischsten Wirtschaftszweigen unserer Zeit:
4 Sie ist verantwortlich für rund 14–15 % der weltweiten Treibhausgasemissionen und verursacht damit
5 mehr Emissionen als der gesamte globale Flugverkehr. Gleichzeitig werden über 75 % der weltweiten
6 Agrarflächen direkt oder indirekt für Tierhaltung genutzt, obwohl tierische Produkte weniger als 20 %
7 der globalen Kalorienversorgung liefern. Das ist kein Effizienzproblem, das ist systematische
8 Verschwendung.

9 Während weltweit Hunger herrscht, werden enorme Mengen Getreide und Soja an Tiere verfüttert,
10 um Fleisch für den globalen Norden zu produzieren. Allein in Südamerika werden jedes Jahr Millionen
11 Hektar Regenwald für Futtermittelanbau zerstört. Diese Flächen fehlen für Biodiversität, Klimaschutz
12 und lokale Ernährungssouveränität. Fleischkonsum im globalen Norden basiert damit unmittelbar auf
13 ökologischer Zerstörung, neokolonialen Abhängigkeitsverhältnissen und globaler Ungleichheit.

14 Hinzu kommt: Die industrielle Tierproduktion ist ohne massive Ausbeutung nicht denkbar. Schlechte
15 Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, prekäre Beschäftigung von migrantischen Arbeitskräften und
16 systematisches Tierleid sind keine Ausnahmen, sondern strukturelle Voraussetzungen dieses Systems.
17 Wer dieses System finanziert, stabilisiert es politisch, auch dann, wenn das über Buffetentscheidungen
18 auf Parteiveranstaltungen geschieht.

19 Demgegenüber ist die Faktenlage eindeutig: Eine überwiegend oder vollständig vegane Ernährung
20 verursacht bis zu 70 % weniger Treibhausgasemissionen, benötigt deutlich weniger Land und Wasser und
21 reduziert Umwelt- und Gesundheitskosten massiv. Wer ernsthaft Klimaschutz, globale Gerechtigkeit
22 und eine sozial-ökologische Transformation will, kommt an einer Abkehr von tierischen Produkten nicht
23 vorbei.

24 Als sozialistischer Jugendverband fordern wir genau diese Transformation. Doch Forderungen verlieren
25 ihre Glaubwürdigkeit, wenn wir gleichzeitig auf unseren eigenen Veranstaltungen ein System
26 finanzieren, das Klimakrise, Ausbeutung und Ungleichheit befeuert. Fleischkonsum ist keine private
27 Geschmacksfrage. Er ist eine politische Entscheidung, und eine, die unseren Grundwerten
28 widerspricht.

29 Der Juso-Bundeskongress hat bereits 2019 beschlossen, dass Veranstaltungen auf Bundesebene
30 ausschließlich vegetarische und vegane Angebote umfassen sollen. Das ist eine wichtige Grundlage und
31 muss in den Jusos Berlin lückenlos umgesetzt werden. Denn dieser Beschluss markiert einen wichtigen
32 politischen Konsens innerhalb unseres Verbandes: Öffentliche Juso-Veranstaltungen dürfen nicht
33 länger Teil eines klimaschädlichen und ausbeuterischen Systems sein.

34 Dieser Antrag setzt eine klare politische Linie: Niemandem wird vorgeschrieben, was privat gegessen
35 wird. Aber wir beenden die Finanzierung von Ausbeutung mit unseren gemeinsamen Mitteln.

Vegetarische Verpflegung ist dabei kein Ziel, sondern ein Mindeststandard. Veganismus ist die logische, notwendige Konsequenz aus den ökologischen, sozialen und ethischen Realitäten unserer Zeit.

Eine sozial-ökologische Ernährungswende darf allerdings keine kulturelle oder soziale Ausgrenzung reproduzieren. Die Jusos Berlin erkennen an, dass Diskurse an Veganismus und nachhaltige Ernährung oft von weißen, privilegierten Perspektiven („White Veganism“) geprägt sind, und so Macht- und Diskriminierungsverhältnisse fortschreiben können. Der Anspruch, als Verband die Ernährungswende zu vertreten, darf nicht auf Kosten (post)migrantischer, rassifizierter oder einkommensschwacher Communities durchgesetzt werden, deren Esskulturen durch Kolonialismus, Migration, Antisemitismus und Klassismus geprägt sind. Hierbei sind Esskulturen zum Teil des immateriellen Kulturerbes vieler Communities geworden. Die Jusos Berlin verpflichten sich, diese Vielstimmigkeit anzuerkennen und aktiv gegen White Veganism zu arbeiten. Wir lehnen jene Formen des Veganismus, die weiße Lebensrealitäten verabsolutieren, koloniale Kontinuitäten fortführen oder kulturelle Praktiken anderer marginalisieren, strikt ab. Antidiskriminierung bedeutet für uns auch, Räume für solidarische, vielfältige und Kontextbewusste Ernährungspraktiken zu schaffen. In der Umsetzung des Antrags sollen deshalb die AKs Antirassismus und Antisemitismusbekämpfung konkret einbezogen werden. Ziel ist ein inklusiver Veganismus, der globale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Antidiskriminierung gemeinsam denkt, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Deswegen fordern wir:

1. Keine Finanzierung von tierischen Produkten ab sofort

Auf allen Veranstaltungen der Jusos Berlin wird bei von Jusos gestellten Buffets ausschließlich vegane Verpflegung aus Juso-Mitteln finanziert, organisiert und bereitgestellt. Tierische Produkte werden nicht mehr über Haushaltsmittel, Umlagen oder Veranstaltungsbudgets getragen.

2. Eigener Konsum

Der eigene Konsum nicht veganer Produkte bleibt den jeweiligen Personen offen. Eine organisatorische, logistische oder finanzielle Unterstützung durch die Jusos Berlin erfolgt nicht.

3. Verbindlicher Umstieg auf vegane Verpflegung bis spätestens 2028

Die Jusos Berlin setzen sich das verbindliche Ziel, ihre Veranstaltungen bis spätestens 2028 vollständig vegan auszurichten. Vegetarische Angebote sind bis dahin der Mindeststandard, der zugunsten veganer Verpflegung weiterentwickelt wird. Für Allergiker*innen werden gegebenenfalls Ausnahmen gemacht.

4. Verpflichtende Reevaluation 2028

Zur Landesdelegiertenkonferenz 2028 erfolgt eine verbindliche Reevaluation der bisherigen Praxis. Ziel dieser Reevaluation ist ausdrücklich die vollständige Verstetigung rein veganer Verpflegung als politischer Standard der Jusos Berlin.

5. Verantwortung der veranstaltenden Gliederungen

Für die Umsetzung dieses Beschlusses sind die jeweils veranstaltenden Gliederungen verantwortlich. Das betrifft insbesondere die Kreise und Arbeitsgemeinschaften, die Planung, Organisation und Finanzierung von Veranstaltungen übernehmen. Sie stellen sicher, dass die bereitgestellte und finanzierte Verpflegung den beschlossenen Standards entspricht. Die Verantwortung für eine konsequente Umsetzung liegt damit dort, wo Veranstaltungen konkret stattfinden.

79 Als Klima- und Tierwohlbetriebene Partei fordern wir die SPD auf, offen darzulegen inwiefern
80 die parteifinanzierte Verpflegung Nachhaltigkeits- und Tierwohlkriterien entspricht, welche
81 Schritte unternommen wurden um die Verpflegung nachhaltig und Tierwohlorientiert zu
82 gestalten, sowie gegebenenfalls in Form eines Rechenschaftsberichtes zu rechtfertig wieso
83 Klimakrise und Tierleid durch Parteimittel mittfinanziert werden. Gleichzeitig fördern die
84 Jusos Berlin den Landesparteitag der SPD Berlin auf, diesen Antrag inhaltlich zu übernehmen,
85 und sich das Ziel zu setzen, durch Parteigelder finanzierte Verpflegung zukünftig vegetarisch zu
86 gestalten, sowie bis 2028 überwiegend mit rein pflanzlichen Produkten.
87

Antragsbereich U: Umwelt-, Klima- und Naturschutz

Antragsteller*innen: Arbeitskreis Klima und Umwelt der Jusos Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

U1_1/26 Klima gehört in den Lehrplan. Klimabildung jetzt!

Die Bewältigung der Klimakrise erfordert langfristige gesellschaftliche Transformationsprozesse. Bildung übernimmt hierbei eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten. Schulen und Ausbildungsstätten sind entscheidende Orte, an denen Grundlagen für nachhaltiges Handeln sowie demokratische und gesellschaftliche Teilhabe gelegt werden.

Derzeit ist die Verankerung von Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen in der Berliner Bildungslandschaft uneinheitlich. Umfang, Tiefe und Qualität der Vermittlung unterscheiden sich erheblich zwischen Schulformen, Bezirken und einzelnen Bildungseinrichtungen. Diese Unterschiede führen zu ungleichen Bildungschancen und erschweren eine systematische Kompetenzentwicklung. Eine verbindliche und priorisierte Verankerung von Klimabildung in den Lehrplänen ist daher erforderlich. Klimabildung ist dabei als umfassende Bildungsaufgabe zu verstehen, die fachübergreifend angelegt ist und ökologische, ökonomische sowie soziale Dimensionen integriert, wobei intersektionale Perspektiven und Fragen der Klimagerechtigkeit zwingend zu berücksichtigen sind. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist die Qualifizierung des pädagogischen Personals von zentraler Bedeutung. Lehrkräfte benötigen fachliche, didaktische und methodische Kompetenzen, um Klima- und Nachhaltigkeitsthemen altersgerecht, sachlich fundiert und praxisnah vermitteln zu können. Bislang bestehen jedoch deutliche Unterschiede im Zugang zu Fortbildungsangeboten, insbesondere zwischen öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. Darüber hinaus bedarf es struktureller Unterstützung für Schulen, um Klimabildung auch praktisch umzusetzen. Förderprogramme für schulische Klima- und Umweltprojekte müssen verlässlich, dauerhaft und für alle Schulformen zugänglich ausgestaltet sein.

Wir fordern:

Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen sind verbindlich in den Rahmenlehrplänen aller Berliner Schulformen zu verankern.

- Bestehende curriculare Vorgaben sind entsprechend zu überprüfen und weiterzuentwickeln.“ und ersetze durch „Bestehende Vorgaben in den Lehrplänen sind entsprechend zu überprüfen, weiterzuentwickeln und zu priorisieren

Stärkung der Klimabildung in der beruflichen Bildung

- Klimabildung ist verbindlich in die Rahmenlehrpläne der beruflichen Schulen zu integrieren.
- Das Land Berlin soll vorhandene landespolitische Spielräume nutzen, um Nachhaltigkeitskompetenzen in der dualen Ausbildung zu stärken.
- Auf Bundesebene ist auf eine Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen hinzuwirken.

Verbindliche und zugängliche Lehrkräftefortbildung

- Es sind flächendeckende Fort- und Weiterbildungsangebote zu Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen für Lehrkräfte zu schaffen.
- Die Fortbildungsangebote müssen allen Lehrkräften offenstehen, ausdrücklich auch Lehrkräften an Schulen in freier Trägerschaft.
- Die Fortbildungen sollen sowohl fachliche als auch didaktisch-methodische Kompetenzen vermitteln, regelmäßig aktualisiert werden und die Lehrkräfte befähigen, die Auswirkungen der Klimakrise intersektional zu vermitteln.

Strukturelle Förderung schulischer Klima- und Umweltprojekte

- Es sind dauerhafte Förderprogramme für Klima- und Umweltprojekte an Schulen einzurichten bzw. auszubauen.
- Die Förderfähigkeit ist auf alle staatlichen Schulformen und gemeinnützigen Trägerschaften auszuweiten.
Antrags- und Bewilligungsverfahren sind niedrigschwellig zu gestalten.
- Schulen sind durch geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote bei der Umsetzung zu begleiten.

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen

U3_1/26 Gar nicht so mausig: Bekämpfung der Ausbreitung der invasiven Mäusegerste in Berlin

1 In den letzten Jahren prägte die sommerlichen Berliner Grünflächen insbesondere ein Anblick: Die
2 rasante Ausbreitung der Mäusegerste. Was so niedlich klingt, ist alles andere als mausig..

3 Bei der Mäusegerste handelt es sich um eine invasive Getreideart, die ursprünglich aus dem
4 Mittelmeerraum kommt, sich aber im trockenen Stadtklima Berlins besonders wohl fühlt. Es liegt
5 deshalb nahe, dass sich die Pflanze aufgrund der Klimakrise zukünftig noch mehr in Berlin ausbreitet
6 und ihr Vorkommen eine Anpassungsstrategie im Biodiversitätsmanagement erfordert.

7 Das Problem an der massiven Ausbreitung der Mäusegerste: Die Verdrängung unserer heimischen
8 Pflanzenarten. Die Mäusegerste siedelt sich in Berlin insbesondere nach dem ersten Rückschnitt durch
9 die Grünflächenämter der Bezirke im Mai an. Alle vorher angesiedelten Pflanzen werden gemäht und
10 was bleibt, ist der perfekte Ansiedelungsraum für invasive Getreidearten.

11 Die logische Konsequenz dessen wäre ein konsequentes Mähen dieser invasiven Arten, die die
12 Besiedelung heimischer, ökologisch wertvoller Pflanzenarten verhindern.

13 Was so logisch erscheint, passiert jedoch leider nicht. Die Mäusegerste kann sich wundervoll
14 ausbreiten, da die Berliner Bezirksämter nicht eingreifen - und somit stetig heimische Pflanzenarten
15 verdrängen. Es erfolgt kein strukturelles Mähen und Entsorgen des Rückschnitts, was jedoch bitter
16 nötig wäre. Stattdessen nimmt die Mäusegerste unseren heimischen Gräsern und Blühpflanzen den
17 Raum - und somit auch vielen Insektenarten und Bienen, die für ihr Überleben auf pollenproduzierende
18 Pflanzenarten angewiesen sind. Insbesondere in Zeiten des Klimawandels und Artensterbens spitzt dies
19 die Situation in unserer Stadt weiter zu.

20 Doch die Mäusegerste ist nicht nur eine Gefahr für die heimische Flora, auch Mensch und Tier kann sie
21 ernsthaft verletzen.

22 Insbesondere Hundebesitzer*innen werden die Problematik rund um die Grannen des Getreides
23 kennen. Bei den Grannen oder Ähren der Pflanze handelt es sich um spitze Samenfortsätze der
24 Getreidepflanzen, die mit starren, messerscharfen Widerhaken ausgestattet sind. Diese Grannen lösen
25 sich bei Berührung von der Pflanze und setzen sich insbesondere im Hundefell fest, könnten jedoch
26 auch in Pfoten eingetreten oder eingeatmet werden.

27 Das Problem daran ist, dass diese Grannen sich aufgrund ihrer Widerhaken nur in eine Richtung
28 bewegen - ein Abschütteln ist fast unmöglich. Somit bohren sie sich immer weiter in die Haut,
29 Gehörgänge, Pfoten oder Atemwege. Die Folge: Bindehautentzündung, Verletzung des Trommelfells,
30 Schwellungen, und insbesondere, wenn die Granne lange unbemerkt bleiben, sind Operationen unter
31 Narkose notwendig. Berliner Tierarztpraxen berichten die letzten Jahre von einer zunehmenden
32 Häufigkeit an behandelten, schwerwiegenden Fällen von verletzten Hunden, einfach, da ein
33 Rückschnitt durch die Berliner Grünflächenämter viel zu selten oder gar nicht erfolgt. Denn auch an
34 Gehwegen, Kreuzungen und Hauseingängen siedelt sich diese invasive Pflanzenart zunehmend an.

Auch vulnerable Gruppen wie Kinder oder Allergiker*innen sind diesem Risiko ausgesetzt, denn auch der Kontakt mit menschlicher Haut kann Irritationen und Entzündungen hervorrufen. Insbesondere durch eine Gräserpollenallergie vorbelastete Personen sind gefährdet.

Das wichtigste jedoch ist: Die Gefahr für Mensch und Tier sowie Belastung für unser Ökosystem wäre vermeidbar!

Daher fordern wir:

- Endlich ein aktives, bedarfsorientiertes Eingreifen durch die Grünflächenämter der Bezirksämter“ durch „Auskömmliche personelle, finanzielle und materielle Ausstattung der Grünflächenämter, um ein bedarfsorientiertes Eingreifen zu ermöglichen.
- Die Entwicklung und Einführung eines berlinweiten Monitoring- und Kartierungssystems, das die Ausbreitung invasiver Pflanzenarten, wie der Mäusegerste dokumentiert. Eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne zur Ausbreitung und Bekämpfung der Mäusegerste und weiterer invasiven Pflanzenarten. Diese Kampagne soll sich an Kleingärtnerinnen, Landwirtinnen, Eigentümer*innen sowie Hausverwaltungen richten und praxisnahe Leitlinien zur sachgerechten Entfernung und Prävention beinhalten.
- Ab Mai jeden Jahres ein regelmäßiges, intensives Mähen der Getreidearten wie Gerste und Hafer im öffentlichen Straßenland Berlins und auf Grünflächen sowie die sofortige Entsorgung des Schnittguts zur Vorbeugung von Verletzungen bei Mensch und Tier verstärkte Zusammenarbeit der Bezirksämter mit den angrenzenden Brandenburger Landkreisen und Städten, um eine koordinierte und wirksame Bekämpfung der Mäusegerste, etwa durch abgestimmte Maßnahmen, gemeinsame Erfassung- und Informationsstrukturen und einheitliche Entsorgungsleitung, insbesondere in den Randbezirken sicherzustellen.
- Das Ziel ist die Wiederansiedlung ökologisch wertvoller Pflanzen, insbesondere pollenproduzierende Arten und somit eine gefahrenfreie Nutzung der Berliner Grünflächen für Mensch und Tier.

Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

V2_1/26 Mobilität neu ordnen, weg vom Autoverkehr, hin zu Öffentlicher Mobilität

1 Berlin braucht eine konsequente soziale und ökologische Mobilitätswende. Der motorisierte
2 Individualverkehr dominiert den öffentlichen Raum, verursacht Lärm, Abgase, Unfälle und hohe
3 volkswirtschaftliche Kosten während viele Berliner*innen gar kein eigenes Auto besitzen. Besonders
4 Menschen mit geringem Einkommen leben häufig an stark befahrenen Straßen und tragen die
5 gesundheitlichen Folgen dieser Politik, ohne von ihr zu profitieren.

6 Angesichts der Klimakrise ist klar: Eine bloße Antriebswende reicht nicht aus. Auch Elektroautos
7 beanspruchen Fläche, verursachen Unfälle und Feinstaub. Die zentrale Frage ist nicht, welches Auto
8 fährt, sondern wie viel Autoverkehr unsere Stadt verträgt. Eine gerechte Mobilitätspolitik muss deshalb
9 vor allem den motorisierten Individualverkehr und den knappen Stadtraum neu verteilen.

10 Vor diesem Hintergrund gründete sich eine Initiative, welche die Mobilitätspolitik in Berlin deutlich
11 anders gestalten will. Dabei setzt der anvisierte Gesetzesentwurf auf einen ermöglichenden Ansatz.
12 Das heißt, dass dieser lediglich alle Straßen des Landes Berlin innerhalb des S-Bahn Ringes zu einer
13 autoberuhigten Zone umwandeln möchte. Hierdurch dürfen Kraftfahrzeuge lediglich ausnahmsweise
14 innerhalb dieser Zone fahren. Dabei gilt grundsätzlich, dass jeder Mensch, welcher auf die Nutzung des
15 Autos nachweislich angewiesen ist, weiterhin innerhalb des Rings fahren kann. Ähnliches gilt
16 beispielsweise für den ÖPNV oder Rettungsdienste. Alle anderen Menschen sollen sich an insgesamt
17 12 Tagen pro Jahr unbürokratisch eine Erlaubnis geben lassen können, um sich mit einem Auto
18 innerhalb des Ringes bewegen zu können. Reguliert soll dies über empfindliche Sanktionen im Falle der
19 Missachtung dieser Regelungen werden. Für die Umsetzung gilt eine Übergangsphase von vier Jahren.
20 Alle weiteren Fragen müssen politisch gestaltet werden.

21 Voraussetzung für diesen Umbau ist ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr als Rückgrat
22 der Mobilitätswende. Der ÖPNV muss ausgebaut, zuverlässiger und attraktiver werden, sowohl in der
23 Innenstadt als auch in den Außenbezirken. Kurzfristig braucht es zusätzliche Busangebote und
24 Taktverdichtungen, mittelfristig den Ausbau von Tram- und Schienenverbindungen. Nur so kann der
25 Umstieg vom Auto gelingen, ohne Mobilität einzuschränken. Dabei muss darauf geachtet werden auch
26 die Bezirke und Räume außerhalb des S-Bahn Rings nicht allein zu lassen. Auch hier muss ein neues
27 Konzept greifen, welches auf Menschen- und nicht Autofreundlichkeit setzt.

28 Ergänzend zum ÖPNV braucht es niedrigschwellige, flexible Angebote für kurze Wege. Hier spielen
29 beispielsweise Leihfahrräder eine wichtige Rolle. Sie schließen Lücken im Verkehrsnetz, ermöglichen
30 spontane Fahrten und sind besonders für Menschen ohne eigenes Auto oder Fahrrad relevant. Umso
31 problematischer ist es, dass der Berliner Senat aktuell kein öffentlich unterstütztes Leihfahrradsystem
32 mehr ausschreiben will. Dabei ist wichtig, dass wir als barrierefreie Stadt uns für barrierefreie Fuß- und
33 Gehwege einsetzen müssen. Dazu gehört bei Leihfahrräder Systemen auch, dass diese nicht auf
34 Gehwegen abgestellt werden, sondern in gekennzeichneten Parkbereichen. Hierfür ist die Schaffung

von mehr Parkbereichen erforderlich und ein konsequentes Verbot von Parken auf Geh- und Fußwegen unerlässlich.

Ein rein privatwirtschaftlicher Betrieb führt absehbar zu höheren Preisen und einem Rückzug aus weniger profitablen Bezirken (meist den Außenbezirken) und damit zu einer sozialen Spaltung der Mobilitätsangebote.

Eine Mobilitätswende, die den Autoverkehr reduziert, ohne öffentliche Alternativen abzusichern, ist zum Scheitern verurteilt. Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht allein Marktlogiken überlassen werden, um die Bezahlbarkeit für alle Menschen sicherzustellen. Daher unterstützen wir die Initiative zum Verkehrsentscheid ausdrücklich. Hierzu zählt unter anderem die Unterstützung beim Sammeln der nötigen Unterschriften sowie das Agieren als Bündnispartner der Initiative. Denn die Berliner Sozialdemokratie ist bereit, die Berliner Mobilitätswende, ähnlich wie andere Metropolen Europas es bereits tun, aktiv zu gestalten. Die Zukunft ist jetzt, also lasst sie uns gemeinsam gestalten für eine sichere, klimaverträgliche und saubere Mobilität in unserer Stadt!

Deshalb fordern wir:

- Die Unterstützung der Initiative Berlin Autofrei und langfristig die Abkehr vom motorisierten Individualverkehr
- Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die SPD-Mitglieder des Berliner Senats auf den Gesetzesentwurf in das Abgeordnetenhaus einzubringen und umzusetzen mit einem Mindestregelungsgehalt eines kostenlosen Leihfahrradsystems für alle Personen, die sich in Berlin aufhalten und einer Mindestbereitstellung von ausreichenden Mitteln für den Ausbau des öffentlichen Berliner Verkehrsnetzes
- Den Ausbau des ÖPNV und des Fahrradverkehrs
- Die Sicherung eines öffentlich unterstützten Leihfahrradsystems in allen Berliner Bezirken

Antragssteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

V3_1/26 Geschäfte auch auf Reisen kostenlos verrichten - kostenlose Toiletten an Bahnhöfen

1 Jeder Mensch muss jederzeit Zugang zu sanitären Anlagen haben, unabhängig von Einkommen,
2 Aufenthaltsort oder Reisesituation. Der Toilettengang ist kein Luxus, sondern ein grundlegendes
3 menschliches Bedürfnis und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

4 Während in den Zügen der Deutschen Bahn Toiletten grundsätzlich kostenlos zur Verfügung stehen,
5 zeigt sich an den Bahnhöfen ein anderes Bild, da an vielen Bahnhöfen die Nutzung von Toiletten nur
6 gegen Bezahlung möglich ist. Derzeit gibt es an 327 Bahnhöfen sanitäre Anlagen, davon werden 153
7 von Dritten betrieben. In den übrigen Fällen ist die DB-Tochter InfraGO AG verantwortlich. Bei allen von
8 ihren insgesamt 174 Anlagen fallen laut Angaben der Deutschen Bahn Nutzungsgebühren an, über die
9 anderen Anlagen kann sie keine Auskunft geben.

10 Diese „Nutzungsgebühren“ treffen besonders Menschen mit geringem Einkommen. Gerade Bahnhöfe
11 sind zentrale öffentliche Orte, an denen sich täglich hunderttausende Menschen aufhalten, auch
12 solche, die nicht reisen, sondern dort z.B. arbeiten oder Schutz suchen. Wer kein Geld für den
13 Toilettengang hat, wird faktisch aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen.

14 Gleichzeitig steigen die Ticketpreise im Schienenverkehr kontinuierlich, während das
15 Bahnmanagement nach wie vor hohe Bonuszahlungen erhält. Es ist nicht hinnehmbar, dass Fahrgäste
16 und Nutzer*innen der Bahnhöfe doppelt zur Kasse gebeten werden, erst durch steigende Preise und
17 dann auch noch für die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse.

18 Eine sozial gerechte und solidarische Verkehrspolitik muss den Zugang zu sanitären Anlagen als Teil der
19 öffentlichen Infrastruktur begreifen. Kostenlose Toiletten an Bahnhöfen sind ein Beitrag zu sozialer
20 Teilhabe, zur öffentlichen Gesundheit und zur Attraktivität des Bahnverkehrs insgesamt.

Wir fordern daher:

- 22 • Die kostenlose Bereitstellung und Nutzung von sanitären Anlagen an allen Bahnhöfen,
23 unabhängig davon, ob diese durch die Deutsche Bahn oder durch Drittanbieter betrieben
24 werden
- 25 • Dass die Kosten für Betrieb, Reinigung und Instandhaltung von sanitären Anlagen an allen
26 Bahnhöfen vollständig durch die Betreiber*innen bzw. die öffentliche Hand getragen werden
- 27 • Ein generelles Verbot von Nutzungsgebühren für öffentliche sanitäre Anlagen
- 28 • Einen barrierefreien, sauberen und sicheren Zugang zu Toiletten für alle Menschen

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

V4_1/26 Mobilität für alle – auch bei Eisglätte

Wir fordern:

- Die Schaffung von zusammenhängenden "Winterdienstkiezen", die zentral vom Land Berlin vergeben, jedoch weiterhin von den Anlieger*innen gezahlt werden.
- einen durchsetzbaren Anspruch gegenüber dem Land Berlin auf die Räumung öffentlicher Geh- und Radwege, einschließlich einer wirksamen Durchsetzung dieses Anspruchs;
- dass der Winterdienst auf Gehwegen aller Straßenreinigungsklassen in einer Mindestbreite von 1,5 m oder – sofern geringer – in der Gesamtbreite des Gehwegs erfolgt; weitergehende Räumungspflichten aus dem Gesetz bleiben unberührt;
- dass der Winterdienst Radwege ebenso wie Straßen und Gehwege regelhaft beräumt;
- dass der Winterdienst bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr erfolgt; in Nebenstraßen sind Verzögerungen in vertretbarem Maß zulässig;
- die Prüfung umweltfreundlicher, salzfreier Auftaumittel;
- die Ausstattung der Berliner Stadtreinigung (BSR) mit ausreichenden Personalstellen und Geldmitteln, zweckgebunden für die Aufgabenerfüllung;
- eine Anlaufstelle/Hotline, über die nicht geräumte Wege schnell und unkompliziert gemeldet werden können;
- eine entsprechende Verpflichtung für Privatwege, um Sicherheitslücken zu schließen;
- dass die rechtliche Ausgestaltung gemeinsam mit Behindertenvertretungen und dem Landesseniorenbeirat Berlin erarbeitet wird, damit Barrierefreiheit und Sicherheit konsequent mitgedacht werden;
- Die Wiedereinsetzung von Glycerinwagen
- Aufstockung von Turmwagen

Begründung:

Der Winterdienst auf Gehwegen in Berlin ist derzeit überwiegend Aufgabe der Anlieger*innen. In der Praxis führt dieses Modell regelmäßig zu unzureichend geräumten oder verspätet behandelten Gehwegen. Die Qualität der Räumung ist uneinheitlich, Zuständigkeiten sind oft unklar und die Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen ist nicht verlässlich gewährleistet. Für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Eltern mit Kinderwagen sowie alle, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, wird Eisglätte dadurch schnell zur echten Barriere. Dies betrifft insbesondere FINTA-Personen, junge Menschen, sowie Personen mit geringen Einkommen. Diese Gruppen nutzen deutlich häufiger den ÖPNV, das Fahrrad oder bewegen sich zu Fuß fort. Dementsprechend sind gut geräumte Fuß- und Radwege ein wichtiger Beitrag zu einer feministischen und klassenbewussten Mobilitätspolitik.

Eine Reform des bestehenden Systems sollte auf eine zentrale und professionelle Organisation des Winterdienstes abzielen. Vorgeschlagen wird eine gebietsweise Vergabe der Winterdienstleistungen: Straßen oder ganze Kieze werden zentral ausgeschrieben und jeweils einem Dienstleister verbindlich

zugeordnet. Die BSR übernimmt ergänzend Aufgaben in Bereichen, die nicht privat vergeben werden oder in denen eine öffentliche Durchführung sinnvoll ist. So entstehen klare Zuständigkeiten und eine flächendeckende Umsetzung.

Die Finanzierung kann an bestehende Strukturen anknüpfen: Für die Reinigung der Fahrbahn vor dem Grundstück existieren bereits Beiträge. Dieses Prinzip kann auf Gehwege ausgeweitet werden. Anstelle individueller Verpflichtungen der Anlieger*innen erfolgt die Finanzierung über einen einheitlichen Beitrag, der die Kosten eines professionellen Winterdienstes abdeckt. Für viele Grundstückseigentümer*innen wäre dieses Modell günstiger als individuelle Beauftragungen oder Eigenleistungen – und vor allem verlässlicher.

Ein zentral organisierter Winterdienst ermöglicht zudem eine effizientere und umweltverträglichere Durchführung. Einsatzplanung, Routenführung und Materialverbrauch können koordiniert werden. Dadurch werden unnötige Fahrten vermieden und Streumittel gezielter eingesetzt. Gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Räumung und Glättebekämpfung rechtzeitig erfolgen.

Geh- und Radwege sind wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Ihre sichere Nutzung darf nicht von der individuellen Leistungsfähigkeit oder Organisation einzelner Anlieger*innen abhängen. Eine zentrale Organisation des Winterdienstes erhöht die Verkehrssicherheit, entlastet Bürger*innen und sorgt für eine gleichmäßigere Qualität im gesamten Stadtgebiet. Dafür sind Anpassungen der rechtlichen Grundlagen erforderlich, insbesondere im Berliner Straßenreinigungsgesetz, mit dem Ziel, den Winterdienst auf Gehwegen schrittweise in eine zentral organisierte Struktur zu überführen.

Antragsteller*innen: Jusos Treptow-Köpenick, Jusos Friedrichshain-Kreuzberg, Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf, Jusos Neukölln, Arbeitskreis Internationales

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Ini1_1/26 Solidarität mit der iranischen Bevölkerung!

1 Die Islamische Republik Iran steht seit Jahrzehnten für systematische Unterdrückung, politische
2 Verfolgung und staatlich organisierte Gewalt. Oppositionelle wurden inhaftiert, gefoltert und
3 hingerichtet. FINTA und queere Menschen werden systematisch entrechtet, Proteste gewaltsam
4 niedergeschlagen und die Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt. Dieses System beruht auf
5 Repression nach innen und Machtprojektion nach außen.

6 Die aktuellen Entwicklungen markieren eine Zäsur. Viele Menschen im Iran und in der Diaspora
7 empfinden Erleichterung. Nach Jahrzehnten der Angst und Gewalt entsteht sichtbar ein Moment der
8 Schwächung des Machtzentrums. Dieses Gefühl ist politisch nachvollziehbar und Ausdruck eines tiefen
9 Bedürfnisses nach Freiheit und Gerechtigkeit.

10 Gleichzeitig verurteilen wir den Völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israel auf den Iran
11 entschieden. Statt militärischer Gewalt braucht es jetzt sofortige diplomatische Bemühungen, um die
12 weitere Eskalation im Nahen Osten zu verhindern und ziviles Leid zu stoppen. Die Lage im Iran ist zudem
13 weiterhin sehr gefährlich. Die Machtstrukturen des Regimes bestehen fort. Sicherheitsapparate,
14 Revolutionsgarden und Justizsystem sind weiterhin handlungsfähig. Noch dazu existiert weiterhin eine
15 Minderheit, die das institutionelle verankerte und hoch ideologische System weiterhin trägt. Ohne
16 klare Perspektive drohen Machtkämpfe, Instabilität oder eine autoritäre Reorganisation. Die iranische
17 Zivilbevölkerung darf nicht zwischen Repression und Chaos zerrieben werden. Das iranische Regime
18 geht seit Jahrzehnten systematisch gegen grundlegende Menschenrechte vor. Durch Verfolgung,
19 Massaker, Folter und andere schwere Verbrechen an der eigenen Bevölkerung verletzt es fortwährend
20 das Völkerrecht, insbesondere Artikel 7 des Römischen Status des JSTGH, der Verbrechen gegen die
21 Menschlichkeit definiert.

22 Berichten von Amnesty International zufolge verdichten sich zudem die Hinweise, dass iranische
23 Behörden bewaffnete Konflikte gezielt nutzen, um Dissident*innen sowie inhaftierte Teilnehmer*innen
24 von Protestbewegungen noch stärker zu verfolgen und zu drangsalierten.

25 Wir verurteilen dieses Vorgehen mit aller Schärfe.

26 Für uns ist klar: Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung, nicht dem Regime. Demokratischer Wandel ist
27 notwendig. Er darf jedoch nicht in unkontrollierte Destabilisierung münden. Ziel muss ein politischer
28 Übergang sein, der Menschenrechte garantiert, institutionelle Stabilität schafft und neue Gewaltzyklen
29 verhindert.

30 Wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft im Iran – nicht an der Seite militärischer Eskalation,
31 geopolitischer Machtspiele und rechtsextremer Regierungen. Die USA und Israel führen einen „war of
32 choice“, bei dem nicht auf eine akute Bedrohung reagiert, sondern ein ideologischer und militärischer
33 Widersacher ausgeschaltet werden soll. Damit treffen sie nicht nur das Regime, sondern vor allem die

Zivilbevölkerung. Ein Ende der autoritären Herrschaft darf nicht in einem unkontrollierten Zusammenbruch staatlicher Strukturen münden, der Chaos, Bürgerkrieg oder neue autoritäre Kräfte hervorbringt.

Deutschland und die Europäische Union tragen Verantwortung, diesen Prozess politisch zu begleiten. Menschenrechte müssen handlungsleitend sein, ohne dabei regionale Stabilität aus dem Blick zu verlieren.

Wir fordern daher:

- dass die SPD sich auf Bundes- und Europaebene für eine kohärente Iran-Strategie einsetzt, die die iranische Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt stellt und demokratische Transformationsprozesse aktiv unterstützt.
- dass Repressionsapparate sowie verantwortliche Funktionsträger des Regimes weiterhin konsequent und gezielt sanktioniert werden müssen.
- dass humanitäre Schutzprogramme auszubauen, Aufnahmeverfahren für politisch Verfolgte zu beschleunigen und Visaerleichterungen für gefährdete Aktivist*innen zu schaffen sind.
- dass unabhängige Medien, demokratische Netzwerke und digitale Kommunikationsmöglichkeiten gezielt zu fördern sind, um zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken. (z.B. über die Bereitstellung kostenloser VPNs oder Kommunikationsapps in großem Stil, über die demokratischer zivilgesellschaftlicher Aktivismus sich außerhalb der Kontrolle des Regimes wirksam vernetzen kann.)
- dass außenpolitisches Handeln darauf ausgerichtet sein muss, einen demokratischen Übergang zu ermöglichen, ohne ein Machtvakuum oder neue Gewaltspiralen zu fördern.
- dass ein sofortiger Waffenstillstand von allen Seiten erwirkt wird.
- sowie diplomatische Initiativen für eine langfristige Deeskalation und die Demokratisierung des Iran.

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg, Jusos Neukölln, Juso-AK Netzpolitik

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Ini2_1/26 Keine Social Media Bans für Minderjährige: Jugend schützen, Big Tech regulieren

59 Die Debatte über soziale Medien und Jugendschutz hat in den letzten Wochen neue Dynamik
60 gewonnen. Mit ihrem Positionspapier hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Diskussion über strengere
61 Regeln für Social-Media-Plattformen angestoßen. Dass die SPD sich stärker mit den Gefahren digitaler
62 Plattformen beschäftigt, ist richtig und notwendig. Plattformen prägen heute politische
63 Meinungsbildung, gesellschaftliche Debatten und den Alltag von Millionen Menschen – insbesondere
64 von Kindern und Jugendlichen.

65 Gleichzeitig kritisieren wir deutlich, dass diese Debatte innerhalb der Partei geführt wird, ohne junge
66 Menschen und ihre politische Vertretung systematisch einzubeziehen. Gerade wenn es um die
67 Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen geht, ist es ein politischer Fehler, diese nicht frühzeitig
68 in solche Diskussionen einzubinden. Wer über junge Menschen entscheidet, muss auch mit ihnen
69 sprechen.

70 Richtig ist: Soziale Medien sind längst Teil der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen. Sie sind
71 Orte sozialer Beziehungen, kulturellen Austauschs, politischer Information und gesellschaftlicher
72 Beteiligung. Für viele junge Menschen sind Plattformen ein erster Zugang zu politischen Debatten und
73 demokratischer Meinungsbildung.

74 Gleichzeitig sind die Risiken sozialer Medien real. Plattformen verstärken Polarisierung, begünstigen die
75 Verbreitung von Desinformation und setzen gezielt auf Mechanismen, die möglichst lange
76 Aufmerksamkeit erzeugen. Viele junge Menschen berichten selbst von Druck, Stress und
77 Überforderung im Umgang mit sozialen Medien.

78 Diese Probleme sind jedoch kein Zufall, sondern aufgrund der kapitalistischen Verwertungsmodelle
79 genauso gewollt. Big Tech Konzerne wie Meta, TikTok oder X verdienen ihr Geld damit, möglichst viel
80 Aufmerksamkeit zu binden, möglichst viele Daten zu sammeln, um so möglichst präzise Werbepprofile
81 zu erstellen und diese entsprechend zu verkaufen. Polarisierende und emotionale Inhalte und endlose
82 Feeds sind zentrale Bestandteile eines Systems, das auf maximale Bildschirmzeit und Werbeeinnahmen
83 ausgerichtet ist.

Die Kontrolle über digitale Öffentlichkeiten liegt dabei in den Händen weniger globaler Tech-Konzerne. Diese Unternehmen fungieren faktisch als private Gatekeeper der digitalen Öffentlichkeit und verfügen über enorme Macht darüber, welche Inhalte sichtbar werden und welche nicht. Diese monopolartige Machtkonzentration steht im Widerspruch zu demokratischen Prinzipien.

Kapitalistische Plattformen sind das Problem, nicht junge Menschen

Ein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjährige, wie es derzeit diskutiert wird, löst dieses Problem allerdings nicht.

Ein solches Verbot würde junge Menschen aus wichtigen digitalen Kommunikationsräumen ausschließen, ohne die strukturellen Ursachen der Probleme zu beseitigen. Gleichzeitig sind pauschale Verbote in der Praxis kaum wirksam durchsetzbar. Jugendliche verfügen über hohe digitale Kompetenzen und werden technische Zugangsbeschränkungen häufig umgehen können, beispielsweise durch die Nutzung von VPNs, die den tatsächlichen Standort eines Gerätes verschleiern können

Auch verpflichtende Altersverifikationssysteme werfen erhebliche Fragen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung auf. Sie schaffen neue Infrastrukturen zur Datensammlung und stärken damit ausgerechnet jene Plattformen, deren Macht wir eigentlich begrenzen wollen. Die Vorschläge, wie sie aktuell von der SPD-Fraktion gemacht werden, wären damit auch faktisch das Ende der Anonymität im Internet. Das lehnen wir entschieden ab.

Wenn wir Kinder und Jugendliche wirksam schützen wollen, müssen wir dort ansetzen, wo die Probleme entstehen: bei den Geschäftsmodellen von Big Tech. Statt junge Menschen aus digitalen Räumen auszuschließen, müssen diese Räume demokratischer, transparenter und sicherer gestaltet werden. Gleichzeitig muss reflektiert werden, dass nicht nur junge Menschen oft einen problematischen Umgang mit Social-Media-Plattformen aufweisen, sondern auch Erwachsene. Die dringend notwendige Regulierung von Social-Media-Plattformen statt paternalistischer Verbote würden daher allen zugute kommen.

Zu diesen Geschäftsmodellen gehören vor allem in den letzten Jahren erhebliche Kürzungen und Stellenabbau im Bereich der Inhaltsmoderation, inklusive durch Auslagerung ins Ausland und Einsatz von KI-gestützter Moderation. Sogenannte Ghost Worker*innen im digitalen Raum sind unerlässlich, um Standards aufrechtzuerhalten, Nutzer*innen zu schützen und die Konfrontation mit schädlichen Inhalten zu vermeiden. Diese Arbeit ist psychologisch extrem belastend, und viele erhalten keine ausreichende Vor- und Nachsorge. Doch Aber diese Arbeitnehmer*innen durch KI zu ersetzen, ist eine

falsche Lösung. Selbstentfaltung und marginalisierte Stimmen im digitalen Raum kommen ohne menschliche Moderatoren, die kulturelle Signale und Sensibilitäten verstehen, zu kurz. Betroffene Arbeitnehmer*innen schlagen Alarm, dass u.a. queere und muslimische Inhalte durch automatische Filter blockiert oder als extremistisch eingestuft wurden.

Als Partei haben wir in der Vergangenheit mehrfach Beschlusslagen gefasst, die die Wichtigkeit der Anonymität im Internet betonen sowie mehr Regulierung und keine Verbote gefordert haben. Wir fordern die Verantwortungsträger*innen unserer Partei daher auf, nach diesen Maximen zu handeln.

Durch den europäischen Digital Services Act existieren auch bereits wichtige Instrumente zur Regulierung großer Plattformen. Entscheidend ist nun, diese Regeln konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig braucht es zusätzliche Maßnahmen gegen manipulative Plattformdesigns, datengetriebene Werbemodelle und intransparente Algorithmen.

Eine progressive Digitalpolitik darf nicht bei Verboten für Nutzer*innen stehen bleiben. Sie muss die Macht von Big Tech begrenzen und digitale Öffentlichkeiten demokratisch gestalten.

Wir fordern daher:

- kein pauschales Social-Media-Verbot für Minderjährige sowie keine verpflichtenden Altersverifikationssysteme, die neue Risiken für Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung schaffen, sowie die Anonymität im Internet faktisch abschaffen würden.
- eine konsequente Regulierung sozialer Medien auf Grundlage des Digital Services Act und eine deutlich stärkere Durchsetzung der bestehenden Transparenz- und Sorgfaltspflichten für große Plattformen.
- ein Verbot manipulativer Plattformdesigns („Dark Patterns“), insbesondere von endlosen Feeds, automatischem Abspielen von Inhalten und algorithmischen Empfehlungssystemen, die gezielt emotionalisierende oder polarisierende Inhalte verstärken.
- ein weitgehendes Verbot personalisierter Werbung auf Social-Media-Plattformen
- verbindliche Verpflichtungen für Plattformbetreiber zur schnellen Bearbeitung von Meldungen, zur konsequenten Löschung strafbarer Inhalte und zur stärkeren Moderation jugendgefährdender Inhalte.
- den Ausbau von Medienbildung in Schulen sowie außerschulischen Bildungsangeboten für Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte.
- die Förderung gemeinwohlorientierter und demokratisch organisierter digitaler Plattformen als Alternative zu dem Big Tech Monopol

Antragssteller*innen: Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Ini3_1/26 Die Kulturfreiheit schützen - Weimers Entscheidung zum Buchhandlungspreis entschlossen widersprechen!

1 Unabhängige Buchhandlungen leisten einen großen Beitrag zur kulturellen Landschaft. Um sie zu stärken,
2 zeichnet die Bundesregierung Buchhandlungen, die sich in besonderem Maße um das Kulturgut Buch und
3 das kulturelle Leben vor Ort verdient gemacht haben, mit dem Deutschen Buchhandlungspreis aus. Nun
4 wurden jedoch drei Buchhandlungen vom Kulturstaatsminister Weimar vom Preis ausgeschlossen. Es
5 handelt sich um "The Golden Shop" in Bremen, "Rote Straße" in Göttingen sowie die "Schwankende
6 Weltkugel" in Berlin. Sie alle haben den Preis in der Vergangenheit bereits erhalten und leisten einen
7 Beitrag für die plurale und linke Zivilgesellschaft.

8
9 Die konkreten Vorwürfe gegen die Buchhandlungen sind jedoch nicht bekannt, auch nicht dem
10 Kulturstaatsminister selbst. Es wurde vom Haber-Verfahren Gebrauch gemacht, nach dem eine Anfrage
11 einer Behörde beim Verfassungsschutz erfolgen kann, wenn der Verdacht besteht, dass extremistische
12 Institutionen staatlich gefördert werden. Das BKM bekommt dann lediglich eine Meldung, dass dem
13 Verfassungsschutz Hinweise vorliegen – welcher Art diese sind, bleibt völlig unklar.

14
15 Die jüngst erfolgte Überprüfung von Nominierten für den Deutschen Buchhandlungspreis und das damit
16 verbundene Misstrauen gegenüber der Jury sind absolut unverhältnismäßig. Die betroffenen linken
17 Buchhandlungen sind Räume der Kapitalismuskritik, diese Räume von kultureller Förderung
18 auszuschließen, ist falsch. Staatliche Sicherheitsbewertung von linken Kulturschaffenden darf keine
19 akzeptierte Normalität werden. Eine freiheitliche Demokratie muss mit Kapitalismuskritik klarkommen. Es

1 muss klar benannt werden: Weimer betreibt hier eine politische Einflussnahme von rechts auf einen
2 Kulturpreis.

3 **Deshalb fordern wir:**

- 4 • eine klare Positionierung der SPD gegen dieses Vorgehen des Kulturstaatsministers
5 • die Vergabe des Buchhandlungspreis an alle Buchhandlungen, die die Jury vorgesehen hat